

Jahresbericht 2010



Demokratie stärken Politische Bildung fördern

AdB

Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V.



Herausgeber:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB)
Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Tel.: 030 - 400 401 00

Fax: 030 - 400 401 22

E-Mail: info@adb.de

Internet: www.adb.de

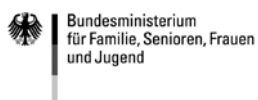
Redaktion: Ina Bielenberg (AdB)

Layout: LayoutManufaktur, Berlin

Foto: © European Union, 2011

Druck: Druckhaus Mitte, Berlin

Berlin, Juni 2011



Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB)
wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend gefördert

Demokratie stärken

Politische Bildung fördern

Jahresbericht **2010**

Inhalt

Demokratie stärken – Politische Bildung fördern	5
1. Wissen vermitteln, Urteilsbildung ermöglichen, zur Mitwirkung anregen.	
Ziele und Schwerpunkte der Arbeit des AdB	7
2. Innovationen für die politische Bildung. Aktivitäten, Erfahrungen, Ergebnisse	9
Programm Politische Jugendbildung	9
COMMUNIS – Gemeinsam lernen in der Politischen Bildung	11
Blended Learning DDR – neue Konzepte für die politische Bildung	13
Praxisforschung nutzen – politische Bildung weiterentwickeln	15
Grenzen überwinden – Politische Bildung International	16
Bildung für Demokratie und Menschenrechte – DARE	19
Wirtschaft(en) in gesellschaftlicher Verantwortung – Jahresthema 2010	21
Qualität sichern – Fortbildungen und Fachtagungen im AdB	22
Kommunikation und Kompetenz – Fachkommissionen im AdB	25
Gutes sichtbar machen – Öffentlichkeitsarbeit im AdB	31
Netzwerken – Kooperationen und partnerschaftliche Zusammenarbeit	35
3. Querschnittsthemen im AdB	38
Gender Mainstreaming	38
Migration und interkulturelle Öffnung	39
4. Verbandsentwicklungen	41
Vorstand – Aktivitäten und Arbeitsschwerpunkte	41
Mitgliedschaft im AdB	42
5. Politische Bildung ist unverzichtbarer Teil von Bildung. Schlussfolgerungen und Perspektiven	44
Anhang	47
Positionen	
Neue Beteiligungsformen in der repräsentativen Demokratie	49
Demokratie braucht politische Bildung	50
Demokratie stärken	51
Der AdB im Überblick	53
Veranstaltungen des AdB	53
Mitglieder des Vorstands	54
Mitglieder des Redaktionsbeirats der „Außerschulischen Bildung“	55
Mitglieder der Fachkommissionen	55
Jugendbildungsreferent/-innen und pädagogische Mitarbeiter/-innen im Programm Politische Jugendbildung im AdB im Rahmen des KJP	58
Mitgliedschaften und Gremienarbeit	59
Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V.	60

Demokratie stärken – Politische Bildung fördern



Liebe Leserinnen und Leser,
Demokratielernen macht Spaß! Das Bild vom ergrauten Seminarleiter, der mit der Methode „Frontalunterricht“ den mehr oder minder gelangweilten Teilnehmenden die Funktionsweise von politischen Systemen erläutert, trifft – sollte es tatsächlich in der Form je existiert haben – auf die außerschulische politische Bildung nicht zu. Politische Bildung findet in

Workshops, Zukunftswerkstätten, internationalen Maßnahmen und auf Studienfahrten statt, auf den Programmen stehen Diskussionen, Archivbesuche, Zeitzeugengespräche, Planspiele oder Exkursionen, und die Ergebnisse sind in Form von Ausstellungen, Radiobeiträgen, Filmen und neuerdings auch Weblogs veröffentlicht. Politische Bildung ist schon aufgrund der Freiwilligkeit der Teilnahme darauf verwiesen, anregende Lern- und Entwicklungsumgebungen zu schaffen, die an den Bedürfnissen und Interessen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer anknüpfen. Dies bildet zugleich die Grundlage für ihren Bildungsauftrag, politisches Verständnis, Urteilsfähigkeit und politische Handlungskompetenzen zu vermitteln. Politische Bildung informiert über politische, gesellschaftliche, historische und ökonomische Zusammenhänge, fördert den Meinungsbildungsprozess und macht kompetent für die Mitwirkung in Politik und Gesellschaft ebenso wie im Alltag, z.B. in Schule oder Betrieb. Politische Bildung ist also Bildung im besten Sinne!

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten und seine Mitgliedseinrichtungen hatten also allen Grund sich zu freuen, als die Bundesregierung mit dem Versprechen antrat „An Bildung wird nicht gespart!“ und im Koalitionsvertrag von der „Bildungsrepublik Deutschland“ die Rede war. Leider sah und sieht die Realität dann doch ganz anders aus: Mitte 2010 wurden den geschockten Trägern und Einrichtungen massive Einschnitte beim Haushalt der Bundeszentrale für politische Bildung angekündigt, die erhebliche Kürzungen auch bei der Förderung der freien Träger nach sich ziehen sollten.

Das Bildungsversprechen und die angekündigten (und bisher vollzogenen) Kürzungen passen nicht zusammen: Bildung und Bildungswege lassen sich nicht auf Schule, Universität

und Beruf beschränken – eine Vorstellung, die offensichtlich den Koalitionsaussagen zugrunde lag. Bildung meint immer den ganzen Menschen mit all seinen kognitiven, ästhetischen, moralischen Kompetenzen, mit seiner Handlungsfähigkeit und seiner Befähigung zur Selbstbestimmung. Angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen – Einwanderungsland Deutschland, Fragen der Integration, demographischer Wandel, Politikverdrossenheit, Wahlmüdigkeit u.a. – können wir es uns nicht leisten, Bildung auf ihre Verwertbarkeit für Beruf und Karriere zu reduzieren.

Auf EU-Ebene scheint die Bedeutung politischer Bildung und ihrer Rolle im Konzept lebensbegleitenden Lernens erkannt zu sein. Bereits 2006 verabschiedeten das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union die Empfehlung „zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen“. Hierzu gehört die „Bürgerkompetenz“, die die Fähigkeit erfordert, „tatsächliche Beziehungen zu anderen im öffentlichen Bereich einzugehen und Solidarität und Interesse an der Lösung von Problemen der lokalen und weiter gefassten Gemeinschaft zu zeigen. Hierzu gehören das kritische und kreative Nachdenken und die konstruktive Beteiligung an gemeinschaftlichen oder nachbarschaftlichen Aktivitäten sowie an der Entscheidungsfindung auf allen Ebenen, von der lokalen über die nationale bis hin zur europäischen Ebene, insbesondere durch die Teilhabe an Wahlen.“

Der AdB hat im Berichtsjahr dazu beigetragen, im oben beschriebenen Sinne Bürgerkompetenz zu vermitteln. In diesem Jahresbericht finden Sie ausführliche Informationen u.a. über die Modellprojekte „Communis – Gemeinsam lernen in der Politischen Bildung“ und „Blended Learning DDR“. Beide zeichnen sich durch ein hohes Maß an Innovationsfreude aus, wesentlich getragen von der guten Zusammenarbeit des AdB mit seinen Mitgliedseinrichtungen.

Aufgrund der guten Erfahrungen mit dem Konzept und der Struktur des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ hatte die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstands bereits im Vorjahr entschieden, die Ausschreibung der neuen Programmphase auf der bekannten und erprobten Grundlage vorzunehmen. Die große Zahl an guten Anträgen aus der Mitgliedschaft, die im Frühjahr in der Geschäftsstelle eintraf, war auf der einen Seite höchst erfreulich, stellte den Vorstand aber auf der anderen Seite auch vor die Herausforderung, eine Auswahl treffen zu müssen, da leider aufgrund der begrenzten Mittel nicht allen Anträgen entsprochen werden konnte.

Eine schwierige Aufgabe für einen Verband, der sich der Vorstand aber gerne stellte. Auf der Grundlage eines offenen, transparenten, fairen und für alle nachvollziehbaren Verfahrens konnte schließlich ein gutes Ergebnis erzielt werden. Mein Dank geht auch an dieser Stelle noch einmal an alle Jugendbildungsreferentinnen und -referenten, die mitgeholfen haben, die letzten sechs Jahre erfolgreich zu gestalten. Ein herzliches Willkommen sei allen neuen Referent/-innen gesagt: Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

Ganz im Zeichen der guten Kommunikation und des Austauschs stehen auch die Fachkommissionen des AdB. Die kollegiale Beratung und der Transfer von Erfahrungen, denen der AdB hier einen geeigneten und viel genutzten Raum bietet, dienen ebenso der fachlichen Weiterentwicklung wie die gut besuchten Fortbildungsangebote und Fachtagungen.

Mit dem Projekt „Praxisforschung nutzen, politische Bildung weiterentwickeln“ haben wir, dank der Förderung des BMBF, neue Wege beschritten. Da es leider viel zu wenig empirische Forschungen gibt, die uns gesicherte Erkenntnisse über unsere Teilnehmenden geben können, haben wir im Bereich der politischen Bildung und darüber hinaus in angrenzenden Disziplinen – Bildungsforschung, Jugendforschung, Freizeitforschung – nach Erkenntnissen gesucht. Die Ergebnisse der Bemühungen werden auf einer CD-Rom allen Interessent/-innen zur Verfügung gestellt. Die Frage nach einem zeitgemäßen Theorie-Praxis-Verhältnis, die sich aus dem Projekt ergab, wird den AdB auch über die Projektlaufzeit hinaus beschäftigen müssen.

Zu einem erfreulichen und erfolgreichen Abschluss ist auch das zweite DARE-Netzwerkprojekt gelangt. Die enormen Anstrengungen des AdB haben sich gelohnt – wir haben ein mittlerweile stabiles Netzwerk mit gegründet, das sich als zentraler Ansprechpartner auf EU-Ebene etabliert hat und der Demokratie- und Menschenrechtsbildung in Europa neue Impulse vermittelt.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Freunden, Förderern und Partnern recht herzlich für die gute Zusammenarbeit zu bedanken. Insbesondere gilt mein Dank dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das uns mit der Infrastrukturförderung aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes in die Lage versetzt, unseren Aufgaben nachzukommen.

Zu Beginn des Jahres hat die auf der Mitgliederversammlung des AdB gemachte Ankündigung, die Bundeszentrale für politische Bildung könne aufgrund bestehender Richtlinien keine Studienfahrten nach Auschwitz mehr fördern, für Aufregung und ein relativ großes Medienecho gesorgt. Ein rasches Dementi der Nachricht ließ nicht lange auf sich warten. Ich würde mir wünschen, dass die drohenden Kürzungen, die aktuell auf die Träger zukommen, mindestens eine ebenso große Empörung in der Öffentlichkeit hervorrufen würden. Gerechtfertigt wäre dies allemal, denn ob die Richtlinien nun Fahrten nach Auschwitz zulassen oder nicht – ohne Fördermittel wird es zukünftig keine mehr geben!

Peter Ogrzall
Vorsitzender

1. Wissen vermitteln, Urteilsbildung ermöglichen, zur Mitwirkung anregen

Ziele und Schwerpunkte der Arbeit des AdB

Politische Bildung ist unverzichtbarer Bestandteil allgemeiner Bildung. Sie vermittelt Wissen, ermöglicht eine begründete Urteilsbildung und regt zur Mitwirkung und Mitgestaltung von Politik und Gesellschaft an. Die Angebote politischer Bildung im AdB unterstützen junge Menschen dabei, eine eigenverantwortliche und gemeinschaftsfähige Persönlichkeit zu entwickeln, sie vermitteln Demokratiekompetenz und eröffnen Teilhabechancen.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten ist ein Fachverband der politischen Bildung. Seine übergeordneten verbandlichen Ziele ergeben sich aus seinem in der Satzung formulierten Auftrag und aus den Anforderungen, die sich dem AdB als Teil bundeszentraler Infrastruktur außerschulischer Bildung stellen. Dazu gehören:

- die Förderung und Stärkung der außerschulischen politischen Bildung und ihrer fachlichen Weiterentwicklung;
- die Organisation und Sicherstellung des Austauschs und der Zusammenarbeit der Mitgliedseinrichtungen;
- die Organisation von Fortbildungsangeboten und Fachtagungen für alle Bereiche der Bildungsstättenarbeit;
- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit für die politische Bildung;
- Entwicklung von gemeinsamen Stellungnahmen und Positionen;
- Durchführung von Modellprojekten zur Erprobung neuer Konzepte;
- Stärkung und Qualifizierung der Infrastruktur auf Bundesebene,
- Gemeinsame Interessenvertretung gegenüber Politik und Öffentlichkeit;
- die Durchführung internationaler Maßnahmen, um den Jugend- und Fachkräfteaustausch zu fördern und mitzuwirken, demokratische Strukturen der Jugendarbeit in den Kooperationsländern aufzubauen;
- die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren der außerschulischen Jugendbildung und die Mitgestaltung des bundesweiten Fachdiskurses.

Diesen allgemeinen Zielfestlegungen des Verbandes sind alle Aktivitäten des AdB zuzuordnen. Sie bestimmen grundlegend die Tätigkeiten des Vorstands und der Geschäftsstelle und sind konstitutiv für die Arbeit des AdB. Auf der Basis dieser langfristig festgelegten Zielstellungen entwickeln sich darüber hinaus unterschiedliche Schwerpunktsetzungen, die die Arbeit des AdB prägen.



Politische Bildung stärken, fachliche Expertise nutzen

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten ist einer der größten Fachverbände der politischen Bildung in Deutschland. Er hat 103 persönliche Mitglieder, die insgesamt über 150 Einrichtungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung repräsentieren. Mit dieser Quantität geht eine beeindruckende Qualität einher. Die Bildungsstätten und Bildungswerke im AdB verfügen über großes Erfahrungswissen in der politischen Bildungsarbeit. Einige haben sich darüber hinaus in spezifischen Themenfeldern eine besondere fachliche Expertise angeeignet. Zu diesen Themenfeldern gehören der Einsatz neuer Medien in der politischen Bildungsarbeit, die Ansprache von Migrantinnen und Migranten für die eigene Bildungsarbeit, die Kooperation mit neuen Partnern wie z.B. Migrantenselbstorganisationen, die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit von schulischer und außerschulischer Bildung,

die internationale Bildungsarbeit, Fragen der Menschenrechtsbildung, Gender Mainstreaming in der politischen Bildung und viele weitere mehr. Diese fachliche Expertise aufzugreifen, in die Arbeit einzubinden und im Interesse der Weiterentwicklung der politischen Bildung zu verwerten ist eine Schwerpunktaufgabe des AdB. Instrumente, um das vorhandene Wissen nutzbar zu machen und zu verbreitern, sind wesentlich die Kommissionen im AdB, in denen Austausch und Zusammenarbeit mit Mittelpunkt stehen und die das gebündelte Fachwissen in Form von Empfehlungen und Fachtagungen in den Gesamtverband tragen. Hinzu kommt die Mitwirkung von Mitgliedseinrichtungen in Projekten wie „Communis – Gemeinsam lernen in der politischen Bildung“ und „Blended Learning DDR“. Auch die im Aufbau befindliche Zentralstellenarbeit im Bereich der internationalen Jugendarbeit ist diesem Schwerpunkt der Verbandsarbeit zuzurechnen. Die Zentralstellenarbeit dockt an die Vorerfahrungen und das Know-how einzelner Mitglieder in der internationalen Jugendarbeit an, um den Bereich insgesamt weiterzuentwickeln und zu qualifizieren.

Politische Bildung stärken, Veränderungen aufgreifen

Politische Bildung ist nicht statisch und kann es nicht sein, da sie sich als Angebot außerschulischer und außeruniversitärer Bildung an den sich wandelnden Interessen, Wünschen und Bedürfnissen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer orientieren muss. Um dem daraus resultierenden Anspruch an die Aktualität und Flexibilität der Angebote politischer Bildung nachkommen zu können, brauchen die Mitgliedseinrichtungen im AdB ein hohes Maß an Fach- und Methodenkompetenz, pädagogische Kenntnisse, politisches Wissen und eine große Sensibilität für ihre Zielgruppen. Sie sind immer wieder gefordert, neue Themen auszuloten, aktuelle gesellschaftliche und politische Entwicklungen aufzugreifen und neue Teilnehmende für die Bildungsarbeit anzusprechen und zu gewinnen.

Es ist die Aufgabe des AdB, die politischen Bildnerinnen und Bildner bei ihrer anspruchsvollen Aufgabe zu unterstützen. Ein Instrument dafür ist das Jahresthema – im Berichtsjahr die Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre Bedeutung für die Politik und die politische Bildung – und die damit verknüpften Informations- und Dokumentationsleistungen des Verbandes. Auch Fachtagungen und Fortbildungen richten sich an alle Mitgliedseinrichtungen und wollen helfen, neue Entwicklungen und Inhalte für die politische Bildungsarbeit aufzuschließen. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang auch die Zeitschrift „Außerschulische Bildung“, die in jeder Ausgabe ein spezielles aktuelles Thema aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet und praxisorientiert neue Methoden vorstellt. Nicht zuletzt das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ dient dem Ziel, die politische Bildung in den beteiligten Einrichtungen zu fördern und im Sinne der fachlichen Weiterentwicklung zu qualifizieren.

Politische Bildung stärken, neue Modelle entwickeln

Politische Bildung ist und bleibt in Bewegung. Sie nimmt neue Inhalte und Themen auf, sie reagiert sensibel auf erkennbare Demokratiedefizite, sie spricht neue Zielgruppen an, sie erweitert ihr Methodenrepertoire und erhält zudem neue politische und gesellschaftliche Aufgaben. Der AdB unterstützt die Träger dabei und stellt, wie beschrieben, verschiedene Unterstützungsleistungen wie Fortbildungen, Fachtagungen oder Arbeitshilfen zur Verfügung. Darüber hinaus initiiert der AdB – in Kooperation mit Mitgliedseinrichtungen – Bundesprojekte, um in einem gemeinsamen, längerfristigen Prozess neue Konzepte modellhaft zu erproben und die Ergebnisse im Anschluss bundesweit zur Verfügung zu stellen. Modellprojekte bieten, abseits der regulären Bildungsarbeit und unterstützt durch zusätzliche Fördermittel, Freiräume, Neues zu erproben, Experimente zu wagen, Ergebnisse zu reflektieren.

Der AdB hat im Berichtszeitraum modellhaft das gemeinsame Lernen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund erprobt. „Communis – Gemeinsam Lernen in der Politischen Bildung“ ist der Titel des Projektes, in dessen Rahmen rund 200 Seminare und Workshops für Jugendliche, für Multiplikatoren und für Lehrer/-innen stattfanden. Die Ergebnisse und vielfältigen Erfahrungen konnten der gesamten Mitgliedschaft des AdB und darüber hinaus allen Trägern politischer Bildung zur Verfügung gestellt werden.

Ein weiteres Modellprojekt des AdB im Berichtszeitraum war dem „Blended Learning“ gewidmet. Um herauszufinden, wie Blended Learning in die politische Bildung integriert werden kann, welche technischen, pädagogischen und didaktischen Kenntnisse es braucht und welche Voraussetzungen die Teamerinnen und Teamer mitbringen müssen, habe sechs Mitgliedseinrichtungen unter Koordination des AdB das Online-Lernen erprobt und wertvolle Erfahrungen gesammelt. Mit diesem anspruchsvollen und in der außerschulischen Jugendbildung viel beachtetem Projekt haben alle Mitwirkenden Neuland betreten und große Innovationsbereitschaft gezeigt.

Alle Aktivitäten des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten – Projekte, Programme, Verbandsgruppen, Fortbildungen, Fachtagungen, Öffentlichkeitsarbeit und Kooperationen – sind ausführlich im nächsten Kapitel beschrieben. Die Erfahrungen und Ergebnisse, die mit diesen Aktivitäten verbunden sind, werden am Ende jedes einzelnen Arbeitsfeldes erläutert. Kapitel drei gibt Auskunft über die Querschnittsthemen „Gender Mainstreaming“ und „Migration und interkulturelle Öffnung“. Das vierte Kapitel erläutert die Arbeit des Vorstands und zeigt Entwicklungen in der Mitgliedschaft des AdB auf. In Kapitel fünf werden dann im Hinblick auf die Arbeit des Gesamtverbandes die Schlussfolgerungen gezogen und Perspektiven für zukünftige Entwicklungen vorgestellt. Der Anhang enthält die zentralen Positionen des Verbandes und liefert noch einmal auf einen Blick alle Veranstaltungen, Gremien, Personen und Mitgliedschaften des AdB.

2. Innovationen für die politische Bildung

Aktivitäten, Erfahrungen, Ergebnisse



Programm Politische Jugendbildung

Mit dem Jahr 2010 brach das letzte von sechs Jahren Programmzeit für die Jugendbildungsreferent/-innen an, das die drei Projektgruppen im Wesentlichen nutzten, um ihre angefangenen Vorhaben, Veranstaltungen und Fachdiskussionen abschließend zu reflektieren. Die zurückliegende gemeinsame Arbeitszeit in den Gruppen und die Umsetzung der jeweiligen einrichtungsbezogenen Konzepte sollten ausgewertet und dokumentiert werden.

Zentrale Arbeitstagung

„Lernziel erreicht!?“ lautete das Schwerpunktthema der Zentralen Arbeitstagung im Programm Politische Jugendbildung, die vom 15. bis 19. März 2010 im Bielefelder Haus Neuland stattfand. Die Jugendbildungsreferenten und -referentinnen befassten sich mit Fragen der Lernzielanalyse und der Evaluation von Lernergebnissen aus Seminaren der politischen Jugendbildung. Beispiele eigener Bildungspraxis wurden zusammengetragen und diskutiert. Die Arbeitsgruppen gingen

der Frage nach „Wie wird das Erreichen von Lernergebnissen und der Kompetenzerwerb ermittelt?“ und stellten ihre Arbeitsergebnisse anschließend im Plenum vor.

Den Tagungsteilnehmenden wurde deutlich, dass die außerschulische Jugendbildung mit ihren grundsätzlich ergebnisoffenen Lernprozessen dabei vor großen Herausforderungen steht, um Lernergebnisse nachweisen zu können. Demgegenüber können in schulischen Bildungsprozessen, die sich durch vorgegebene Curricula und definierte Ziele auszeichnen, Lernergebnisse einfacher kontrolliert werden.

Die Jugendbildungsreferent/-innen entwickelten eine Matrixstruktur als Arbeitshilfe, um mit einem gestuften Verfahren Lernentwicklungen der Teilnehmenden z.B. durch Gespräche, Arbeitsaufträge, Selbsteinschätzungen und Auswertungsrunden ermitteln zu können. Darüber hinaus werden Beobachtungen von Teamern und Teamerinnen, aber auch von Kooperationspartnern, genauso mit einbezogen wie die (öffentliche) Präsentation von Arbeitsergebnissen durch die Teilnehmenden.

Die Frage der Lernzielerreichung wurde im weiteren Verlauf der Tagung mit Informationen zum Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) in Verbindung gebracht. Der DQR sieht bisher eine Bewertung formal erworbener Qualifikationen vor, soll aber zukünftig non-formal und informell erworbene Kompetenzen mit einbeziehen. Die Jugendbildungsreferent/-innen sahen als Ergebnis ihrer Diskussion im DQR kein brauchbares Instrument zur Darstellung erworbener Kompetenzen in der politischen Jugendbildung.

Außerschulischer Lernort

Die Didaktik des Lernorts war Gegenstand eines Vortrags von Dr. Paul Ciupke vom Bildungswerk der Humanistischen Union. Er spannte zunächst einen historischen Bogen von Akademien, Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten und ihrer Bedeutung als Lernorte bis hin zu Gedenkstätten, Museen etc. als teilweise neue und zusätzliche Lernorte politischer Bildung. Ein Lernort der politischen Bildung muss „pädagogisch erweckt“ werden, lautete Ciupkes zentrale Bedingung und er unterstrich damit die notwendige pädagogische Leistung der Aufbereitung eines Lernorts für Bildungsprozesse.

Die Teilnehmenden unternahmen im Anschluss eine Exkursion zur nahe gelegenen Wewelsburg, die durch ihre Funktion als SS-Ordensburg während der Nazi-Zeit zu einem Lernort für historisch-politische Bildung geworden ist. Die pädagogische „Erweckung“ erfolgte durch Bildungsprogramme für Jugendliche und die Einrichtung einer Erinnerungs- und Gedenkstätte mit einer Dauerausstellung „Wewelsburg 1933 – 1945“. Die Jugendbildungsreferent/-innen konnten vor Ort die Bedingungen für einen Lernort überprüfen und dabei die Burg und ihre wechselvolle Geschichte und die heutigen pädagogischen Aktivitäten kennenlernen.

Die eintägige Arbeitsphase der drei Projektgruppen des AdB-Programms Politische Jugendbildung nutzten die Jugendbildungsreferent/-innen, um Projektvorhaben und inhaltliche Fragestellungen weiter zu vertiefen.

▣ Erfahrungen und Ergebnisse

Die Projektgruppen zogen unterschiedliche Bilanzen ihres sechsjährigen Engagements, die für die Weiterführung des Programms und die Schwerpunktsetzung politischer Jugendbildung von Bedeutung sind:

Die Projektgruppe „**Respekt und Courage**“ erlebte ihren mit großem Engagement geführten fachlichen Diskurs als Bereicherung für die je eigene Arbeitspraxis. Für den Austausch und die kollegiale Beratung von eigenen Praxiserfahrungen, von regionalen Unterschieden, Möglichkeiten und Schwierigkeiten sowie von Fragen des Projektmanagements bot die Projektgruppenarbeit eine ideale Plattform. Die

Jugendbildungsreferent/-innen erhielten wichtige Impulse, die in die jeweilige Praxis der politischen Jugendbildungsarbeit flossen. Zudem wurden erfolgreiche Kooperationen angeregt, für deren modellhafte Durchführung die Bildungsstätten sogar mit dem „Preis Politische Bildung“ ausgezeichnet wurden.

Der Projektgruppe wurde im Laufe ihrer Arbeit bewusst, dass die Entwicklung von interkulturellen und Identitätskompetenzen auch auf Seiten der Jugendbildungsreferent/-innen selbst notwendig ist. Der Ansatz des „Critical Whiteness“ schien geeignet, die Projektgruppe in dieser Auseinandersetzung voranzubringen. Im Jahr 2008 organisierte die Gruppe eine interne Fortbildung, bei der die Projektgruppenmitglieder für ihre eigene privilegierte Rolle in einer weißen Gesellschaftsordnung sensibilisiert wurden. Sie unterzogen ihre pädagogischen Ansätze daraufhin einer kritischen Prüfung.

Für die politische Jugendbildung ist es unerlässlich, sich mit den unterschiedlichen Ausgrenzungsformen zu beschäftigen und diese transparent zu machen. Diskriminierungsformen sind in der Regel miteinander verflochten und verstärken sich gegenseitig (Intersektionalität). Daher ist es notwendig, dass die politische Jugendbildung das gesamte Spektrum von Diskriminierungen und deren Wechselbeziehungen in den Blick nimmt.

Die Projektgruppe „**Demokratische Partizipation von Jugendlichen**“ stellte im Verlauf der sechsjährigen Programmlaufzeit immer wieder fest, dass viele Jugendliche es nicht gewohnt sind, politisch Einfluss zu nehmen und sich im sozialen Umfeld zu engagieren. Sie deutet dies dahingehend, dass junge Menschen in unsicheren Zeiten eher zum Privaten und Vertrauten neigen. Das Gewohnte und Bekannte verspricht am ehesten die gewünschte Sicherheit. Gleichzeitig schreiten die Entstrukturierung des Alltags voran sowie die Vervielfältigung von Möglichkeiten, was schnell zur Überforderung führen kann. Die Bindungskraft von Verbänden und Vereinen, potenzielle Orientierungspunkte für Jugendliche, lässt weiterhin nach. Um so wichtiger, da war sich die Gruppe einig, sind Angebote der politischen Bildung, die möglichst viele junge Menschen erreichen sollten.

Die Schule erwies sich als Lernort für außerschulische Bildung in vielen Fällen als schwierig – die Umsetzung einiger Projekte wurde aufgrund enger Zeitpläne und Überlastungen verworfen, die in einem Zusammenhang stehen mit strukturellen Veränderungen: Gymnasiast/-innen haben aufgrund eines straffen Lehrplans (G8) immer seltener Gelegenheit zur Teilnahme an Seminaren. In Ganztagschulen eröffneten die veränderten Zeitabläufe nur wenig Partizipationsmöglichkeiten. Der Versuch, verstärkt mit Ganztagschulen zusammenzuarbeiten, hat sich nur in einigen Fällen realisieren lassen.

Als unterstützend und bereichernd wurden von den Jugendbildungsreferent/-innen die von den anderen Projektgruppen

geführten Fachdiskurse sowie die Schwerpunktthemen erlebt. Hier sind insbesondere hervorzuheben die Referate und Diskussionen zu „Partizipation & Postmoderne“, zu den Ergebnissen der PISA-Studie und zur Bedeutung des außerschulischen Lernens.

Für eine qualitativ hochwertige Bildungsarbeit mit der Chance auf Kontinuität in der Zusammenarbeit mit Jugendlichen unterschiedlicher Zielgruppen ist die Finanzierung in langfristigen Zeiträumen erforderlich. Die Fortschreibung des Programms Politische Jugendbildung im AdB stellt aus Sicht der Projektgruppe eine adäquate Antwort auf diese Forderung dar, um inhaltlich auf die Bedürfnisse und auch Unsicherheiten von Jugendlichen mit den zukünftigen Programmbereichen „Partizipation in Schule“ und „Arbeitsweltbezogene politische Bildung“ zu reagieren.

Der Rückblick auf die Arbeit der Projektgruppe „Politische Jugendbildung mit neuen Medien“ zeigt, dass sich diese fortlaufend an aktuellen Themen und Fachdiskussionen der politischen Jugendbildung und Medienbildung orientiert hat. Gleichzeitig hat sie technische und soziale Entwicklungen der Medien aufgegriffen, reflektiert und in ihre Arbeit einbezogen. Von der Nutzung von Foren und Chats für kooperatives, ortsunabhängiges Lernen über gemeinsame Videoprojekte zur Zeitgeschichte bis hin zur modularen Nutzung von Web 2.0-Tools zur mündigen Mediengestaltung sowie der Erprobung von Blended Learning in offenen und geschlossenen Lernumgebungen entwarf und erprobte die Projektgruppe neue Seminarkonzepte.

Solche neuen Konzepte der politischen Bildung mit Medien werden dringend gebraucht. Die Kommunikation von Jugend-

lichen hat sich rasant verändert, Facebook, Youtube, Wikipedia & Co prägen ihr soziales Miteinander und damit auch ihr Gesellschaftsbild. Werte wie z.B. Privatheit verändern sich. Und zu bekannten Formen politischer Aktionen gesellen sich neue wie Online-Kampagnen oder E-Petitionen. Darauf muss die politische Bildung reagieren.

In der Praxis der Jugendbildungsreferent/-innen der Projektgruppe haben kollegiale Beratungen bei pädagogischen, technischen und administrativen Fragen (bis hin zu Systemadministration) oft eine sehr große Rolle eingenommen. Diese Tätigkeiten liegen nicht innerhalb der Kernaufgaben der Jugendbildungsreferent/-innen, sind aber für die Bildungsarbeit mit neuen Medien eine zwingende Voraussetzung. Zusätzliche finanzielle Mittel, um solche Art Aufgaben extern erledigen zu lassen, wären, so die Referent/-innen, ausgesprochen hilfreich und unterstützend für die eigentliche Bildungsarbeit.

Die Einbeziehung netzgestützter Lernformen (etwa für E-Learning-Phasen) stellt auch die vorgegebenen Formen des Verwendungsnachweises mit der Abrechnung von Teilnahme-Tagen in Frage. Diese lassen sich nicht ohne weiteres auf die technische Entwicklung, Anleitung und Betreuung von E-Learning-Phasen übertragen.

Die abschließende Tagung aller Projektgruppen fand vom 10. bis 12. November 2010 im Internationalen Haus Sonnenberg im Oberharz statt. Die Jugendbildungsreferent/-innen stellten dort ihre Jahresberichte fertig und trafen erste Vorbereitungen für die kommende Programmlaufzeit.

COMMUNIS – Gemeinsam lernen in der Politischen Bildung



Neun Bildungsträger aus sechs Bundesländern (Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen, Berlin, Thüringen, Nordrhein-Westfalen) beteiligten sich an Communis und führten rund 200 Seminare und Workshops für Jugendliche und Multiplikatoren sowie Lehrerinnen und Lehrer während der 36monatigen Projektlaufzeit durch. Allein im bevölkerungsstärksten Bundesland Nordrhein-Westfalen engagierten sich drei Bildungsträger, die Jugendliche unterschiedlichster Herkunft für ihre Bildungsangebote gewinnen konnten.

Interkulturelles Lernen anstoßen

Für das Communis-Projekt konzept stellte die Umsetzung in unterschiedlichen Regionen Deutschlands eine wichtige Bedingung dar, um regionale Aspekte mit in die Arbeit einbeziehen zu können. Während des Projekts wurde deutlich, dass interkulturelles Lernen nicht nur eine wichtige Aufgabe in großen Städten ist, sondern auch in ländlichen Regionen mit einem deutlich geringeren Anteil an Migrantinnen und Migranten. Insbesondere in Thüringen, dem Bundesland im Communis-Projekt, in dem die wenigsten Migrantinnen und Migranten (etwa zwei Prozent) leben, galt es, daraus resultierende konzeptionelle Herausforderungen aufzugreifen.

Die gemeinsame Lern- und Arbeitserfahrung stellte die wesentliche Gelingensbedingung für den als informell angelegten Lernprozess dar. Gemeinsam haben die Teilnehmenden in den Veranstaltungen der politischen Bildung verschiedene Produkte erstellt. Dabei waren der Fantasie keine Grenzen gesetzt. Es entstanden Theaterstücke, ein Radiobeitrag, ein Film, ein Kunstwerk und anderes.

Der Prozess des interkulturellen Lernens zwischen den Jugendlichen konnte durch die gemeinsame Arbeit angestoßen werden. Schülerinnen und Schüler erlebten eine produktive Lernphase, in der die inhaltliche Auseinandersetzung mit den jeweiligen Seminarthemen über den gemeinsamen Gestaltungsprozess initiiert wurde.

Fortbildungen für Lehrkräfte

Während des letzten Projekthalbjahres von Januar bis Juli 2010 stand die Realisierung von dezentralen Fortbildungsangeboten für Pädagog/-innen in Schulen im Vordergrund. Ein Arbeitskreis der Steuerungsgruppe erstellte eine Handreichung zur Fortbildung von Lehrkräften zum interkulturellen Lernen in der politischen Bildung. Die Umsetzung der Fortbildungen erfolgte mit Beginn des Schuljahres 2009/2010. Etwa 15 Fortbildungsangebote wurden in den beteiligten Bundesländern ausgeschrieben und richteten sich nicht nur an Lehrkräfte, sondern an das gesamte pädagogische Personal der Schulen (Referendar/-innen und Schulsozialarbeiter/-innen) sowie an Multiplikator/-innen der Kinder- und Jugendarbeit. Insbesondere die Kooperation mit dem Regionalen Pädagogischen Zentrum (RPZ) in Aurich erwies sich als sehr fruchtbar und entfaltete eine nachhaltige Wirkung in den Kooperationsbeziehungen für das Europahaus Aurich.

Abschlussstagung

Mit einer Tagung zur interkulturellen Bildung in Ostdeutschland endete das dreijährige Projekt des AdB „COMMUNIS – Gemeinsam lernen in der Politischen Bildung“ am 7. bis 9. Juni 2010 in der thüringischen Jugendbildungsstätte Hütten. Zunächst werteten die neun am Projekt beteiligten Bildungsträger und AdB-Mitgliedseinrichtungen die eigenen Fortbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer aus. Als vorteilhaft erwies es sich, wenn bereits bestehende Kooperationen mit Lehrerfortbildungsinstituten, wie z.B. in Ostfriesland oder in Bremen, genutzt werden konnten. Durch die Zusammenarbeit im Projekt wurden sie vertieft.

Besonders nachgefragt waren die Fortbildungsangebote, wenn sie für die teilnehmenden Lehrkräfte mit zu erwerbenden Punkten für absolvierte Fortbildungen verbunden waren und in einer außerschulischen Bildungseinrichtung stattfanden. In den Tagungsschwerpunkt „Interkulturelle Bildung in Ostdeutschland“ führte Elena Demke, Referentin für politische Bil-



dung beim Berliner Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen, mit einem Vortrag über die Situation von Ausländer/-innen in der ehemaligen DDR ein. Sie stellte die drei wesentlichen Gruppen vor: Angehörige der Sowjet-Armee, Vertragsarbeiter und politische Immigranten als kleinste Gruppe. Die beiden erstgenannten waren durch ihr „Nicht-Vorhandensein“ im Alltag nicht in die Gesellschaft integriert und wurden teilweise als Bedrohung wahrgenommen.

Demkes Ausführungen verdeutlichten den Tagungsteilnehmenden die geringe Praxis der deutschen Bevölkerung im Umgang mit Ausländer/-innen zu Zeiten der DDR. Nach der friedlichen Revolution und dem Abzug der Sowjet-Armee verringerte sich in den neuen Bundesländern die Zahl der Ausländer/-innen und Menschen mit Migrationshintergrund auf rund 1,5 Prozent.

Eine Diskussionsrunde mit Vertreterinnen von Lehrerfortbildungsinstituten, der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung und eines Wohlfahrtsverbandes beleuchtete die aktuelle Situation. Anschaulich wurden die Bemühungen in den Schulen zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund beschrieben. Das Erlernen der deutschen Sprache wird häufig mit Elementen interkulturellen Lernens verbunden. Zudem wird eine intensivere Elternarbeit angestrebt.

▣ Erfahrungen und Ergebnisse

Die durch das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ vorgegebene Struktur der Modellprogramme sah für das Themencluster „Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft“, dem Communis zugeordnet war, junge Migrantinnen und Migranten als Hauptzielgruppe vor. Den beteiligten AdB-Bildungsträgern gelang es in ihren Seminaren und Projekten, einen hohen Anteil an jugendlichen Migrantinnen und Migranten von rund 33 % der Teilnehmenden zu erzielen. Damit liegt der Anteil im Communis-Projekt deutlich über dem anderer Programme der politischen Jugendbildung im AdB (ca. 25 %). Das lässt darauf schließen, dass durch spezielle Programmangebote und -konzepte eine größere Zahl junger Menschen mit Migrationshintergrund für die politische Bildungsarbeit gewonnen werden kann.

Die Hauptzielgruppe des Projektes wurde fast ausschließlich über Kooperationen mit Schulen erreicht. Insbesondere die Jugendbildungsstätte Kaubstraße in Berlin, die Jugendbildungsstätte Welper in Hattingen, das Bildungswerk der Humanistischen Union in Essen und das LidiceHaus in Bremen arbeiten seit vielen Jahren mit Schulen bzw. Schulzentren aus Stadtteilen mit einem hohen Anteil migrantischer Einwohner/-innen zusammen. Diese seit Jahren bestehende vertrauensvolle Zusammenarbeit kam dem Communis-Projekt zugute.

Der AdB wird das Thema der Integration und des interkulturellen Lernens auch in Zukunft weiter bearbeiten. Das Prinzip des gemeinsamen informellen Lernens von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund wurde als ein Bestandteil in das neue Programm Politische Jugendbildung des AdB aufgenommen.

Blended Learning DDR – neue Konzepte für die politische Bildung

Aus Anlass des 20. Jahrestages der friedlichen Revolution in Deutschland entwickelte der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten ein zweijähriges Projekt zur Aufarbeitung der deutschen Teilung als „Blended Learning“ – Modell in der politischen Jugendbildung, das im Jahr 2010 abgeschlossen werden konnte.

Der AdB griff dabei die aktuelle Diskussion über das vermeintliche Nicht-Wissen junger Menschen über die DDR, die deutsche Zeitgeschichte und ihre Akteure auf und verknüpfte sie mit neuen medialen Lernformen, um so modellhaft Konzepte zur Vermittlung und Auseinandersetzung mit neuester deutscher Geschichte zu realisieren. Diese sollten die Motivation junger Menschen fördern, sich im Rahmen von außerschulischer politischer Bildung mit Fragestellungen dieses Themenfeldes zu befassen.

Online-Lernen oder Blended Learning führen in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung nach wie vor ein Schattendasein. Obwohl die Möglichkeiten des Web 2.0 das Leben des Internet-Users einfacher und gleichzeitig auch vielfältiger gestalten, Bildungsstätten mit Computern ausgestattet und mit der Welt vernetzt sind sowie die technischen Hürden zur Produktion eigener Webinhalte deutlich abgenommen haben, konnte sich bisher keine Methode des Blended Learnings dauerhaft etablieren.

Das Projekt stellte ein Experimentierfeld dar, um entsprechende Lernarrangements mit Jugendlichen in der außerschulischen Bildung zu erproben und Aussagen über den Nutzen und den Mehrwert dieser Lehr-Lernmethode zu gewinnen.

Es trug drei zentralen Anforderungen Rechnung, die nicht immer einfach miteinander zu verbinden waren: Die jeweiligen



Themengruppen waren als Ost-West-Gruppen zusammengestellt; das Online-Lernen wurde entweder

vor, zwischen oder nach den Präsenzseminaren platziert; und die Auseinandersetzung mit ausgewählten Fragestellungen zur DDR-Geschichte bildeten den thematischen Kern.

Abschlussstagung

Die projektbeteiligten Einrichtungen präsentierten während der Abschlussstagung vom 22. bis 24.10.2010 im Berliner wannseeFORUM Ergebnisse ihrer Projektarbeiten aus den Seminaren und dem Online-Lernen. Vieles wurde auf öffentlichen Seiten im Internet dokumentiert und ist damit jederzeit zugänglich. Einzelne Filmbeiträge, Zeitzeugeninterviews via Skype und Weblogs wurden vorgestellt und erläutert.

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen der Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte. Zunächst stellte Projektleiter Boris Brokmeier ausgewählte Ergebnisse der zweijährigen Arbeitsphase vor. Es ist gelungen, die Motivation für das Thema durch die Online-Lernphasen zu erhöhen und über eine geschützte und eigens erstellte Lernplattform die Interaktion und Kommunikation der Teilnehmenden zu organisieren. Darüber hinaus wurde deutlich, dass Online-Lernen einer tutoriellen

Begleitung bedarf, für die eine zusätzliche Qualifikation der Pädagogen und Pädagoginnen erworben werden muss.

Die Teilnehmenden waren sich einig, dass die Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte weiterhin einen hohen Stellenwert in der politischen Jugendbildung haben sollte. Über den Lebensweltbezug, aktuelle Ereignisse und innovative Arbeitsformen sollen zukünftig Bezüge zur Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte hergestellt werden.

► Erfahrungen und Ergebnisse

Zukünftige Blended-Learning-Projekte werden losgelöst von einer komplexen Projektstruktur wie im AdB-Projekt von einzelnen Bildungsträgern realisiert werden. Diese müssen über die notwendigen Instrumente, wie z.B. eine Lernplattform verfügen. Bildungsträger sollten eine für ihre Zwecke zugeschnittene Lernplattform nutzen und diese als kontinuierliches Angebot für ausgewählte Seminare bereitstellen.

Ob die Online-Lernphase vor oder nach dem Präsenzseminar stattfindet, hängt vom speziellen Lernsetting der Veranstaltung ab. Beides sollte – in welcher Reihenfolge auch immer – im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang stattfinden und nicht durch Ferien, Feiertag etc. unterbrochen werden, um den Spannungsbogen zu halten.

Freiwilligkeit als Prinzip

Das Prinzip der Freiwilligkeit spielt in non-formalen Bildungsveranstaltungen eine besondere Rolle, da sie eng mit der Motivation und dem Engagement der Teilnehmenden verknüpft ist. Nicht nur das Seminar muss daher motivationsfördernd gestaltet sein, sondern darüber hinaus auch das Online-Lernen. Den



Teilnehmenden muss die Verbindung beider Seminarphasen deutlich werden.

Letztlich sichert ein Höchstmaß an Interaktivität der Online-Lernphasen die Beteiligung. Wer dort Beiträge in einem Forum, Fotos oder andere digitale Ergebnisse einbringt, bedarf einer kurzfristigen Rückmeldung entweder aus der Gruppe der Teilnehmenden oder des Tutors/der Tutorin. Feste Zeiten zur gemeinsamen Nutzung der Plattform durch die Gruppe sollten verabredet werden, damit die vorhandene Nutzerfrequenz für alle motivierend wirkt („Da ist auch was los“). Daneben können die Teilnehmenden natürlich jederzeit die Plattform nutzen – und das sollten sie auch.

Attraktive Lernplattformen

Die derzeit existierenden Lernplattformen sind zu einem großen Teil für Angebote der beruflichen Aus- und Weiterbildung, aber auch für andere Veranstaltungen der Erwachsenenbildung konzipiert. Eine Lernplattform für jugendliche Teilnehmende muss sich stärker an ihrem speziellen und altersgerechten Nutzerverhalten orientieren. Sie muss über eine klare Struktur verfügen, die das Navigieren und die entsprechenden Arbeitsschritte logisch aufbaut. Das Einloggen muss unkompliziert und die optische Gestaltung klar und ansprechend sein. Die Lernplattform sollte darüber hinaus über Hyper-Links mit themenspezifischen Websites verlinkt sein, um die Interaktivität mit öffentlich zugänglichen Internetseiten zu schaffen.

Fortbildung für Pädagoginnen und Pädagogen

Das Projekt Blended Learning DDR hat den Bedarf an einer besonderen Online-Didaktik deutlich werden lassen, für die im Wesentlichen die Online-Tutoren zuständig sind. Der Aufbau und der Ablauf von Online-Lern-Prozessen unterscheiden sich von den in Seminaren gebräuchlichen. Spezielle Fortbildungsangebote für politische Bildnerinnen und Bildner können deren Kompetenz auf diesem Gebiet erweitern und Sicherheit im Umgang mit dieser Lernform trainieren.

Die Bandbreite der Seminarthemen in der politischen Jugendbildung sollte auf die „Online-Tauglichkeit“ hin überprüft und weitere Projekte sollten entwickelt werden. Insbesondere für die historisch-politische Bildungsarbeit und für Partizipationsprojekte kann Blended Learning einen innovativen Nutzen haben, wie das Beispiel des hier dokumentierten Projekts belegt.

Praxisforschung nutzen – politische Bildung weiterentwickeln



Praxisforschung nutzen, politische Bildung weiterentwickeln

Ein Projekt von bap und AdB

Der vollständige Titel dieses Projektes, das der AdB in Trägerschaft für den Bundesausschuss Politische durchführte, lautete „Praxisforschung nutzen, politische Bildung weiterentwickeln – Stocktaking Study zur Gewinnung und Nutzbarmachung von empirischen Erkenntnissen für die politische Bildung in Deutschland“. In 2009 gestartet, endete das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Vorhaben im Dezember 2010.

Projektanliegen

Das Projekt hatte sich vorgenommen, wissenschaftliche empirische Forschungsarbeiten zu recherchieren und zu prüfen, ob und welchen Aufschluss sie zu relevanten Fragen der politischen Bildung geben können. Thematisch war dem Projekt vorgegeben, zwei Bereiche genauer zu untersuchen, die von besonderem Interesse für die Träger sind: Das Wissen über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer politischer Bildung, also die „Teilnehmerforschung“, und das Wissen über die Effekte politischer Bildung, also das, was gemeinhin unter „Wirkungsforschung“ gefasst wird. Da es Ziel war, Erkenntnisse für eine Weiterentwicklung der Praxis politischer Bildung zu gewinnen, wurden die Leitfragen für die Recherche und Analyse von im Bundesausschuss Politische Bildung organisierten Trägern im Rahmen eines Workshops formuliert. Diese Leitfragen wurden in eine Matrix eingearbeitet und mit dem Projektbeirat, dem namhafte Wissenschaftler und Praktiker der politischen Bildung angehörten, beraten.



Als Ergebnis der umfangreichen Rechercharbeiten im Projekt ist eine annotierte Literaturliste von rund 300 Titeln entstanden, die einen bisher nicht vorhandenen Überblick über relevante empirische Forschungsarbeiten verschafft. Nicht alle dieser 300 Titel boten Material, um die von den Trägern aufgestellten Fragen zu beantworten. Aber ca. 100 Titel waren erfolgversprechend und wurden von der Projektleitung auf der Grundlage der erstellten Matrix analysiert.

Die Ergebnisse der Recherche und Analyse wurden sowohl an die Wissenschaft als auch an die Praxis zurückgebunden. Dafür wurden die Ergebnisse der Recherche und Analyse sowie die Empfehlungen in einem zweiten Workshop am 28. September 2010 den Trägern und dem Beirat vorgestellt und diskutiert. Die Praktikerinnen und Praktiker prüften die Ergebnisse der Analyse im Hinblick auf ihre Praxisrelevanz und erörterten Schlussfolgerungen für die Umsetzung in der Praxis.

Im Rahmen einer gut besuchten Fachtagung am 14./15.12.2010 wurden die Ergebnisse mit Wissenschaftlern, Expertinnen und Experten, Praktikerinnen und Praktikern, Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung interdisziplinär diskutiert.

▣ Erfahrungen und Ergebnisse

Bei der Präsentation der Ergebnisse auf der Abschlusstagung im Dezember machte die wissenschaftliche Projektleiterin Dr. Helle Becker deutlich, dass die Vorstellung von zielstrebigen herstellbaren Bildungsergebnissen an der Realität der Bildungspraxis vorbeigeht – und dass sie auch im Widerspruch zum Leitbild des mündigen Aktivbürgers steht. Die politische Bildungsaufgabe ist nicht an einem Output zu messen, aber sie ist zweifellos wirkmächtig, wie sich oft in der lebensgeschichtlichen Reflexion zeigt: Politische Bildung kann in biographisch passenden Situationen entscheidende Anstöße geben, sie kann Lust auf Veränderung machen – nicht nur im Blick auf konkrete Vorgänge und Vorhaben, sondern auch beim Selbstkonzept der Teilnehmer, die sich auf einmal als kompetente oder gefragte Akteure erleben. Das „Interesse am Neuen“ ist demnach ein wichtiges Teilnahme-Motiv, das gerade die innovationsbereite Jugend- und Erwachsenenbildung wecken oder aufgreifen kann.

Die Diskussion der Ergebnisse warf die generelle Frage nach einem zeitgemäßen Theorie-Praxis-Verhältnis auf. Wichtig sei, so der Konsens, ein hierarchisierendes Verhältnis von Anweisung oder Zulieferung, aber auch die Vorstellung, administrativ angeordnete Kontrolle zu überwinden, um zu einer wirklichen Zusammenarbeit zu gelangen. Auf der Tagung wurden dazu viele Anregungen gegeben und auch weitere Forschungsvor-

haben, so von Prof. Achim Schröder (Darmstadt) und Prof. Helmut Bremer (Duisburg-Essen), vorgestellt. Für einen Forscher-Praktiker-Dialog ist, wie das Projekt erbrachte, auf Seiten der Bildungspraxis durchaus Anschlussfähigkeit gegeben, denn hier existiert ein breites Bemühen um Dokumentation und Reflexion der eigenen Tätigkeit.

Die Ergebnisse des Projektes werden auf einer CD-Rom veröffentlicht werden. Den Trägern wird für ihre Arbeit zur Verfügung stehen:

- die kommentierte Gesamtliste der recherchierten Forschungsliteratur;
- die kommentierte Liste der analysierten Forschungsliteratur;
- der ausführliche Projektbericht;
- eine gesonderte Zusammenfassung der Ergebnisse;
- Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die Praxis politischer Bildung.

Grenzen überwinden – Politische Bildung International

Internationale Bildung im AdB ist ein Arbeitsfeld, dem vielfältige Aktivitäten zuzuordnen sind. Dazu gehören bilaterale thematische Fachkräfteprogramme zur Qualifizierung von Multiplikatoren, Maßnahmen, die den Dialog über und den Aufbau von demokratischen Strukturen der Jugend- und Erwachsenenbildung beinhalten, Beratungsangebote für alle Mitglieder zu konzeptionellen und Förderfragen internationaler und europäischer Bildungsarbeit sowie die politische Vertretungsarbeit auf nationaler und internationaler Ebene. Im Mittelpunkt der Arbeit steht dabei immer das Anliegen, Jugendlichen und Erwachsenen die Begegnung und den Austausch mit anderen Ländern zu ermöglichen, Lernerfahrungen in internationalen wie interkulturellen Kontexten zu schaffen und die zentralen Themen politischer Bildung – Wertedialog, Menschenrechte, Inklusion, Teilhabe, Diversität, Solidarität – zu bearbeiten.

Im Jahr 2010 hat der AdB erhebliche Energie in den Aufbau der Zentralstellenarbeit für den Internationalen Jugendaustausch gesteckt. Die internationale Arbeit des AdB wurde damit um ein Aufgabenfeld erweitert: neue bilaterale Kooperationen auf Ebene der Mitgliedseinrichtungen mit zu etablieren und die entstehenden Programme fachlich zu begleiten. Vor dem Hintergrund der zahlreichen internationalen politischen Bildungsaktivitäten der Mitglieder kann der AdB dabei auf eine große Expertise innerhalb des Verbands aufbauen und zugleich mit seiner internationalen Arbeit fokussiert arbeiten und Schwerpunkte setzen.

GO East: Deutsch-russisches Fachkräfteprogramm

In Kooperation mit der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte in Weimar, dem Theodor Heuss Kolleg und dem Verein MitOst e.V. führte der AdB im Jahr 2010 einen groß angelegten Fachkräfteaustausch durch mit dem Ziel, gemeinsam zu Selbstverständnis, Themen, Konzepten und Formaten politischer Bildung in Deutschland und Russland zu arbeiten und auf diese Weise eine Basis für zukünftige

neue Partnerschaften, bi- und multilaterale Kooperationen zu legen. Über 30 deutsche und russische haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte mit ganz unterschiedlichem organisatorischem Hintergrund (Umweltbildung, Jugendsozialarbeit, politische Bildung, Migrantenselbstorganisationen) beteiligten sich am Austausch.

Die Begegnung in Deutschland dauerte vom 25. bis zum 31. Januar 2010. Das gegenseitige Kennenlernen, der intensive Austausch und die Vermittlung grundlegenden Konzept- und Strukturwissens förderten das Verständnis und das Vertrauen der Partner und schafften eine ausreichende Grundlage, auf der dann gemeinsame Projekte geplant werden konnten. Die Rückmeldungen der Teilnehmenden zeigten, dass sie die vermittelten Informationen und Kontakte für sich als sehr gewinnbringend einschätzten: „Wir würden gerne erneut eine solche Maßnahme durchführen, anzustreben wäre eine Verlängerung der Hospitationsphase, um einen vertieften Einblick in die Praxis zu ermöglichen“, so eine Rückmeldung.



Die Gegenbegegnung vom 26.08.2010 bis zum 01.09.2010 im Föderalen Jugendzentrum „Orlyonok“, einem staatlichen Bildungsstättenkomplex am Schwarzen Meer, beinhaltete die

Vorstellung der Leitlinien und Ziele von Jugendpolitik in der Russischen Föderation sowie ein intensives Kennenlernen der Arbeitszusammenhänge von Nicht-Regierungsorganisationen, die in der Russischen Föderation arbeiten. Eine gemeinsame Ideenwerkstatt vertiefte die begonnenen Kooperationen und mündete in erste Projektvorhaben, die 2011 realisiert werden sollen.

Neben den Kooperationen, die durch das Projekt angestoßen wurden, entstand als weiteres Resultat der Film „GO East“. Er dokumentiert die gesamte Maßnahme anschaulich, enthält zahlreiche Interviews und zeigt, wie ein deutsch-russisches Fachkräfteprogramm funktionieren kann. Die Leitung lag auf deutscher Seite bei Eric Wrasse, dem pädagogischen Mitarbeiter der EJBW.

Trotz intensiver Bemühungen im AdB ist die Zusammenarbeit im Bereich politischer Bildung mit Partnern in der Russischen Föderation noch immer eine besondere Herausforderung. Unberechenbarkeit in der Förderung auf russischer Seite, grundlegende politische Differenzen in der offiziellen Lesart von internationalen Vereinbarungen und insbesondere eine nach wie vor für Nicht-Regierungsorganisationen kaum existente Arbeit des russischen Teils der Stiftung DRJA machen die Arbeit für Träger und Einrichtungen auf der russischen Seite nicht einfach. Umso wichtiger erscheint es dem AdB, eine Vielzahl von Kontakten und Begegnungen zu ermöglichen und gemeinsam fachlich „am Ball“ zu bleiben.

Deutsch-chinesischer Jugendaustausch

Der Jugendaustausch der Akademie Biggesees und des AdB mit der Thomas Foreign Language School in Qingdao ist eine Fortführung der bereits im Jahr 2009 gestarteten deutsch-chinesischen Kooperation zum Thema „Zwei Länder – zwei Kulturen – eine Welt“. Im Rahmen eines gemeinsamen Seminars an der Akademie Biggesees unter der Leitung von Bernd Neufurth beschäftigten sich die Jugendlichen gemeinsam mit gegenwärtigen Problemen und Herausforderungen und stellten einmal mehr fest, dass die Welt auf der individuellen Ebene so unterschiedlich gar nicht ist. Mithilfe einer deutsch-chinesischen Zukunftswerkstatt erarbeiteten 30 deutsche und chinesische Jugendliche in gemischten Kleingruppen Städte der Zukunft und entwarfen Verfassungen für sie. Dabei wurden von den Gruppen selbständig unterschiedlichste Aspekte wie Macht, Geld, politische Mitwirkung, Umwelt und Gleichberechtigung von Männern und Frauen herausgearbeitet, diskutiert und im Plenum vorgestellt.

Die Gegenbegegnung fand vom 16.08.2010 bis zum 22.08.2010 in Qingdao unter dem Titel „Das Erbe der gemeinsamen Geschichte“ statt. Gemeinsam haben die Jugendlichen Spuren der deutschen Kolonialvergangenheit erforscht und das überraschend positive Bild, das von der deutschen Kolonial-

vergangenheit in Qingdao gepflegt wird, im Vergleich mit dem Bild der japanischen Besetzung der Stadt untersucht. Die deutschen Teilnehmenden erhielten beim Besuch der Thomas Foreign Language School sowie von Gastfamilien ein Bild vom Leben junger Menschen in China. Bei einer Exkursion in die ländliche Umgebung wurden die – gerade für die deutschen Jugendlichen – ungläublichen Entwicklungsdisparitäten zwischen Stadt und Land, zwischen Vergangenheit und Zukunft deutlich. Der ungeheure Erfolgsdruck, der auf chinesischen Jugendlichen lastet, war für die deutschen Jugendlichen immer wieder hautnah zu erleben.

Die Akademie Biggesees schloss 2010 zudem ein Kooperationsabkommen mit dem Allkommunistischen Jugendverband Chinas in Nanjing/Ushu, um 2011 weitere Begegnungen durchführen zu können.



Deutsch-mongolischer Fachkräfteaustausch

Im deutsch-mongolischen Fachkräfteaustausch zum Thema „Nachhaltige Entwicklung und Konfliktprävention als Herausforderung für demokratische Jugendbildungsarbeit“ führte der AdB in Zusammenarbeit mit der Jugendbildungsstätte „Mühle“ in Bad Segeberg, der mongolischen Partnerorganisationen Sunrise und dem Jugendamt der Stadt Ulan Bator ein einwöchiges Seminar durch.

Die gemeinsame Maßnahme in der Mongolei fand 2010 im Dsachwan Aimag im Westen der Mongolei statt. Von deutscher Seite nahmen Jens Lindemann, Sabine Lück und Ute Kröger („Mühle“/Bad Segeberg) sowie Olfert Dorka (Naturkolleg Hirzwaldhaus/Freudenstadt) teil. Die mongolischen Partner folgten dem bewährten Prinzip, den Austausch gleichzeitig mit einer regionalen Multiplikationsmaßnahme für Fachkräfte zu verbinden, um so die Ergebnisse zeitnah zu disseminieren. Den beiden auf deutscher Seite beteiligten Einrichtungen gebührt für das jahrelange und intensive Engagement in der Partnerschaft mit der Mongolei – gerade auch in der derzeit schwierigen Umbruchsphase – großer Dank.

Denn aufgrund von Umstellungen in der Förderung internationaler Maßnahmen durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes stand der Austausch mit den mongolischen Partnern 2010 lange zur Disposition. Obwohl über Jahre bewährt, musste er in der eingespielten Form zum letzten Mal stattfinden. Dies stellte sich vor allem für die mongolische Seite als schwierig heraus, da die bisherige Zusammenarbeit optimal an



die dortigen Bedürfnisse angepasst war und in der Mongolei sehr gut funktionierte. Der AdB hat sich intensiv in Gesprächen mit allen Beteiligten und dem zuständigen Fachreferat im BMFSFJ darum bemüht, eine Fortsetzung des Austauschs mit der Mongolei sicherzustellen. Konzeptionelle Veränderungen sind aber unausweichlich: In Zukunft wird nicht mehr der AdB Träger der Maßnahme sein können, sondern die interessierten Bildungsstätten selbst werden über die Zentralstelle AdB Anträge für eigene Maßnahmen stellen können. Der AdB wird alle Interessenten beraten und unterstützen.

Internationale Zentralstellenarbeit

Seit 2010 verstärkt der AdB seine Arbeit als Zentralstelle für internationalen Jugendaustausch. Dadurch sollen Kooperationen der Mitglieder mit neuen Partnerorganisationen unterstützt werden, die aus Fachkräfteprogrammen des AdB resultieren. Damit trägt der AdB der Erfordernis Rechnung, die internationale Begegnungsarbeit politischer Bildung im Verband besser zu vernetzen, fachlich zu unterstützen und qualitativ weiterzuentwickeln. Auch kann die Erfahrung aus der internationalen Jugendarbeit stärker in die Verbandsarbeit einbezogen und auf die nationale Ebene rückgespiegelt werden.

Thematisch setzten sich die Projekte im Zentralstellenbereich mit Menschenrechten, Armut und Reichtum, historisch-poli-

tischer Bildung, Geschlechterrollen sowie mit kreativen Bildungsmethoden auseinander. Als sehr positiv ist anzumerken, dass 2010 alle bewilligten Projekte auch durchgeführt werden konnten, was keine Selbstverständlichkeit ist.

Die Erfahrungen der beteiligten Einrichtungen mit den begonnenen Partnerschaften sind höchst unterschiedlich. Sie fließen in die weitere Konzeption der Zentralstellenaufgaben des AdB mit ein und helfen so, im AdB ein konkretes und gemeinsames Bild von Gelingensbedingungen für die internationale politische Jugendbildungsarbeit zu entwickeln.

Beratung, Austausch und Vernetzung

Neben den konkreten Maßnahmen, Projekten und Tagungen, die der AdB für und mit seinen Mitgliedern organisiert und umsetzt, gehören zum Bereich der internationalen Arbeit auch die Beratung von Einrichtungen sowie von Politik, der Austausch mit anderen Akteuren und die Vernetzung in europäischen und internationalen Kontexten.

Die Jugendwerke und Koordinierungsstellen, IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit, der Forscher-Praktiker-Dialog und Jugend in Aktion sind einige Partner, mit denen der AdB zusammenarbeitet und in deren Gremien er mitwirkt, um Interessen der politischen Bildung und der Bildungsstätten zu vertreten. So begleitet und berät der AdB beispielsweise das Projekt des Deutsch-Polnischen Jugendwerks zu „Kooperationen von Schule und Bildungsstätten“ und ist am Fachkräftequalifizierungsprojekt „Fit in deutscher Zeitgeschichte“ des Forscher-Praktiker-Diologs zur Internationalen Jugendarbeit beteiligt.

Auf nationaler politischer Ebene hat der AdB sich für eine Erhöhung der Fördersätze im Bereich der KJP-International Förderung starkgemacht und die Finanzierungsbedingungen von Bildungsstätten bei der Durchführung Internationaler Seminare eingehend erläutert. Zusätzlich wurde eine Kommentierung zur Überarbeitung der KJP-Sätze an die Programmspezifische Arbeitsgruppe Internationales geschickt.

▣ Erfahrungen und Ergebnisse

Im Berichtsjahr 2010 erreichten die internationalen Aktivitäten des AdB wieder einen beachtlichen Umfang. Die verstärkte Tätigkeit als Zentralstelle für internationale Programme eröffnete dem AdB ein neues Arbeitsfeld, das in Zukunft wachsen kann und ein wichtiger Baustein für die fachliche Vertiefung und Qualitätssicherung internationaler politischer Bildung ist. Die enge Kooperation mit Bildungsstätten bei der Durchführung der Fachprogramme hat sich sehr gut bewährt. Die 2010 durchgeführten Maßnahmen werden zum Teil 2011 weitergeführt, neue kommen hinzu. Alle internationalen Programme wurden durch die Kommission Europäische und Internationale Arbeit fachlich begleitet.

Nachdem sich der deutsch-mongolische Austausch bis 2009 spürbar positiv entwickelt hat, steht der AdB mit der Neustrukturierung der Förderung seit 2010 vor großen Problemen. Mit der Beendigung des Sonderprogramms und der damit einhergehenden Reduzierung der finanziellen Förderung (KJP-Regel-sätze) wird es zunehmend schwieriger, die hohe Qualität der Programme zu halten. 2010 wurden dazu auf verschiedenen Ebenen im Verband, mit den Partnern und mit dem BMFSFJ Gespräche geführt.

Im Bereich des deutsch-russischen Jugendaustauschs wurden erstmalig Begegnungsprojekte im Zentralstellenverfahren durchgeführt. Die hierbei gemachten ganz unterschiedlichen Erfahrungen sind äußerst wertvoll für die weitere Entwicklung der Arbeit des AdB in diesem Bereich. Für das Gelingen von längerfristigen Kooperationen muss anfangs viel vertrauensbildende Arbeit geleistet werden, um ein gutes Verhältnis zum Partner aufzubauen und einen wechselseitigen Lernprozess für die beteiligten Personen und Organisationen anzustoßen.

Es ist Aufgabe der Zentralstelle, dies zu begleiten. Einige Projekte, so viel steht bereits jetzt fest, werden auch 2011 fort-

geführt. Der breit angelegte Fachkräfteaustausch zum Thema politische Bildung half definitiv, das beiderseitige Verständnis der beteiligten Fachkräfte für das Arbeitsfeld wachsen zu lassen. Dies ist eine wesentliche und wichtige Voraussetzung für neue Kooperationen.

Auch der deutsch-chinesische Austausch hat sich im AdB etabliert. Er hat zum Ziel, mit Jugendlichen einen konsensorientierten Wertedialog zu führen, das gegenseitige Verständnis zu vertiefen und Vertrauen zu schaffen. 2010 wurden als Resultat einer deutsch-chinesischen Partnerbörse des BMFSFJ gleich mehrere Projekte initiiert, von denen leider aufgrund mangelnder Fördermittel nicht alle durchgeführt werden konnten. Zudem wurden neue Partnerschaften mit weiteren chinesischen und deutschen Trägern geschlossen, die für 2011 konkrete Projekte anvisiert haben. Bernd Neufurth von der Akademie Biggensee, der den Austausch für den AdB entwickelt und begleitet, steht den AdB Mitgliedern mit seiner Expertise zu China zur Verfügung.

Bildung für Demokratie und Menschenrechte – DARE



DARE

Democracy and Human Rights Education in Adult Learning

rahmen für Bildungsarbeit in Europa hat sich 2010 grundlegend weiterentwickelt. Der Europarat hat durch die Verabschiedung der European Charter on Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education am 11.05.2010 ein grundlegendes Dokument verabschiedet, das den Mitgliedsstaaten des Europarats dabei helfen soll, gesetzgeberische und praktische Rahmen für Demokratie- und Menschenrechtsbildung zu entwickeln. Obwohl die Charta nicht bindend ist, stellt sie dennoch einen Meilenstein dar und formuliert einen europaweiten Standard für Demokratie- und Menschenrechtsbildung, hinter den die

Bildung für Demokratie und Menschenrechte ist eine Grundaufgabe politischer Bildung in ganz Europa. Ziele und Schwerpunkte werden zunehmend auf europäischer Ebene konzipiert; dabei sind es bei weitem nicht nur die europäischen Förderprogramme, die Auswirkungen auf die politische Bildungsarbeit in Deutschland haben. Der politische Bezugs-

Mitgliedsstaaten nicht zurück können. Neben einer europäischen Definition von Demokratie- und Menschenrechtsbildung betont die Charta dezidiert die Schlüsselrolle, die Nicht-Regierungsorganisationen und Jugendorganisationen zukommt und fordert die staatliche Ebene explizit auf, diese zu unterstützen. Für die Bildungsarbeit im europäischen Kontext ist die Charta

von unschätzbarem Wert, gibt es doch erstmalig ein politisches Referenzdokument, das als europäischer Bezugspunkt für die politische Bildungsarbeit dienen kann und sollte.

Auf der Ebene der Europäischen Union ist seit 01.01.2010 mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon die Grundrechtecharta (endlich) ins Leben getreten. Dies hat auf der EU Ebene insgesamt die Diskussion um Citizenship als Leitbild für Bildungsaufgaben befördert, auch wenn dieser Prozess noch zu keinem Ergebnis gekommen ist.

Das europäische Netzwerk DARE (Democracy and Human Rights Education in Europe) unterstützte den gesamten Entwicklungsprozess um die Charta seit 2008 und kooperierte eng mit den Institutionen des Europarats. Auch 2010 investierten der AdB und die 50 Mitgliedsorganisationen des Netzwerks vielfältige Ressourcen in die Frage, wie Demokratie- und Menschenrechtsbildung auf den verschiedenen europäischen Ebenen besser verankert werden kann.

DARE war 2010 eingeladen, in verschiedenen Gremien des Europarats und der EU mitzuwirken, so zum Beispiel bei der Evaluationskonferenz des Europaratprojekts Learning and Living Democracy, beim Expertenhearing zur Implementierung der EDC/HRE-Charta des Europarats und bei der Arbeitsgruppensitzung Menschenrechtsbildung mit jungen Menschen. Die Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission hat DARE 2010 als Best-Practice-Beispiel für GRUNDTVIG-Netzwerke identifiziert und anlässlich der GRUNDTVIG-Programmevaluation und Zukunftsgestaltung zur Mitwirkung auf verschiedene Stakeholder-Foren eingeladen.

Veranstaltungen und Fachtagungen

Unter dem Titel „Children’s Rights for Adult Learners“ fand vom 27.-29.01.2010 in Brüssel ein Fachtreffen statt, das Bildungskonzepte, Methoden zur Kinderrechtsbildung sowie die unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen für Kinderrechtsbildung in verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten thematisierte. Neben dem Austausch über den aktuellen Stand der Dinge auf der politischen Ebene und Methodentrainings wurden auf dem Fachtreffen verschiedene Evaluationsmethoden besprochen, die helfen sollen, die Umsetzung der Kinderrechtsthematik in der eigenen Bildungsarbeit zu überprüfen. Zudem diente das Treffen dazu, eine thematische Publikation vorzubereiten, die im Rahmen der DARE-Themenhefte erschien. Das Fachtreffen wurde vom belgischen Partner VORMEN organisiert.

„Tackling Poverty and Social Exclusion with Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education“ war der Titel der ersten Jahreskonferenz, die, organisiert vom britischen Mitglied BEMIS, vom 03.-05.03.2010 in Glasgow stattfand. Die früh im Jahr anberaumte Konferenz bildete für DARE

den Auftakt zum Europäischen Jahr der Armutsbekämpfung und erfuhr auch deswegen eine erfreulich große Resonanz. Neben fachtheoretischen Inputs beinhaltete die Konferenz über 20 verschiedene praktische Vorstellungen von Bildungsarbeit vor dem Hintergrund sozialer Ausgrenzung. Die auf der Konferenz formulierten Politikempfehlungen fanden starken Nachklang in der Öffentlichkeit und wurden von mehreren Europäischen Institutionen aufgegriffen. Eine Dokumentation der Konferenz erschien in gedruckter Form und auch online auf www.dare-network.eu.

Ein europäisches Fachtreffen zur Thematik „Citizenship Reloaded: Active Citizenship under Changing European Policy Frames“, auf dem Bildungsexpert/-innen und Politikvertreter/-innen die Auswirkungen der Europaratscharta für Demokratie- und Menschenrechtsbildung und die Neuausrichtungen der Zuständigkeiten der EU Generaldirektionen im Bereich Citizenship diskutierten, wurde von den Litauischen Partnern Pilietinių iniciatyvų centras und Lietuvos žmogaus teisių centras vom 30.06.-04.07.2010 in Vilnius organisiert. Das Fachtreffen beleuchtete die Entwicklungen aus Sicht von Jugend- und Erwachsenenbildung und untersuchte konkrete Auswirkungen auf die Erwachsenenbildung sowie spezieller noch in Hinblick auf die Frage nach Validierung non-formaler Lernprozesse. Zwei Politik-Statements wurden im Anschluss an das Treffen publiziert und an Entscheidungsträger in ganz Europa versandt. Die Multimedia-Dokumentation des Treffens ist auf www.dare-network.eu zu finden.

„A Europe of Active Citizens: Assessment, Policy Responses and Recommendations on Active Citizenship Education“, die Abschlusskonferenz des DARE-Projekts in Budapest wurde am 11.11.2010 vom ungarischen Partner Aktiv Állampolgárság Alapítvány organisiert und bildete zugleich den inhaltlichen Auftakt für die Ungarische EU Ratspräsidentschaft, die Citizenship Education als eines der zentralen Themen gesetzt hatte. Auf der Konferenz wurden durch David Kerr erstmalig die Ergebnisse der internationalen ICCS Studie (International Civic And Citizenship Education Survey) einer breiten europäischen Fachöffentlichkeit vorgestellt und rückgespiegelt zu laufenden Forschungsarbeiten des europäischen Centre for Research on Lifelong Learning (CRELL) und verschiedener Arbeiten zum European Social Survey (DEREX Index u.a.). Eine beunruhigende Erkenntnis war, dass die Ergebnisse nahezu aller Studien Rückschlüsse auf ein Versagen der Demokratiebildung v.a. in den neueren EU-Mitgliedsstaaten zulassen. Auf dieser Basis wurden konkrete Handlungsempfehlungen für den Bereich der demokratischen Jugendbildung erarbeitet, die in einem weiteren Schritt auf einem informellen Treffen der EU Bildungsminister Ende März 2011 vorgestellt werden. Die Dokumentation der Konferenz ist auf www.dare-network.eu zum Download verfügbar.

Mit e-DARE, dem DARE blog sowie der Publikationsreihe DARE BLUE Lines als Informationsmedien stellt DARE zudem – trotz

knapper eigener Ressourcen – ein umfassendes Informationsangebot zu allen für Bildungsarbeit relevanten Entwicklungen der Demokratie- und Menschenrechtsbildung kostenfrei zur Verfügung.

► Erfahrungen und Ergebnisse

Die Netzwerk-Förderung über das EU-Programm Grundtvig konnte im Dezember 2010 erfolgreich abgeschlossen werden. Dem AdB ist es im Verbund mit allen beteiligten Partnern gelungen, in den letzten vier Jahren eine europäische NGO aufzubauen, deren Arbeit als Vertretung für EDC/HRE in der

außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung mittlerweile sowohl auf der politischen als auch auf den Forschungs- und Praxisebenen große Anerkennung findet. Die Mitgliederzahlen sind stabil. Um das Netzwerk weiter zu aktivieren und den mühevoll erarbeiteten Zugang zu den Entscheidungsträgern weiter auszubauen, hat die DARE-Vollversammlung das Angebot des AdB, die Geschäftsstelle des Netzwerks für die nächsten zwei Jahre von Berlin aus zu betreuen, einstimmig angenommen. Für 2011 sind bereits mehrere Workshops und Aktivitäten geplant, die eine lebendige Weiterentwicklung des Netzwerks erwarten lassen.

Wirtschaft(en) in gesellschaftlicher Verantwortung – Jahresthema 2010

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten beschließt jährlich ein Thema, das aus seiner Sicht von grundlegender oder aktueller Bedeutung für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung ist und von seinen Mitgliedseinrichtungen unter verschiedenen Aspekten aufgegriffen werden soll. Für das Jahr 2010 lautet das Jahresthema „Wirtschaft(en) in gesellschaftlicher Verantwortung – Demokratie – Ökonomie – Politische Bildung“. Der AdB und seine Mitglieder wollen den Ursachen und Folgen der aktuellen Finanzkrise in Angeboten der politischen Bildung nachgehen und sich dafür einsetzen, dass Jugendliche und Erwachsene nicht nur die für sie wichtigen Informationen zu einem besseren Verständnis in die ökonomischen Zusammenhänge erhalten, sondern auch die Kompetenzen entwickeln, die sie zu einer aktiven Beteiligung an den Auseinandersetzungen über die Zukunft der Wirtschaftssysteme befähigen.

Aktivitäten im AdB

Abweichend von der sonst bewährten Vorgehensweise, mit einer Fachtagung in das Jahresthema einzuführen und die Mitgliedseinrichtungen für die gewählte Thematik zu sensibilisieren, musste dieser Auftakt aufgrund der Jubiläumsfeierlichkeiten im Vorjahr entfallen. Dennoch verabschiedete der Verband ein Positionspapier, in dem er deutlich macht, dass er in der Finanz- und Wirtschaftskrise einen weiteren Grund für den zunehmenden Vertrauensverlust in die Gestaltungskraft der Politik sieht und dadurch auch eine Schwächung der Demokratie befürchtet. „Angesichts dieser Entwicklungen schwindet das Vertrauen der Menschen nicht nur in den Markt, die Banken und die Stabilität des Geldes, sondern auch in die Souveränität der Politik und die Gestaltungskraft der Demokratie. Gewählte politische Akteure und Parlamente

aller staatlichen Ebenen geraten in eine Legitimationskrise, weil die Handlungsmacht der politischen Führung durch die Fakten schaffende Macht der Ökonomie ad absurdum geführt wird. Milliardenschwere konjunkturelle Stützungsmaßnahmen werden zukünftig politischen Gestaltungsspielraum weiter einschränken.“

Die Homepage des AdB bildete den zentralen Knotenpunkt, um die verschiedenen Aktivitäten im Verband sichtbar zu machen und zu vernetzen. Jedes Mitglied, das Veranstaltungen zum Thema durchführte, konnte diese nach einem einheitlichen Raster für die Veranstaltungsdatenbank melden, so dass Interessenten auf einen Blick Informationen über Thema, Inhalt, Veranstalter, Zeit und Ort erfuhr. Ergänzt wurde diese Datenbank durch interessante Aufsätze, Literatur- und weitere Veranstaltungshinweise, weiterführende links sowie Informationen über Förderprogramme und -organisationen.

In der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“ wurden in jeder Ausgabe Projekte zum Themenkreis ausführlich vorgestellt. Den Auftakt machte das „Weltspiel“, eine Methode, bei der die Teilnehmenden interaktiv und visualisiert die relative Verteilung verschiedener Größen oder Güter auf den einzelnen Kontinenten darstellen. Martin Kurth aus der Bildungsstätte Haus Neuland in Bielefeld zeigte anhand mehrerer Beispiele, wie die Ursachen und Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise an politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger vermittelt werden und zum Thema in Seminaren mit jungen Soldaten werden. In der Akademie Frankenwarte gab das Jahresthema den Anstoß, sich im Rahmen eines Seminars mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion auseinanderzusetzen, und das Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter ging zusammen mit Teilnehmenden der Frage nach, „Standort Deutschland – Wohlstand für alle?“

▣ Erfahrungen und Ergebnisse

Das Jahresthema des AdB ist eine gute Möglichkeit, die außerordentliche Bandbreite an Inhalten, Veranstaltungen, Methoden und Formaten, die die über einhundert Mitgliedseinrichtungen des AdB anbieten, fokussiert auf ein Thema sichtbar zu machen. Die Aktualität und Dringlichkeit des Themenkomplexes „Wirtschafts- und Finanzkrise“ hat zu einer Fülle an Veranstaltungen geführt. So bilanzierte die Dozentin der Akademie Frankenwarte folgerichtig: „Es ist jetzt ein guter Zeitpunkt, ökonomische Probleme, innenpolitische, europäische oder globale, in ihrer Vielschichtigkeit mehr als bisher zu thematisieren und Interessenskonflikte aufzuzeigen. Die Bereitschaft zu Solidarität nimmt zu, wenn Möglichkeiten für Begegnung und Austausch geschaffen werden.“

Der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen haben sich für die Zukunft u.a. vorgenommen,

- sich noch engagierter mit den Strukturen des Weltwirtschaftssystems zu befassen, um eine Diskussion über Transparenz und Kontrolle von Märkten und die Grenzen von Gewinnerzielung und Einkommen zu führen;
- neue Konzepte zu entwickeln, die zur Verbesserung der ökonomischen Handlungskompetenz von Menschen führen, um sie als Betroffene, Kunden, Aktionäre und Arbeitnehmende in die Lage zu versetzen, aktiv im Rahmen ihrer Möglichkeiten in den Markt eingreifen zu können;
- Anreize zum Diskurs über Verbesserungen und Alternativen zu bisherigen Wirtschaftssystemen auf globaler, aber auch nationaler oder lokaler Ebene zu schaffen.
- das Konzept einer Bildung für nachhaltige Entwicklung stärker aufzugreifen und in die Angebote politischer Bildung zu integrieren.

Qualität sichern – Fortbildungen und Fachtagungen im AdB

„Demokratie ist anstrengend!“, so formulierte die Vertreterin des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf einer Fachveranstaltung des AdB. Demokratie ist anstrengend, weil sie ein grundsätzlich un abgeschlossenes Projekt ist, weil sie auf die aktive Beteiligung und Mitgestaltung aller angewiesen ist, um erfolgreich funktionieren zu können, und weil es fortlaufend Veränderungen gibt, aus denen neue Herausforderungen erwachsen.

Die politische Bildung, deren Aufgabe es ist, die Demokratie zu festigen und das demokratische Bewusstsein und die demokratischen Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, muss sich diesen Veränderungen und Herausforderungen stel-

len, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Für den AdB heißt das, im Rahmen von Fortbildungen und Fachtagungen aktuelle Themen und Entwicklungen aufzugreifen, in Vorträgen, Workshops und Diskussionen aufzubereiten und dafür Sorge zu tragen, dass sie in der politischen Bildung und in der Praxis der Bildungsstättenarbeit verankert werden. Auf diesem Weg hilft der AdB mit, ein Angebot an politischen Bildungsmaßnahmen zu entwickeln, das dem Bedarf und den Interessen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer entspricht.

Neue Beteiligungsformen – Jahrestagung 2010

Vom 23. – 24. November 2010 fand in der Franken-Akademie Schloß Schney in Lichtenfels die AdB-Jahrestagung zum Thema „Neue Beteiligungsformen in der repräsentativen Demokratie – Chancen demokratischer Beteiligung nutzen“ statt.

Mit diesem Thema wollte der AdB dazu anregen, Möglichkeiten einer stärkeren Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen an den sie betreffenden Entscheidungen zu entwickeln und die Aufgaben der politischen Bildung bei der Wahrnehmung von Beteiligungsrechten zu konkretisieren.

Die Tagung wurde mit einem Gespräch eröffnet, das Prof. Dr. Frank Decker von der Universität Bonn und Ralf-Uwe Beck, Sprecher der Initiative „Mehr Demokratie e. V.“, führten. In diesem Gespräch ging es vor allem um den Vertrauensverlust und den Anspruch der Bürger/-innen, ihren Willen in geregelten Verfahren wie Bürgerentscheid und Volksbegehren zum



Ausdruck zu bringen und an politischen Entscheidungen direkt beteiligt zu werden.

Drei Arbeitsgruppen erörterten im Folgenden die verschiedenen Aspekte des Tagungsthemas. Die Bedeutung der neuen Plattformen im Web 2.0 für die Entwicklung der Bürgerbeteiligung stand im Mittelpunkt einer Arbeitsgruppe. Die zweite Gruppe diskutierte die Frage, ob die politische Bildung wieder mehr auf Institutionenkunde setzen müsse, da Beteiligung nicht voraussetzungslos zu haben sei. In der dritten Arbeitsgruppe standen Überlegungen über die Aufgaben politischer Bildung gegenüber politischen Bewegungen und ihren Anliegen im Mittelpunkt.

Im die Tagung abschließenden Referat von Prof. Dr. Hans J. Lietzmann von der Universität Wuppertal ging es um die Herausforderungen der politischen Bildung angesichts der Perspektiven der repräsentativen Demokratie in Deutschland und Europa. Lietzmann forderte mehr Transparenz bei den Verwaltungsverfahren, mehr öffentliche Kommunikation und mehr Beteiligung bei weitreichenden Entscheidungen. Er stellte einige von seiner Hochschule moderierte Beteiligungsverfahren vor und verwies auf inzwischen auch in Verwaltungsverfahren integrierte Beteiligungsmöglichkeiten, die aber frühzeitig genutzt werden müssten, damit sie wirksam würden, bevor vertragliche Strukturen geschaffen seien. Solche Beteiligungsverfahren seien notwendig, auch wenn sich die Prozesse dadurch verlangsamten und dann die von den Investoren gewünschten Ziele nicht erreicht werden könnten.

Die Politik müsse Macht an die Bürger/-innen abgeben, könne dabei aber auch Gestaltungsmacht zurückgewinnen im Schulterschluss mit den Bürgern gegenüber organisierten Interessen.

Fachgespräch: Linksextremismus – ein Thema politischer Bildung?

Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgelegte neue Präventionsprogramm zur Förderung von Projekten und Maßnahmen gegen Linksextremismus und islamischen Extremismus war für den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten Anlass zu einem Fachgespräch, bei dem über die Voraussetzungen dieses Programms, seine Konsequenzen für die politische Jugendbildung und bereits im Rahmen des Programms entwickelte Projekte diskutiert wurde. Das Fachgespräch fand am 11. Oktober 2010 im Haus der Jugendarbeit, Berlin, statt.

Den Einstieg ins Thema leistete Prof. Dr. Albert Scherr, Pädagogische Hochschule Freiburg, mit seinem Referat „Jugendarbeit mit linksradikalen Jugendlichen – Aufgabenstellung für die politische Jugendbildung?“ Susanne Fasholz vom Bundesmini-

sterium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, erläuterte im zweiten Teil des Gesprächs Vorhaben und Zielsetzung des neuen Extremismusprogramms der Regierung. Sie betonte, dass auch das Programm gegen Rechtsextremismus ohne Abstriche fortgesetzt werden soll.



Ulrich Ballhausen, Vorstandsmitglied des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten, stellte sein Projekt zur Vermittlung von Schlüsselkompetenzen zur Auseinandersetzung mit antidemokratischen gewaltorientierten linksextremistischen Ideologien und Strömungen vor, das die Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar im Rahmen des neuen Programms entwickelt hatte. Karsten Biermann berichtete über ein weiteres Projekt im Rahmen des Programms, das an der Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg entwickelt wird. Dieses zielt auf Stärkung der Demokratie, setze auf Beteiligung und Engagement und strebe eine politische Haltung als Ergebnis eigener Meinungsbildung an.

Die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten engagiert und kontrovers über die Beiträge und Konzeptideen. Gewaltbereitschaft und ihre Verharmlosung, Fragen nach den Zielgruppen des Programms sowie die Problematisierung von Sonderprogrammen als geeignetes Instrument zur Bekämpfung von Links- und Rechtsextremismus waren einige Themen der Debatte.

Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des AdB, fasste zum Schluss der Veranstaltung noch einmal die wesentlichen Punkte des Austauschs zusammen:

- Das Programm gegen Linksextremismus habe eine Kontroverse in der Fachöffentlichkeit ausgelöst, die auch im AdB ihren Niederschlag gefunden habe. Man bemühe sich um eine konstruktive Auseinandersetzung mit dem Programm und seinen Zielen.

- Es gebe Schwierigkeiten bei der Begriffsbestimmung und der Definition von Linksextremismus und einen Mangel an wissenschaftlicher Forschung zu diesem Phänomen. Probleme der Inneren Sicherheit könnten jedoch nicht die Voraussetzung für pädagogische Arbeit sein. Notwendig sei eine wissenschaftliche Begleitung zu ihrer Unterstützung.
- Linksextremismus sei ein Thema der politischen Bildung. Jedoch sei Vorsicht geboten vor der Indienstnahme durch den Verfassungsschutz. Wenn sich die politische Bildung in die Debatte einmische, seien Vernetzung und Austausch der daran Beteiligten sicherzustellen und die Entwicklung von Projekten fachlich zu begleiten.

Europa vor Ort: EU-Fördermittel für die politische Bildung

Zwölf Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus Mitgliedseinrichtungen des AdB sowie aus Bildungsstätten, die in anderen Dachverbänden organisiert sind, kamen vom 6. bis 7. Oktober 2010 in die Heimvolkshochschule Mariaspring. Ihr Ziel war es, EU-Förderprogramme kennenzulernen, die für die Finanzierung politischer Bildungsarbeit relevant sind, und zu erfahren, wie man diese nutzt. Für die erfolgreiche und zufriedenstellende Beantwortung aller Fragen sorgte die Referentin Dr. Helle Becker.

Nach einem Einstieg in die verschiedenen europäischen Politikbereiche und deren vertragliche Grundlage, vertieften sich die Teilnehmenden rasch in die unterschiedlichsten Förderprogramme. Gefragt waren Informationen zur Beantragung von Kleinprojekten bis hin zum Management großer Partnerschaften und Projektkonsortien. Das Hintergrundwissen über europäische Förderpolitik und europäische Förderprogramme innerhalb der teilnehmenden Gruppe war höchst unterschiedlich, so dass sich rasch ein angeregter Austausch über die vorhandenen verschiedenen Erfahrungen ergab. In diesem Zusammenhang wurde deutlich, dass die erfolgreiche Nutzung von Förderprogrammen nicht allein von einer guten Kenntnis der entsprechenden Programme abhängig ist. Wichtig ist ein breiteres Verständnis europäischer Politik, da auf europäischer Ebene entscheidende Voraussetzungen inhaltlicher und fördertechnischer Art für politische Bildungsarbeit geschaffen werden.

Die Teilnehmenden bezeichneten die Fortbildung als ausgesprochen hilfreich für die eigene Arbeit, da sie in kurzer Zeit

einen umfassenden Überblick über politische Hintergründe und relevante Förderprogramme vermittelte.

Fachtagung für Haustechniker

Welche Stühle passen in einen Seminarraum? Welche Größe dürfen die Tische haben, damit man sie noch bewegen kann? Wie sieht eine optimale Raumnutzung aus? Diese und weitere Fragen standen im Mittelpunkt der diesjährigen Haustechnikertagung des AdB, die vom 19. bis 22. Oktober 2010 im Bielefelder Haus Neuland stattfand.

Eine umfangreiche Einführung ins Tagungsthema gab der Einrichtungsberater Eberhard Bräunche von der Firma Neuland. Er vermittelte das „Erlebnis Tagungsraum“ als zusammenhängendes System von Architektur, Ausstattung, Raumgestaltung und Peripherie. Unterschiedliche Nutzungsmöglichkeiten eines Seminar- bzw. Tagungsraums bedürfen auch einer entsprechenden Ausstattung, da die Möblierung häufig die einzige Variable in einem Raum sei.

Die Teilnehmer brachten Fotos und Beschreibungen des Mobiliars aus ihren Bildungsstätten mit zur Tagung und stellten



diese gegenseitig vor. Heraus kam eine vielfältige Sammlung unterschiedlicher Modelle an Tischen und Stühlen, die in den Einrichtungen im Einsatz sind. Der Erfahrungsaustausch über die jeweiligen Einrichtungsgegenstände und optimale Lösungen bot den Haustechnikern die Gelegenheit, zusätzliche Informationen über Hersteller und Produktvielfalt zu erhalten. Sie wünschten sich einvernehmlich eine stärkere Beteiligung an Planungsprozessen in ihren Einrichtungen, um ihren Sachverstand besser einfließen lassen zu können.

Die Haustechniker besichtigten anschließend eine Fabrik für Büromöbel in Detmold und bekamen dort einen Einblick in

die Produktionsprozesse. Die Befassung mit den Sicherheitsbestimmungen für Möbel rundete das Tagungsthema ab. Das CE- und GS Symbol als wichtiges Merkmal von Produktqualität und Teil des Geräte- und Produktsicherheitsgesetzes standen im Mittelpunkt der Diskussion. Die Teilnehmer rieten aufgrund ihrer Erfahrungen davon ab, Möbel ohne diese Sicherheitsmerkmale anzuschaffen, nur weil sie billig in Mitnahmemärkten zu bekommen seien.

Die Veränderungen im Zivildienst diskutierten die Haustechniker in einer aktuellen Stunde und äußerten sich kritisch zur Dienstzeitverkürzung und der Möglichkeit der freiwilligen Verlängerungen. Für die Haustechnik würde zukünftig die Einsatzplanung von Zivis immer schwieriger, da nicht klar sei, ob über das ganze Jahr hinweg die Stellen besetzt seien und wie lange die Stelleninhaber bleiben würden. Der komplette Wegfall des Zivildienstes als Folge des Aussetzens der Wehrpflicht stelle die Bildungsstätten ohnehin vor eine neue Situation, in der über Personalkonzepte ganz neu nachgedacht werden müsse, war das Ergebnis der Beratungen.

► Erfahrungen und Ergebnisse

Alle vom AdB angebotenen Fortbildungen und Fachtagungen stießen auf eine positive Resonanz bei den Mitgliedseinrichtungen und darüber hinaus und waren gut besucht. Dies zeigt uns, dass wir den Bedarf der Bildungsstätten richtig erkannt und das passende Angebot bereitgestellt haben.

Das Thema „Neue Beteiligungsformen in der repräsentativen Demokratie“ stieß auf das größte Interesse, was angesichts

der hohen Aktualität („Stuttgart 21“) nicht verwunderte. Die politischen Bildnerinnen und Bildner waren sehr interessiert an der Frage, welche Auswirkungen die vielfach geäußerten Beteiligungswünsche der Bürgerinnen und Bürger auf die Politik haben werden. Dass sie ebenfalls nicht folgenlos für die politische Bildung selbst sein können und sollten, war dabei Konsens.

Das neue Format des „Fachgesprächs“, wie der AdB es zum Thema „Linksextremismus – ein Thema der politischen Bildung?“ erprobt hat, erzeugte ebenfalls auf ein positives Echo. In den Rückmeldungen wurde dem AdB nahegelegt, das Angebot an solch kurzfristigen, ergebnisoffenen Austauschmöglichkeiten zu aktuellen Themen auszuweiten.

Die Kompetenz des AdB, gute und verständliche Fortbildungen im Bereich der EU-Förderung anzubieten, die auf die Bedarfe der Bildungsstättenarbeit zugeschnitten sind, hat sich über den Kreis der Mitglieder hinaus herumgesprochen. Aufgrund der Komplexität der Materie und der zunehmenden Unterschiede im Vorwissen der Teilnehmenden plant der AdB eine Überarbeitung des Konzepts für 2012.

Da der (Seminar-)Raum nicht lediglich umbaute Luft ist, sondern eine entscheidende pädagogische Größe darstellt, legt der AdB großen Wert darauf, auch für die Berufsgruppe der Haustechniker ein Fortbildungsangebot bereitzuhalten und die Qualität auch in diesem Bereich der Bildungsstättenarbeit zu sichern. Die seit Jahren rege Nachfrage bestätigt dieses Anliegen. Aus finanziellen Gründen musste die sonst ebenfalls stattfindende Fortbildung für Hauswirtschaftsleitungen im Berichtsjahr leider ausfallen.

Kommunikation und Kompetenz – Fachkommissionen im AdB



Die Fachkommissionen des AdB sind die zentrale Plattform für die innerverbandliche Kommunikation. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mitgliedseinrichtungen, Bildungsstätten-

leiter und -leiterinnen, Pädagogen und Referentinnen, Verwaltungsleiter und -leiterinnen kommen hier zusammen, um sich gegenseitig zu beraten, aktuelle Themen zu diskutieren und Empfehlungen an Vorstand und Verband zu formulieren. Die fünf Fachkommissionen – Jugendbildung, Erwachsenenbildung, Mädchen- und Frauenbildung, europäische und internationale Bildung, Verwaltung und Finanzen – tagen je zwei Mal pro Jahr. Ihre Aktivitäten im Berichtszeitraum sind im Folgenden dargestellt.

Kommission Jugendbildung

Die Kommission Jugendbildung befasste sich während ihrer Frühjahrssitzung am 9. und 10.03.2010 im Berliner wannsee-FORUM schwerpunktmäßig mit der Neupositionierung von

Jugendpolitik (Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums) und der Auswirkung des Bologna-Prozesses auf die politische Jugendbildung.

Klaus Waldmann, Bundestutor der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung und ehemaliges Mitglied des Bundesjugendkuratoriums, konnte als Referent begrüßt werden. Er stellte als einer der Mitautoren der BJK-Stellungnahme deren wesentliche Eckpunkte vor.

Mit der Formulierung einer „kohärenten“ Jugendpolitik sollte ein ressortübergreifender Ansatz entwickelt werden, der eine zeitliche, sachliche und operative Dimension enthält. Die generationsübergreifende Teilhabe an Ressourcen spielte bei diesen Überlegungen eine ebenso wichtige Rolle. Darüber hinaus war es Ziel des Papiers, eine Stärkung kommunaler Jugendpolitik zu erreichen. Lokale Bildungslandschaften, so Klaus Waldmann, müssen als Instrument dieses Prozesses etabliert und unterstützt werden.

Als Stolpersteine dieses Ansatzes benannte der Referent die aufgegliederten Zuständigkeiten, die sich durch die föderative Struktur der Bundesrepublik ergeben und ressortspezifische Abgrenzung, z.B. im Bereich der Arbeitsverwaltung.



Die Kommission verständigte sich darauf, die Gestaltungspläne des BMFSFJ für eine „eigenständige Jugendpolitik“, wie sie im Koalitionsvertrag gefordert wird, weiter zu begleiten und empfahl dem AdB, sich als Akteur in diesen Prozess einzubringen.

Der zweite Schwerpunkt der Sitzung nahm Bezug auf die immer deutlicher werdende Problematik der Teamergewinnung für Seminare u.a. wegen fehlender Flexibilität in den Studienordnungen und der starken zeitlichen Belastung von Studierenden. Einzelne Einrichtungen überlegen zurzeit, ihr Teamer-System zu verändern und ggf. mehr mit Absolventen zu arbeiten. Es werden Teamer/-innen beschäftigt, die sich in der Endphase von Diplom-Studiengängen befinden oder

Jahrespraktikanten der Sozialpädagogik werden für die Seminararbeit eingestellt. Die Kommission war sich einig, dieses Thema weiter zu bearbeiten.

Jugend- und bildungspolitische Themen standen erneut auf der Tagesordnung der Herbst-Sitzung vom 22. bis 24.09.2010 in der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte in Papenburg.

Die Kommissionsmitglieder informierten sich gegenseitig über die bisher bekannten Eckdaten zum Nachfolgeprogramm von „Vielfalt tut gut“. Eine Ausschreibung lag zum Zeitpunkt der Sitzung noch nicht vor. Es herrschte Einigkeit über die dringende Notwendigkeit, weitere Projekte zum interkulturellen Lernen anzubieten. Allerdings stellte und stellt die Vorgabe, 50% Eigenmittel einzubringen, eine erhebliche Hürde für alle Projektinteressenten dar. Dies wurde auch von der wissenschaftlichen Begleitung des Vielfalt-Programmes festgestellt.

Ob das Programm gegen Linksextremismus und Islamismus unter dem Dach von „Vielfalt tut gut“ angesiedelt werden würde, war zum Zeitpunkt der Sitzung noch nicht klar. Kritisiert wurden die Beschreibung linksextremer Ideologien und die verlangte Unterschrift der Träger unter eine gesonderte „Demokratieerklärung“. Zudem wurde die Linksextremismus-Beschreibung in der Antwort des BMFSFJ auf eine Anfrage von Abgeordneten kritisch gesehen, da „politische und soziale Gleichheitsideale“ immer Thema politischer Bildung sein müssten, so die Kommission.

Das zweite Schwerpunktthema dieser Sitzung trug den Titel „Kooperation der politischen Bildung mit Hochschulen zur Verbesserung der Ausbildungspraxis und der Anerkennung außerschulisch erworbener Kompetenzen“. Dr. Gierke von der Universität Oldenburg informierte über ein Projekt dieses Namens, das vor dem Hintergrund der Berliner Bologna-Nachfolgekonferenz zu sehen ist, die den Hochschulen eine zentrale Rolle im Konzept des lebenslangen Lernens beimisst.

Dr. Gierke referierte das „Oldenburger Modell“. Dies ist ein Verfahren zur Anrechnung von Kompetenzen. Vorgeesehen ist eine pauschale Anrechnung (z.B. IHK-Abschlüsse) und eine individuelle Anrechnung (z.B. informell erworbene Kompetenzen).

Dr. Gierke bot seine Unterstützung bei der Entwicklung von Kooperationsverfahren an. Die Professionalisierungsbereiche als Bestandteil der Studiengänge bieten hier gute Anknüpfungsmöglichkeiten. Er empfahl, dass bei Fortbildungen Lernergebnisse dokumentiert werden sollten, um sie „verwertbarer“ zu machen.

Die Kommission verständigte sich darauf, weitere konzeptionelle Schritte zu überlegen, um Kooperationsbeziehungen mit Hochschulen und damit auch die Teamergewinnung zu verbessern. Folgende Fragen stellen sich in diesem Zusammenhang:

- Wer arbeitet bereits mit Hochschulen zusammen?
- Wie kann in Fragen der Praktika die Zusammenarbeit verbessert werden?
- Wie können Tätigkeiten in der Bildungsarbeit für Studiengänge angerechnet werden?
- Welche Strategien außerhalb der politischen Bildung gibt es, die adaptiert werden könnten?
- Wie können Schlüsselkompetenzen mit aufgenommen werden?
- Wie können Praxiserfahrungen mit aufgenommen werden?

Der zweite Teil der Sitzung widmete sich erneut jugendpolitischen Fragen. Die Kommission diskutierte, wie die politische Bildung inhaltliche Fragestellungen in die Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik einbringen kann. Einige Kommissionsmitglieder mahnten eine stärkere Fokussierung gesellschaftsrelevanter Themen durch die Träger politischer Bildung an, um in Debatten stärker Gehör zu finden.

Kommission Erwachsenenbildung

Die beiden Sitzungen der Kommission Erwachsenenbildung gaben dem Erfahrungsaustausch viel Raum. Im Mittelpunkt der Frühjahrssitzung, die vom 8. bis 10. Februar 2010 in Jakob-Kaiser-Haus in Weimar stattfand, stand die Fortsetzung der Diskussion über Emotionalität und den Umgang mit Emotionen in der politischen Bildung.

Zunächst referierte Prof. Dr. Matthias Pfüller über den Stand der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Emotionen als Bestandteilen von Bildungsprozessen. Er konstatierte, dass die emotionale Komponente gegenüber der Betonung kognitiver Elemente zwar aufgeholt habe, in Bildungskonzeptionen aber nach wie vor – insbesondere unter den Bedingungen der „Wissengesellschaft“ – eher ins Hintertreffen gerate.



Dr. Robert Schmidt hob in seinem anschließenden Referat hervor, dass es problematisch sei, Emotionen lernstrategisch zu kalkulieren. Dies zeige sich insbesondere in Ansätzen der so genannten Betroffenheitspädagogik, die in ihrem Versuch,

Situationen nachzuerleben, sogar von den eigentlichen Lernzielen wegführen könne. Im Mittelpunkt seines Beitrags stand die Frage, wie die pädagogische Leitung mit ihren eigenen Emotionen im Lerngeschehen umgehen kann, vor allem dann, wenn es sich um Irritationen, Ängste oder Ärger handelt. Eigenes Gefühl nicht als Handlungsimpuls übermächtig werden zu lassen, setze die Fähigkeit zur Selbstreflexion bei Lehrenden voraus. Diese Selbstwahrnehmung sei die Grundlage emotionaler Intelligenz und eine Bedingung für die Einsicht in eigene Verhaltensmuster und für (selbst-)bewusstes Handeln.

Harald Meves beschrieb im zweiten Teil der Sitzung Veränderungen in den Sozialisationsbedingungen, unter denen Kinder heute aufwachsen. Seine Fragestellungen in diesem Zusammenhang leitete er aus den Erfahrungen in der Familienbildung ab, in der sich aktuelle Tendenzen gesellschaftlicher Entwicklungen widerspiegeln.

Veränderte Sozialisationsbedingungen stellte Dr. Christoph Meyer auch bei den verschiedenen Generationen des politischen Personals in Deutschland fest, die er in seinem Folgeferat miteinander verglich. In seiner Gegenüberstellung wurde deutlich, wie sich zeitbedingt Politikstile und Anforderungen an politisches Handeln geändert haben. Es lässt sich nicht nur auf individuelle Entscheidungen und Handlungen der Akteure zurückführen, dass Politik heute zunehmend als „schmutziges Geschäft“ begriffen wird, die Bindungen an politische Organisationen schwinden, Politik vor allem als Marketing betrieben wird und sich Politik als Beruf etablieren konnte, was die Distanz zum Alltag der Bürgerinnen und Bürger verstärkt.

In der anschließenden Diskussion ging es vor allem um die Frage, wie politische Bildung noch zu politischem Engagement motivieren kann, wenn das Politische und Politik immer weniger identifizierbar sind für die Bürgerinnen und Bürger und sich auch die Formen politischen Handelns nicht mehr eindeutig bestimmen lassen. In der Kommission überwog die Einschätzung, dass die Politik an Aufmerksamkeit und Wertschätzung bei den Bürgern und Bürgerinnen verliert, ihre Problemlösungskompetenz infrage gestellt wird und durch die zunehmende Einschränkung politischer Gestaltungsmöglichkeiten auch die Bereitschaft, in Parteien mitzuwirken, weiter sinken wird.

Die Kommission kam vom 13. bis 15. September 2010 zu ihrer Herbstsitzung in Kloster Banz, dem Bildungszentrum der Hanns-Seidel-Stiftung in Bad Staffelstein, zusammen. Durch Wind und Regen wurde ein Schwerpunkt dieser Sitzung, eine Fotoexkursion zur Wallfahrtskirche Vierzehnheiligen, etwas beeinträchtigt. Die Kommission hatte sich dorthin auf den Weg gemacht, um eine Methode auszuprobieren, die in der Annäherung an Bildungsinhalte und deren Aneignung über das Medium Fotografie besteht.

Ein zweiter inhaltlicher Schwerpunkt dieser Sitzung war ein Vortrag des Kommissionsmitglieds Karl Heinz Keil, der über Ursprung und Entwicklung des Web 2.0 und seine Bedeutung für die politische Kommunikation referierte. Zahlreiche Beispiele aus dem Internet, unter anderem Wahlwerbespots von Barak Obama, Videospots auf YouTube, Internetkampagnen (wie zur Wahl eines Bundespräsidenten Gauck) machten deutlich, in welchem Umfang die neuen Kommunikations- und Vernetzungsmöglichkeiten des Web 2.0 bereits genutzt werden. Die verschiedenen Plattformen wie twitter, flickr, facebook, studivz und xing wurden vorgestellt und in Hinblick auf ihre Stärken und Schwächen kommentiert. Karl Heinz Keil wies auf die zunehmende Nutzung von social media durch die Politik hin, die er ebenfalls an Beispielen veranschaulichte. Die zentrale Bedeutung der neuen Kommunikationsplattformen liege im Austausch und in der Vernetzung, weniger in der Information, die nach wie vor noch über die traditionellen Medien wie Fernsehen und Printmedien läuft, wobei auch die Webseiten der Printmedien eine große Rolle spielen. Für die politische Bildung sind die neuen Medien gleichzeitig Inhalt und Werkzeug. Sie bieten die Chance, neue Zielgruppen anzusprechen und neue didaktische Formate zu entwickeln. Sie müssen allerdings adäquat „bespielt“ werden, wenn ihr Einsatz den gewünschten Erfolg bringen soll.

Auf beiden Sitzungen erörterte die Kommission bildungspolitische Entwicklungen auf Bundes- und Länderebene. Angesichts der von der Bundesregierung angekündigten Kürzungen für den Bereich der politischen Bildung im Jahr 2011 diskutierte die Kommission Möglichkeiten zur Abwendung der sich verschärfenden Situation für die Träger. Es wurde empfohlen, die Leistungen der politischen Bildung stärker in den Vordergrund zu stellen durch die Darstellung konkreter Projekte und bei der Argumentation für die Belange politischer Bildung und auch die neuen Medien und ihre Netzwerke zu nutzen. Appelle allein reichten nicht mehr aus.

Die Kommission regte an, für die pädagogisch Mitarbeitenden in Bildungsstätten des AdB ein Fortbildungsangebot zu entwickeln, das für die Vor- und Nachbereitung von Gedenkstättenbesuchen qualifizieren soll. Adressaten eines solchen Angebotes könnten über den AdB hinaus Lehrer und Lehrerinnen sein. Empfohlen wurde eine einmalige Veranstaltung in einem Zeitrahmen von drei bis fünf Tagen, die mit dem Besuch einer Gedenkstätte verbunden werden soll.

Kommission Mädchen- und Frauenbildung

Die Kommission traf sich am 27. Januar 2010 in Hannover zu ihrer eintägigen Frühjahrssitzung. Neben den Informationen aus dem AdB, jugend- und bildungspolitischen Entwicklungen und dem Austausch zum AdB-Jahresthema stand im Zentrum der inhaltlichen Auseinandersetzung die Mädchen- und Frauenbildung aus ostdeutscher Perspektive.



Prof. Dr. Birgit Bütow von der Fachhochschule Jena gab einen umfassenden Überblick über „Mädchen und Mädchenarbeit in der DDR und im Osten Deutschlands – Kontinuitäten und Diskontinuitäten“. Sie begann ihren Vortrag mit der Erläuterung lebensweltlicher Ambivalenzen und Widersprüche in der DDR und erläuterte ihre These, dass sich diese Widersprüche als Mentalitäten bis heute erhalten haben und die politische Thematisierung von Geschlechterdifferenzen erschweren. Dazu gehören von allem die „verordnete“ Gleichheit bzw. die Tabuisierung von Ungleichheit im Sozialismus, eine patriarchale Gleichberechtigung, die finanzielle Unabhängigkeit der meisten Frauen bei gleichzeitigem Erhalt geschlechtsspezifischer Zuweisungsmuster, ein erschüttertes Institutionenvertrauen und die Abschottung gegen internationale Entwicklungen.

Nach einer ausführlichen Darstellung der Jugendhilfe der DDR widmete sich Birgit Bütow dem Wandlungsprozess nach 1990, den sie in vier Phasen einteilte: die Umbruch- und Diskussionsphase 1989-1990, die Aufbauphase von 1990 bis 1995 mit der Einführung des KJHG und einem Institutionentransfer von West nach Ost (z.B. AFT-Programm), der Phase des „Abbaus im Aufbau“ und schließlich ab 2003 der beschleunigte Abbau von Strukturen und die Zunahme der Funktionalisierung und Ökonomisierung der sozialen Arbeit.

Die aktuellen Herausforderungen sah Birgit Bütow vor allem in der

- Behauptung der Mädchenarbeit als eigenständigem Arbeitsansatz;
- gemeinsamen Aufgabe Forschung, vor allem in der Notwendigkeit einer gendersensiblen Jugendhilfeforschung;
- Diskussion konzeptioneller und theoretischer Grundlagen;
- verstärkten Vernetzung;
- Suche nach neuen Bündnispartnern;
- erneuten Politisierung von Mädchenarbeit.

Die Kommissionsmitglieder werteten den Vortrag und das Gespräch mit Prof. Birgit Bütow als Bereicherung und sahen darin eine gute Ergänzung zum vorangegangenen Fachtag mit Dr. Claudia Wallner. Einige Argumente und Entwicklungen konnten wiedererkannt werden, dennoch gibt es, so stellten

die Mitglieder fest, große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, zwischen ost- und westdeutscher Mädchen- und Frauenarbeit. Vieles war den Kommissionsmitgliedern neu, so z.B. die Abneigung, sich in Vereinen zu organisieren, und die negative Besetzung des Ehrenamtes. Vor allem der historische Rückblick von Birgit Bütow hat deutlich gemacht, warum sich wie Mentalitäten geprägt haben, warum in der Bildungsarbeit tätige Frauen aneinander vorbeireden können, obwohl alle vermeintlich vom selben sprechen.

Die Herbstsitzung fand am 27. September 2010 erneut eintägig in Hannover statt. Nach ausführlichen jugend- und bildungspolitischen Informationen aus dem AdB arbeitete die Kommission auf der Grundlage eines Entwurfes an einem Positionspapier zur Mädchen- und Frauenbildung.

Den inhaltlichen Schwerpunkt bildeten der Vortrag von und die Diskussion mit der Diplom-Sozialpädagogin Linda Kagerbauer, die sich selbst als junge Feministin bezeichnet. Linda Kagerbauer gab einen ganz kurzen historischen Abriss der Mädchen- und Frauenarbeit. Sie verwies auf den 6. Kinder- und Jugendbericht als Meilenstein und auf die darauf aufbauenden institutionalisierten und professionalisierten Errungenschaften. Allerdings, so stellte sie fest, hat sich die Mädchenpolitik von der Mädchenarbeit abgekoppelt. Die Neoliberalisierung der Sozialpolitik der letzten Jahre hat dazu geführt, dass sich die engagierten Frauen mit Managementfragen, mit Öffentlichkeitsarbeit, mit Anforderungen an Effizienz und Effektivität auseinandersetzen mussten, um ihr finanzielles Überleben zu sichern. Politische Fragen sind dabei in den Hintergrund gerückt. Linda Kagerbauers Ziel ist es, Mädchenarbeit wieder politischer und feministischer zu denken und zu machen. Politik, Praxis und Wissenschaft müssten als Dreieck verstanden werden, Mädchenarbeit muss mit politischer Vertretung verknüpft und mit Wissenschaft unterfüttert werden.

Die Referentin vertrat die Meinung, dass sich der Feminismus nicht überholt habe, sondern dass sich die Welt emanzipierter darstelle, als sie es tatsächlich sei. Noch immer gäbe es zahlreiche nicht eingelöste Emanzipationsversprechen. Ausgangspunkt ihres feministischen Selbstverständnisses ist dabei nicht mehr der Geschlechterkampf, sondern die Geschlechtergerechtigkeit, nicht mehr Konkurrenz, sondern Kooperation.

Allerdings, so stellen die jungen Feministinnen fest, verläuft die Diskussion mit den älteren Kolleginnen nicht immer reibungslos. Der Dialog zwischen den Generationen, so Linda Kagerbauer, ist dringend notwendig, auch, um ein gemeinsames und tragfähiges Politikverständnis zu entwickeln.

Die Kommission unterstrich ihrerseits die Notwendigkeit des Dialogs und der Vernetzung der in der Mädchenbildungsarbeit tätigen Frauen. Für ihr Positionspapier konnte sie aus den Ausführungen der Referentin zahlreiche Anregungen gewinnen.

Kommission für europäische und internationale Bildungsarbeit

Die Kommission befasste sich während ihrer Sitzungen in der Akademie Biggesees vom 1. bis 3. März 2010 und in der HVHS Mariaspring vom 5. bis 6. Oktober 2010 mit einem breiten Spektrum von Themen und Aufgaben.

So trieben die Kommissionsmitglieder während des gesamten Jahres einen Prozess zur Anbahnung neuer Partnerschaften für den deutsch-israelischen Austausch in intensiver Zusammenarbeit mit ConAct, dem Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch, voran. Dazu gehörten die gemeinsame Themenfindung, ein Interessensbekundungsverfahren, ein gemeinsamer Fachtag zum Thema „Begegnung mit Israel“ sowie, geplant für 2012, die Durchführung von Partnerkontaktseminaren.



Die Kommission beschäftigte sich darüber hinaus während ihrer Sitzungen intensiv mit den über den AdB stattfindenden Jugendaustauschmaßnahmen und Fachkräfteprogrammen und begleitete diese fachlich. Die Kommission war dabei für die Mitglieder ein wichtiges Forum für den Erfahrungsaustausch, für die Präsentation eigener Vorhaben und für die Reflexion der eigenen Begegnungsarbeit. Im Mittelpunkt standen im Berichtsjahr die Frage nach der Partizipation junger Menschen bei internationalen Begegnungen sowie Konzepte gender- und diversitätsbewusster internationaler Bildungsarbeit. Ein eigener Fachtag wurde der Frage gewidmet, welche spezifischen Herausforderungen sich für das Qualitätsmanagement in Bildungsstätten ergeben, um erfolgreich internationale Begegnungsarbeit leisten zu können.

Das für 2010 anvisierte Vorhaben, ein Praxiskompodium zur internationalen politischen Bildungsarbeit zu verfassen, konnte aufgrund mangelnder finanzieller Mittel nicht in Druckform umgesetzt werden. Die Kommission ließ sich davon nicht entmutigen und nutzte stattdessen die Möglichkeiten des Web 2.0 für die eigenen Belange. Unter der Adresse

<http://adbinternationalebildungsarbeit.blogspot.com/> wurde ein Blog eingerichtet, in den laufend aktuelle Projekte und Begegnungen aus den Bildungsstätten eingestellt werden können, die dann als Onlinekompodium fungieren.

In der zweiten Jahreshälfte verfasste die Kommission ein Papier zur geplanten Reform der Richtlinien des Kinder- und Jugendplans des Bundes für die internationale Jugendarbeit und die geplante Erhöhung der KJP-Sätze für Internationale Begegnungen. In diesem Papier wird die spezifische Situation von Bildungsstätten als Begegnungsort für internationale Maßnahmen dargestellt und die sich daraus ableitenden besonderen Bedürfnisse erläutert.

Kommission Verwaltung und Finanzen

Die Kommission Verwaltung und Finanzen räumte auf ihren Sitzungen der Berichterstattung über die Arbeit des Verbandes, dem Erfahrungsaustausch der Mitglieder sowie den förderpolitischen Entwicklungen auf Bundes- und Länderebene viel Zeit ein. Intensiv diskutierte sie im Berichtsjahr vor allem auch die geplante Richtlinienreform der Bundeszentrale für politische Bildung sowie die anstehenden Mittelkürzungen, die erhebliche negative Auswirkungen auf die Träger haben werden.

Als Dauerthema stand auch die Weiterbildungsstatistik auf jeder Tagesordnung der Kommission. Die Kommissionsmitglieder machten sich Gedanken, wie die Akzeptanz in der AdB-Mitgliedschaft erhöht werden kann und wie weitere Einrichtungen für die Teilnahme gewonnen werden können. Dafür hatte Bernd Vaupel, basierend auf den bisherigen Erfahrungen und der Umfrage in der Kommission, einen Entwurf für einen gekürzten Erhebungsbogen konzipiert sowie Absprachen zum weiteren Vorgehen erarbeitet. Nach der Diskussion in der Kommission wurde dieser Vorschlag dem AdB-Vorstand vorgelegt.

Thematischer Mittelpunkt der Frühjahrssitzung in Bad Zwischenahn vom 23. bis 25. März 2010 war das „Online-Marketing in Bildungsstätten“. Hierzu gab es einen eigenen Fachtag, auf dem Elemente des Online-Marketings und Online-Marketing-Maßnahmen vorgestellt und beispielhafte Online-Marketing-Konzepte und -Möglichkeiten erörtert wurden.

In der Herbstsitzung in Würzburg vom 29. bis zum 30. September 2010 beschäftigte sich die Kommission mit der kommissionsinternen Befragung zur Nutzung des Web 2.0 zum Marketing. Die Befragung zeigte, dass für den überwiegenden Teil der Kommissionsmitglieder die Instrumente des Web 2.0 zum Online-Marketing noch eine untergeordnete Rolle spielen, der Handlungsbedarf allerdings gesehen wird. Um sich selbst weiterzubilden und auch anderen Mitgliedern im AdB Kompetenzen in diesem Bereich zu vermitteln, beschloss die Kommis-

sion, sich mit der Frage „Welche Teile des Web 2.0 eignen sich zum Marketing einer Bildungseinrichtung“ im Rahmen einer Fachtagung im Frühjahr 2011 zu befassen.

Beschäftigt hat sich die Kommission Verwaltung und Finanzen zudem mit der geplanten Aussetzung des Wehr- und damit auch des Zivildienstes und dem gleichzeitigen Ausbau der Freiwilligendienste. Viele Einrichtungen im AdB arbeiten mit Zivildienstleistenden, die vorrangig im Hauswirtschafts- und Haus-technikerbereich eingestellt werden. Auch wenn nicht immer alle Stellen tatsächlich besetzt sind, bilden die Zivildienstleistenden einen wichtigen Baustein in der Personalplanung der Einrichtungen. Eine einfache Kompensation mit Freiwilligen, da waren sich alle Kommissionsmitglieder einig, wird nicht möglich sein, da sich der Charakter des Zivildienstes vom Konzept der Freiwilligenarbeit grundsätzlich unterscheidet. Die Kommission beschloss, das Thema erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

▣ Erfahrungen und Ergebnisse

Die Fachkommissionen des AdB haben sich auch im Berichtsjahr als Beratungs-, Austausch-, Informations- und Qualifizierungsinstrument bewährt. Die Liste der Fachthemen, die die Kommissionen erfolgreich sowohl zum Nutzen ihrer Einrichtungen als auch zum Nutzen des Verbandes bearbeitet haben, ist beeindruckend:

- Eigenständige Jugendpolitik
- Kooperation mit Hochschulen
- Bedeutung von Emotionen in politischen Bildungsprozessen
- Veränderte Sozialisationsbedingungen der Generationen
- Web 2.0 in der politischen Bildung
- Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Mädchen- und Frauenbildung in Ostdeutschland
- Junger Feminismus
- Gender- und diversitätsbewusste internationale Bildungsarbeit
- Online-Marketing für Bildungsstätten
- Zivildienst und Freiwilligendienste

Die Kommissionen laden Referent/-innen ein, organisieren Fortbildungen, informieren sich gegenseitig unter Ausnutzung der unter den Mitgliedern vorhandenen Expertise, führen Exkursionen durch und erproben neue Methoden in eigenen Projekten. Durch die ausführliche Dokumentation der Kommissionsarbeit in Protokollen und weiteren Papieren, durch Berichte in Vorstandssitzungen und auf Mitgliederversammlungen werden die Ergebnisse der Kommissionsarbeit multipliziert und in den Verband getragen.

Erfreulich ist, dass in der Kommissionsarbeit alle Bereiche die in der Bildungsstättenarbeit von Belang sind, aufgegriffen und berücksichtigt werden. Im Mittelpunkt stehen Fachthemen und pädagogische Fragen, von großer Bedeutung sind zudem

auch jugend- und bildungspolitische Fragen (eigenständige Jugendpolitik), Managementfragen (Online-Marketing), Strukturfragen (Zusammenarbeit mit Hochschulen) sowie Fragen zum internen Qualitätsmanagement der Häuser (Anforderungen bei internationalen Maßnahmen).

Von den Kommissionsmitgliedern wird immer wieder an Vorstand und Geschäftsstelle zurückgemeldet, wie wichtig der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Einrichtungen ist und wie hilfreich die gegenseitige kollegiale Beratung. Im Alltag der Bildungsstättenarbeit ist dafür wenig Raum und Zeit. Der AdB schafft mit den Kommissionen den geeigneten Rahmen und sorgt durch die bundesweite Aus-

schreibung und die fachspezifische Zusammensetzung für die Bündelung der im Verband vorhandenen Fachkompetenz.

Die kontinuierliche Zusammenarbeit – viele Mitglieder nehmen teils seit Jahren an den Kommissionssitzungen teil – hat darüber hinaus dazu geführt, dass in den Sitzungen eine sehr vertrauensvolle, offene Atmosphäre herrscht, die es ermöglicht, auch schwierige und sensible Fragen anzusprechen und neue, junge Kolleg/-innen gut zu integrieren. Die Kommissionen sind damit ein wichtiges Instrument des AdB zur Sicherstellung der fachlichen Weiterentwicklung der politischen Bildung und der Bildungsstättenarbeit.

Gutes sichtbar machen – Öffentlichkeitsarbeit im AdB

Öffentlichkeitsarbeit für außerschulische politische Bildung orientiert sich an den aktuellen jugend- und bildungspolitischen sowie didaktisch-methodischen Entwicklungen dieses Bildungsbereichs; es geht um Information und Aktivierung der Mitgliedschaft für gemeinsame Anliegen, um den Austausch über Erfahrungen in der bildungspolitischen Interessenvertretung und in der eigenen Bildungspraxis; ebenso wichtig ist Öffentlichkeitsarbeit als Dokumentation und Veranschaulichung der Leistungen politischer Bildung gegenüber der Öffentlichkeit.

Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“

Die Zeitschrift „Außerschulische Bildung“ erscheint jährlich in vier Ausgaben in einem Umfang von durchschnittlich 100 Seiten. Sie wird von einem Redaktionsbeirat konzipiert, der auf zwei Sitzungen jährlich inhaltliche Schwerpunkte festlegt und sich über die Umsetzung der Themen verständigt. Im Jahr



2010 tagte der Redaktionsbeirat am 26. Januar 2010 in der Europäischen Akademie Berlin und vom 22. bis 23. Juni 2010 im Bonifatiushaus Fulda. Auf der zweitägigen Sommersitzung wird jeweils festgelegt, welche Schwerpunkte im Folgejahrgang in der Zeitschrift behandelt werden sollen.

Im Jahr 2010 wurden folgende Themen bearbeitet:

AB 1-10: Chancen der Demokratie im Zeichen der Globalisierung

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise beeinträchtigte das Vertrauen in die Gestaltungsmacht demokratischer Politik. Inzwischen spricht man nicht nur von einer Politik- oder Parteienverdrossenheit, sondern konstatiert auch eine Krise der Demokratie.

Gefragt wurde in den Beiträgen dieser Ausgabe nach den Perspektiven der Demokratie im Rahmen globaler Zusammenarbeit. Es ging um die Ursachen für den beobachteten



Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen, um Möglichkeiten und Grenzen der Organisation von Gegenmacht durch weltweit agierende zivilgesellschaftliche Organisationen, um demokratische Beteiligungsformen über das Internet und den Anspruch auf die universelle Geltung von Menschenrechten.

AB 2-10: Friedens- und Sicherheitspolitik als Themen politischer Bildung

Friedens- und Sicherheitspolitik standen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses in den 80er Jahren. Das ersehnte Ende des Kalten Krieges vor zwanzig Jahren brachte nicht die erhoffte neue Friedensordnung, sondern lenkte den Blick auf neue Bedrohungsszenarien in einer veränderten Welt. Die aktuellen Rahmenbedingungen deutscher Sicherheitspolitik und die Suche nach Strategien zur Friedenssicherung waren Schwerpunkte dieser Ausgabe, die Anregungen für die Annäherung an ein wichtiges Thema der politischen Bildung geben sollte.

Die neuen Bedrohungen und daraus resultierende sicherheitspolitische Anforderungen an die Bundesrepublik Deutschland wurden in den Beiträgen dieses Heftes beschrieben. Gefragt wurde auch nach nichtmilitärischen Alternativen zur Konfliktregelung und nach den Herausforderungen, die sich angesichts massiver Menschenrechtsverletzungen und der Bedrohung durch Terroristen in verschiedenen Regionen der Welt stellen. Die mit einer Intervention einhergehenden An- und Widersprüche wurden vor allem am Beispiel des militärischen Einsatzes in Afghanistan thematisiert.

AB 3-10: Theorien als Bezugspunkte politischer Bildung

In dieser Ausgabe wurde danach gefragt, ob Theorien aus den für die außerschulische politische Bildung zentralen Bezugswissenschaften heute noch von Bedeutung für die Entwicklung von Konzepten und Angeboten politischer Bildung sind.

Die Beiträge suchten nach einer Begründung für die konstatierte sich auflösende Verbindung von Theorie und Praxis politischer Bildung und erinnerten an die Impulse, die Politische Bildung einst von verschiedenen Theorien erhielt. Zudem wurde deutlich gemacht, in welchen Arbeitsfeldern politische Bildung sich immer noch in der Auseinandersetzung mit theoretischen Begründungen entwickelt, an welchen Bildungstraditionen sie sich orientiert, was aber durch die Separierung von Theorie und Praxis und den zunehmenden Zwang zur Anpassung an Förderungsvorgaben an gegenseitiger Anregung auch verloren geht.

AB 4-10: Jugend, Jugendpolitik, Jugendbildung

In Nr. 4-10 ging es um aktuelle Entwicklungen in Jugendpolitik und Jugendbildung. Thomas Gensicke stellte die Ergebnisse der neuen Shell-Studie zu den Werten und Einstellungen der heutigen Jugendgeneration vor, Bundesjugendministerin Kristina Schröder erläuterte ihre Initiative „Jugend stärken“ und

formulierte ihre Erwartungen an die politische Jugendbildung. Die Auswirkungen der EU-Jugendstrategie auf die deutsche Jugendpolitik und die politische Beteiligung von Jugendlichen stellte Ann-Kathrin Fischer dar.

Auf die Praxis politischer Jugendbildung im AdB bezogen sich die Beiträge von Boris Brokmeier und Katja Schütze. Während Boris Brokmeier die neuen Schwerpunkte des AdB-Programms Politische Jugendbildung vorstellte, zeigte Katja Schütze an einem von ihr realisierten Projekt, wie interkulturelles und interreligiöses Lernen in der Zusammenarbeit mit Schulklassen gelingen kann.

Dokumentation des Communis-Projekts

Drei Jahre lang lief unter dem Label „Communis – gemeinsam lernen in der Politischen Bildung“ ein Projekt, das der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) im Rahmen des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgelegten Programms „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ realisierte. Der dazu im Herbst 2010 veröffentlichte Bericht zeigt an Beispielen aus der Projektarbeit, wie die daran beteiligten neun Bildungseinrichtungen junge Menschen unterschiedlicher nationaler und sozialer Herkunft zu gemeinsamem Lernen zusammenführten. In der Kooperation mit Schulen wurden nicht nur unterschiedliche didaktische Konzepte interkulturellen Lernens entwickelt und umgesetzt, sondern auch Möglichkeiten zur interkulturellen Fortbildung der schulischen Lehrkräfte angeboten.

Der Bericht beschreibt Ziele, Struktur, Organisation und Ergebnisse des Verbandsprojekts, in dessen Laufzeit rund 200 Seminare und Workshops für Jugendliche und Lehrkräfte an verschiedenen Orten stattfanden. Beispiele aus der Projektarbeit zeigen die Vielfalt von Ansätzen der Praxis außerschulischer politischer Bildung: In Essen

produzierten die Schüler/-innen gemeinsam von öffentlichen Auftritten begleitete Hörfunkbeiträge zu eigenen Geschichten und zur Geschichte der Juden in ihrer Stadt; in Vlotho an der Weser fanden Kurse zur Leitung interreligiöser und interkultureller Jugendgruppen in Kooperation mit Migrantenorganisationen statt; im Thüringer Wald drehten Kinder einen Film zum Thema „Frisch angekommen in Deutschland“; im ostfriesischen



Aurich nahmen Lehrkräfte an einem Diversity-Training zu Chancen und Herausforderungen interkulturellen Zusammenlebens teil; eine Neuköllner Gesamtschulklasse produzierte ein Theaterstück und eine Radiosendung zu Jugendkulturen; Zivilcourage war das Thema eines Videoseminars in Bielefeld; in Welper im Ruhrgebiet ging es um den Umgang mit Konflikten und Teambildung, in Bad Segeberg um die Themen „Sexualität“ und „Jugend & Kultur“; ein Seminar- und Ausstellungsprojekt zu Geschlechterrollen wurde in Bremen realisiert.

Der Bericht umfasst 45 Seiten und wurde als Download auf der AdB-Homepage platziert.

Jahresberichte

Jedes Jahr erscheinen ein Bericht über die Tätigkeiten des Verbandes und ein Bericht über den Stand des AdB-Programms Politische Jugendbildung. Der Bericht über das Geschäftsjahr 2009 wurde im Juni 2010 vorgelegt. Er stand ganz im Zeichen des fünfzigjährigen Bestehens, das der AdB 2009 feiern konnte. Ein großer Teil der Verbandsaktivitäten im vergangenen Jahr war diesem Anlass gewidmet.



Darüber hinaus wurde berichtet, was im Programm Politische Jugendbildung und in der Projektarbeit geleistet wurde. Die Themen „Interkulturelles Lernen und Interkulturelle Öffnung“, „Politische Bildung mit Medien“ und „Bildung für Demokratie und Menschenrechte“ standen

dabei im Mittelpunkt. Informationen über Fortbildungen und Fachtagungen, über Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit sowie über die Querschnittsthemen Gender-Mainstreaming und Qualitätsentwicklung gaben einen umfassenden Überblick über die Verbandsaktivitäten.

Was die außerschulische politischer Bildung zur Integration von Jugendlichen aus Migrantenfamilien beitragen kann, zeigte der Bericht des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten über sein Programm „Politische Jugendbildung 2009“. „Respekt und Courage“, „Demokratische Partizipation junger Menschen“ und „Modelle politischer Jugendbildung mit neuen Medien“ waren die Themenschwerpunkte des Programms, zu denen der Bericht Projektbeschreibungen und Konzeptreflexionen bietet.

Ergänzt wurde der Textteil durch eine statistische Auswertung aller Veranstaltungen, die im Programm Politische Jugendbildung 2009 durchgeführt wurden, sowie durch die „Steckbriefe“ aller beteiligten Jugendbildungsreferenten/-referentinnen.

Beide Jahresberichte wurden an die AdB-Mitglieder, Kooperationspartner, Vertreter/-innen von Politik und Medien und andere Interessierte geschickt, die auch die Möglichkeit haben, die Berichte von der Website des AdB herunterzuladen.

AdB-Homepage

Die Pflege der AdB-Homepage ist eine kontinuierliche Aufgabe. Hier geht es vor allem darum, die Aktivitäten zeitnah zu präsentieren, Informations- und Beratungsleistungen anzubieten und diese stets aktuell zu halten.

Die Nutzungszahlen der Homepage zeigen, dass die Mitgliederdatenbank, also die Datenbank, in der die Bildungsstätten und Bildungsträger mit ihren Angeboten präsentiert werden, am häufigsten aufgerufen wird. Eine gute Zusammenarbeit mit den Mitgliederinstitutionen ist hier besonders wichtig, da diese die Angaben selbst einstellen und auf den aktuellen Stand bringen müssen.



Das „AdB-net“ zur internen interaktiven Kommunikation steht leider nicht mehr auf der AdB-Homepage zur Verfügung. Dieses Angebot wurde in sehr unterschiedlichem Maße angenommen und erfüllte seine Funktion vor allem beim netzbasierten Austausch der Jugendbildungsreferenten und -referentinnen.

Mittlerweile reichen die Kapazitäten der Homepage nicht mehr aus, um die neuen Möglichkeiten der Kommunikation nutzen und die Fülle des Datenmaterials bewältigen zu können. Ein Relaunch steht an, war aber bislang aus finanziellen Gründen nicht zu realisieren.

AdB intern

Alle zwei Monate erscheint der „AdB-intern“, der neben Informationen über aktuelle Veranstaltungen des Verbandes auch Berichte über Entwicklungen in den Mitgliedseinrichtungen enthält und einen Überblick über deren Veranstaltungsangebot gibt. Er besteht zu großen Teilen aus den Infos, die die Mitglieder zur Weiterverbreitung zur Verfügung stellen, berichtet aber auch über interessante aktuelle Angebote anderer Träger.

Die Verbreitung erfolgt auf elektronischem Weg. Adressaten sind nicht nur die Mitglieder, sondern auch Mitarbeiter/-innen der Einrichtungen, die in den Gremien des AdB mitwirken.

Pressearbeit

Die Pressearbeit des AdB war im Jahr 2010 darauf ausgerichtet, die angekündigten Kürzungen im Haushalt der Bundeszentrale für politische Bildung abzuwenden. Der AdB unterstützte die Kampagne des Bundesausschuss' politische Bildung „Demokratie braucht politische Bildung“ durch Pressemitteilungen, in denen über die Kürzungsabsichten informiert und dagegen protestiert wurde. Diese Pressemitteilungen fanden öffentliche Aufmerksamkeit und wurden auch über andere Medien weiter verbreitet.

Des Weiteren konzentrierte sich die Pressearbeit auf die Information über anstehende Veranstaltungen und andere Aktivitäten oder den Bericht über Ergebnisse der Arbeit.

▣ Erfahrungen und Ergebnisse

Nicht nur Gutes zu tun, sondern vor allem darüber zu reden, ist zentrale Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit, die in den letzten Jahren an Bedeutung enorm zugenommen hat. Sie dient inzwischen nicht mehr nur der Information über das eigene Arbeitsfeld, dem Austausch über Erfahrungen und Ergebnisse von Aktivitäten, sondern auch der Legitimation politischer Bildung als unverzichtbarem Bildungsbereich in einer Demokratie. Mit der Erweiterung der Öffentlichkeitsaufgaben hält die Entwicklung der dafür erforderlichen Ressourcen nicht immer Schritt. Die Ansprüche an die Öffentlichkeitsarbeit steigen, die Möglichkeiten zu ihrer Intensivierung und Perfektionierung sind jedoch begrenzt. Es ist sehr viel schwieriger geworden, in

der Fülle der Informationen noch Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Die Nutzung der interaktiven Kommunikationsmöglichkeiten eröffnet neue Perspektiven, jedoch ist noch ungewiss, ob sich die daran geknüpften Erwartungen auch erfüllen werden. Hier gilt es künftig zu erproben, welche Formen für einen Fachverband geeigneten sind, und ob sie von den daran zu Beteiligten auch angenommen werden.

Es ist uns auch mit den eher konventionellen Instrumenten der Öffentlichkeitsarbeit gelungen, in der bildungspolitischen Diskussion wahrgenommen zu werden und die Position des AdB gegenüber den Kürzungsabsichten der Bundesregierung zu verbreiten. Die Dokumentation von Arbeitsergebnissen und die Themen, die die politische Bildung bewegen und ihren Niederschlag in der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“ finden, sollen zur fachlichen Entwicklung der politischen Bildung beitragen und sie für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich machen.

Die „Außerschulische Bildung“ erscheint in einer Auflage von 1.000 Stück und wird im Abonnement sowie im Einzelverkauf vertrieben. Dem leichten Rückgang fester Abos versuchte die Geschäftsstelle durch gezielte Werbung und die Steigerung der Einzelverkäufe zu begegnen. Darüber hinaus werden regelmäßig Hefte als Infomaterial zu bestimmten Themen oder über den AdB eingesetzt.

Die Zeitschrift ist das zentrale Medium des Verbandes, das kontinuierlich über inhaltliche und methodische Veränderungen des Arbeitsfeldes politische Jugend- und Erwachsenenbildung informiert und eine Chronologie der Verbandsgeschichte darstellt. Die Zeitschrift soll sowohl innerhalb des Verbandes den Blick auf relevante Vorgänge in Bildungspraxis und Bildungspolitik richten als auch Politik und Fachöffentlichkeit einen Eindruck von der Situation der Bildungsträger und ihren Diskussionszusammenhängen vermitteln.

Unterstützt werden die hier beschriebenen Instrumentarien der Öffentlichkeit durch zahllose andere Aktivitäten, in denen Kommunikation und Information auf allen Ebenen des AdB, z. B. in Gesprächen mit Mitgliedern und Kooperationspartnern, in Auskunft und Beratung bei Anfragen, in Veranstaltungen und Verhandlungen und im Rahmen politischer Interessenvertretung stattfinden.

Netzwerken – Kooperationen und partnerschaftliche Zusammenarbeit

Die Kooperation mit anderen Akteuren der (politischen) Bildung, der Austausch mit Fördergebern, die Zusammenarbeit mit politisch Verantwortlichen und das Gespräch mit verschiedensten Partnern bundesweit sind für den AdB selbstverständliche und unverzichtbare Bestandteile der Arbeit. Auf nationaler Ebene zählen zu den wichtigsten Kooperationspartnern als Trägerverbände die Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung GEMINI und der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) sowie auf politischer Ebene das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Bundeszentrale für politische Bildung. Weitere Mitgliedschaften des AdB, weitere Kooperationspartner und Gremienvertretungen sind im Anhang des Berichtes aufgeführt.

GEMINI

Die aus dem Programm „Politische Jugendbildung“ im Kinder- und Jugendplan des Bundes geförderten bundeszentralen Verbände haben sich in der Gemeinsamen Initiative der Träger politischer Jugendbildung GEMINI zusammengeschlossen. Die GEMINI trifft sich zu regelmäßigen Sitzungen mehrfach im Jahr. Sie dienen dem gegenseitigen Austausch und der Informationsübermittlung in allen Belangen von Jugendpolitik und politischer Jugendbildung. Im Berichtsjahr wurde das Thema „Deutscher Qualifikationsrahmen“ und seine Bedeutung für die außerschulische Jugendbildung intensiv bearbeitet. Am 25. Juni 2010 fand eigens dazu eine Sitzung zusammen mit der Arbeitsgruppe Grundsatz des Bundesausschuss Politische Bildung statt.

Auf den weiteren Sitzungen im Februar und September standen die Themen Europäische Jugendstrategie, der Start der BMFSFJ-Programme zur Prävention von Extremismus, die Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik, die Vorbereitung des Deutschen Jugendhilfetages sowie Haushaltsentwicklungen auf der Tagesordnung.

Auf der Juni-Sitzung wurde zudem das Hearing „Linksextremismus und Islamismus“ vorbereitet, zu dem das BMFSFJ mehrere Vertreter/-innen in der GEMINI eingeladen hatte. Die Träger der GEMINI einigten sich darauf, ein gemeinsames Papier vorzulegen, das nach der Sammlung von Ideen und Argumenten im Kreis der GEMINI erstellt wurde. Darin betonen die Träger der politischen Jugendbildung: „Das Ziel aller Aktivitäten der Träger der politischen Jugendbildung, die sich in der GEMINI im Bundesausschuss Politische Bildung (bap) zusammengeschlossen haben, ist es, Demokratie und politische Kultur zu stärken und weiterzuentwickeln. Sie setzen sich mit ihrer

Arbeit für die Förderung eines demokratischen Wertebewusstseins und Verhaltens als Beitrag zur Sicherung der demokratischen Grundlagen des Gemeinwesens ein. Ihre Maßnahmen richten sich daher – implizit wie explizit, präventiv wie reaktiv – gegen jegliche anti-demokratische, verfassungsfeindliche oder extremistische Denk- und Handlungsweisen.“

Bundesausschuss Politische Bildung

Im Bundesausschuss Politische Bildung (bap), in dem sich rund 30 bundesweit arbeitende Träger und Trägerverbände der politischen Bildung zusammengeschlossen haben, gab es im Berichtsjahr einige Veränderungen. So wurde nach dem Ausscheiden des langjährigen Vorsitzenden ein neuer Vorstand gewählt, dem Lothar Harles, aksb, als Vorsitzender, Dr. Wolfgang Beer, EAD, als stellvertretender Vorsitzender, sowie Dr. Werner Blumenthal, KAS, und Barbara Menke, AuL, als Beisitzer angehören. Als Geschäftsführerin wurde Ina Bielenberg, AdB, bestätigt.

Die vom bap herausgegebene Zeitschrift „Praxis Politische Bildung“ fusionierte mit der Zeitschrift „kursiv“. Das neue „Journal für Politische Bildung“ erscheint nun im Wochenschau Verlag. Mit diesem Schritt konnten Ressourcen gebündelt und eine bessere Einbindung der Wissenschaft erreicht werden. Zudem versprach der (Fach-) Verlag eine gezielte Werbung für das neue Heft.

Erneut ausgeschrieben wurde der „Preis Politische Bildung“. Er will innovative, beispielhafte Projekte der politischen Bildung auszeichnen und damit öffentlichkeitswirksam auf die Bedeutung und Leistung politischer Bildung hinweisen. Das Thema der neuen Ausschreibung lautete: „Politische Bildung und politische Partizipation“.

Der Schwerpunkt der bap-Aktivitäten konzentrierte sich auf die Abwendung der angekündigten Mittelkürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung, die auch unmittelbar Auswirkungen auf die Trägerförderung befürchten ließ, sowie auf die Reform der bpb-Richtlinien.

Um der Problematik der Umsatzsteuerpflicht bei Zuwendungen der Bundeszentrale für politische Bildung zu entkommen und die Richtlinien den Erfordernissen einer modernen politischen Bildungsarbeit anzupassen, leitete die bpb einen Prozess zur Reform der Richtlinien ein. Der bap rief dazu unter Federführung des AdB eine Arbeitsgruppe ins Leben, die im Austausch mit der Bundeszentrale den Prozess aus Trägersicht

begleitete und beriet. Ein erstes Treffen der AG mit der bpb fand am 15. November 2010 statt. Der Reformprozess konnte im Berichtsjahr nicht abgeschlossen werden.

Die Mitte des Jahres angekündigten erheblichen Mittelkürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung führten zu Protesten der Träger. Der Bundesausschuss Politische Bildung hat daraufhin die Kampagne „Demokratie braucht politische Bildung“ ins Leben gerufen und eine Resolution gegen die Kürzungspläne verabschiedet, die im Berichtsjahr bereits von über 1.300 Trägern, Einrichtungen, Personen, Forschungsinstituten und Studierenden unterzeichnet wurde. Der Text wurde an Abgeordnete im Bildungs- und Innenausschuss des Deutschen Bundestages, an das Kuratorium der bpb sowie an die Haushaltberichtersteller verschickt. Es ist geplant, die Kampagne durch eine Online-Kampagne zu ergänzen und zu unterstützen.

Als Ergebnis der Arbeit konnte zwar die Höhe der Kürzungen im Trägerhaushalt 2011 reduziert werden, es wurden jedoch nicht die angekündigten Kürzungen für die nächsten Jahre zurückgenommen. Da deren Umfang die bisherigen Kürzungen erheblich übersteigen werden, wird die Kampagne fortgesetzt werden müssen. Der Text der gemeinsamen Träger-Resolution findet sich im Anhang.

Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem BMFSFJ

Auch nach strukturellen und personellen Veränderungen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend konnte die gute partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem den AdB fördernden Ministerium fortgesetzt werden.

Zahlreiche Gespräche boten Anlass für den Austausch jugendpolitischer Themen. So traf sich auf Einladung des BMFSFJ am 1. Juni 2010 die Programmspezifische Arbeitsgruppe in Bonn. Im Mittelpunkt standen hier die ausführliche Diskussion von „Politischer Jugendbildung und Qualität im Ganztage“, die Vorstellung des Konzepts einer „Eigenständigen Jugendpolitik“ sowie Haushaltsentwicklungen, KJP-Evaluation und Informationen zur BMFSFJ Initiative „Demokratie stärken“.



Zu dem unter dem Titel „Demokratie stärken“ stehenden Programmen gegen Linksextremismus und islamischen Extremismus veranstaltete das BMFSFJ am 10. Juni ein Hearing, zu dem auch der AdB eingeladen war. Im Vorfeld der Anhörung wurden Fragen an die Träger verschickt, die der AdB im Verbund mit den anderen Akteuren der GEMINI beantwortete.

Auf Einladung des Vorstands kamen am 8. Juli 2010 der Staatssekretär im BMFSFJ, Josef Hecken, der Abteilungsleiter der Abteilung Kinder und Jugend, Lutz Stroppe sowie der Fachreferent Ralf Harnisch zu einem Gespräch in den AdB. In offener und konstruktiver Atmosphäre standen folgende Themen auf der Tagesordnung:

- Der AdB als jugendpolitischer Akteur und Fachpartner – Informationen über die Tätigkeit des AdB im Arbeitsfeld Politische Bildung
- Eigenständige Jugendpolitik – Austausch über jugendpolitische Zielstellungen und Anknüpfungspunkte daran für den AdB
- Programm „Vielfalt tut gut“ – Ergebnisse und Erfahrungen des AdB zur Fortsetzung des Programms

Die Vertreter des BMFSFJ betonten die Bedeutung des AdB als einem der größten Verbände im Bereich der politischen Jugendbildung und forderten den Vorstand auf, sich aktiv in die Debatte um die eigenständige Jugendpolitik einzubringen.

Mit Blick auf das neue Jahr und den Austausch über anstehende Schwerpunkte und Arbeitsvorhaben lud die zuständige Fachreferentin im BMFSFJ, Julia Hiller, den AdB am 12. Oktober zu einem Jahresplanungsgespräch ein. Ziel des Gespräches war der gegenseitige Informationsaustausch über geplante Vorhaben. Diskutiert wurde auch die Idee einer Tagung des BMFSFJ zur politischen Jugendbildung, um sich über anstehende Aufgaben, aktuelle Themen und Zukunftsperspektiven auszutauschen. Der AdB hat diese Idee unterstützt und sich für die Vorbereitung und Durchführung als Partner angeboten.

Bundeszentrale für politische Bildung

Nachdem sich der AdB im Vorjahr sehr ausführlich, nach dankenswerter Vorarbeit der Kommission Erwachsenenbildung, mit der Reform der Richtlinien der bpb auseinandergesetzt hat, lud der AdB Vorstand den Präsidenten der Bundeszentrale zu einem Gespräch ein. Dies fand am 12. Mai in Berlin statt. Neben einem allgemeinen Informationsaustausch über Trends und Entwicklungen in der politischen Bildung ging es dabei vor allem um die Richtlinien und ihren – aus Sicht des AdB dringenden – Veränderungsbedarf. Der Vorstand hat Thomas Krüger die schriftlich festgehaltenen Anregungen des AdB übergeben, wobei es ihm wichtig war, nicht nur auf Defizite der aktuell gültigen Richtlinien hinzuweisen, sondern kon-



struktiv Vorschläge und Ideen in den Reformprozess einzubringen. Der Präsident machte deutlich, dass für ihn das Problem der Umsatzsteuerpflichtigkeit der Richtlinien im Zentrum der Reform stehen muss.

Ein weiteres Thema des Gesprächs war der so genannte „Wahl-O-Mat“, mit dem sich vor allem die Kommission Jugendbildung ausführlich auseinandergesetzt hat. Die hierzu formulierten kritischen Anmerkungen und Hinweise wurden Thomas Krüger ebenfalls übergeben.

Die Sitzungen des Runden Tisches fanden 2010 im Juli und Oktober statt. Auf der Juli-Sitzung war der Abteilungsleiter Grundsatz im Bundesministerium des Innern, Min.Dir. Beemelmans, anwesend. Seine Ausführungen konzentrierten sich insbesondere auf Präventionsmöglichkeiten, Bedingungen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie Chancen der demographischen Entwicklung. Herr Beemelmans erläuterte darüber hinaus die erheblichen Kürzungen für die politische Bildung, die in den nächsten Jahren auf die bpb und die Träger zukommen sollen. Demzufolge stand die zweite Sitzung des Runden Tisches, neben der Vorstellung zahlreicher, bpb eigener Projekte, unter dem Eindruck der drohenden Kürzungen. Die Träger sahen im solidarischen Handeln aller Akteure politischer Bildung die einzige Möglichkeit, überhaupt erfolgreich gegen die Kürzungspläne agieren zu können.

Der AdB war in diesem Sinne bereits nach den ersten Ankündigungen im Juli tätig geworden. Pressemitteilungen, Briefe, Gespräche mit politisch Verantwortlichen beschäftigten

Vorstand und Geschäftsstelle. In einem Mitgliederrundschreiben waren zudem alle Mitgliedseinrichtungen aufgerufen, ihre jeweiligen Bundestagsabgeordneten zu kontaktieren und auf die drohenden Kürzungen hinzuweisen. Diese Idee wurde von zahlreichen Einrichtungen aufgegriffen, so dass viele Abgeordnete erreicht und für das Anliegen der Träger mobilisiert werden konnten.

Des Weiteren wirkte der AdB an zwei Veranstaltungen der Bundeszentrale mit. Im Februar fand in Hattingen die Tagung zum web 2.0 in der politischen Bildung statt, die der AdB mit vorbereitet hatte und vor Ort als Aussteller und als Referentin unterstützte. Im Juli konnten auf einer Tagung der Bundeszentrale für politische Bildung

und des Bundesministerium des Innern zum Thema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt und politische Bildung“ die beiden AdB-Projekte „Blended Learning DDR“ sowie „Praxisforschung nutzen, politische Bildung weiterentwickeln“ einem bundesweiten Publikum präsentiert werden.

▣ Erfahrungen und Ergebnisse

Das Netzwerk des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten hat sich im Berichtsjahr als stabil und erneut förderlich erwiesen. Der AdB profitiert vom Austausch sowohl mit den anderen Trägern als auch mit dem BMFSFJ und der Bundeszentrale, bringt aber auch selbst Anregungen und Ideen in die verschiedenen Kooperationen ein. Das gemeinsame Agieren der Träger z.B. beim Hearing „Linksextremismus und islamischer Extremismus“ bündelte nicht nur die Kompetenz und Expertise der Träger, sondern führte auch zu einer stärkeren öffentlichen Wahrnehmung der politischen Bildung insgesamt. Dabei gewannen alle Beteiligten.

Eine solch solidarische Stärke ist erst recht unverzichtbar, wenn es um die Abwendung drohender Kürzungen geht, wie 2010 von Seiten des BMI für die bpb angekündigt. Die Kampagne „Demokratie braucht politische Bildung“ ist ein schöner Erfolg gemeinsamen Vorgehens, der nichts desto trotz im kommenden Jahr verstetigt und verbessert werden muss.

Die Einladung des Staatssekretärs im BMFSFJ, sich aktiv in die Ausgestaltung einer eigenständigen Jugendpolitik einzubringen, greift der AdB gerne auf und bietet sich auch im kommenden Jahr als Gesprächspartner an.

3. Querschnittsthemen im AdB



Gender Mainstreaming

Zur Begleitung, Beratung und Qualifizierung der Umsetzung von Gender Mainstreaming im AdB hat der Verband bereits vor Jahren eine Gender-Steuerungsgruppe ins Leben gerufen. Jede Kommission, der Vorstand und die Geschäftsstelle entsendet einen Vertreter und eine Vertreterin in die Steuerungsgruppe. Darüber hinaus sind einige Experten aus dem Kreis der Mitgliedseinrichtungen als ständige Experten/ständige Expertinnen geladen.

Die Steuerungsgruppe Gender Mainstreaming traf sich im Jahr 2010 zu einer Sitzung, die am 3. Mai in Berlin stattfand. Im Zentrum der Sitzung stand das Konzept einer Fortbildungsreihe, die aus mehreren Modulen bestehen und sich an Führungskräfte, pädagogische und nicht-pädagogische Mitarbeitende in Bildungseinrichtungen richten sollte. Aufgrund einer Umfrage unter den Mitgliedseinrichtungen waren als Bestandteile des Fortbildungsangebotes eine Einführung in die Strategie des Gender Mainstreamings geplant, die Analyse geschlechtlicher Inszenierungen, die Darstellung und Erprobung von Ansätzen geschlechtsbezogener Pädagogik in der politischen Bildung sowie auf vielfachen Wunsch das Thema Gender und Migration.

Die Geschäftsstelle reichte das Konzept im BMFSFJ mit der Bitte um Förderung ein. Leider wurde diesem Anliegen nicht entsprochen, da, nach Auskunft des zuständigen Fachrefe-

rats, die entsprechenden Mittel nicht mehr für diese Zwecke zur Verfügung stünden. Da der Geschäftsstelle und auch den Kommissionsmitgliedern keine alternativen Fördermittelgeber für das geplante Fortbildungsvorhaben bekannt waren, verständigte sich die Steuerungsgruppe darauf, das Projekt zunächst ruhen zu lassen und evtl. zu einem späteren Zeitpunkt erneut einen Antrag zu stellen.

Als Referentin war für die Sitzung Desirée Gromilovich eingeladen, Absolventin der Berliner Humboldt-Universität. Sie stellte der Steuerungsgruppe ihre Studienarbeit zum Gender-Mainstreaming-Prozess des AdB vor. Sie verglich die Aktivitäten des Verbandes mit den Gender-Prozessen auf der Bundesebene und stellte insgesamt eine Stagnation in der Entwicklung fest.

Die Steuerungsgruppe diskutierte kritisch, ob Gender Mainstreaming auch einer Konjunktur unterliege und ob die „Gender-Konjunktur“ vorüber sei. Auch von der politischen Agenda sei das Thema offensichtlich verschwunden, die Ablehnung des Antrags für eine Gender-Fortbildungsreihe könne so gedeutet werden. Im Hinblick auf den AdB gab die Steuerungsgruppe zu bedenken, dass Gender Mainstreaming ein dauerhafter Prozess sei, da immer wieder neue Einrichtungen und neue Kolleg/-innen im Verband mitarbeiten würden und sich zudem neue Herausforderungen ergeben würden wie z.B. das Thema „Gender und Migration“. Allerdings müsse

festgehalten werden, dass im AdB wie auch in den meisten Mitgliedseinrichtungen ein guter Standard erreicht und eine grundsätzliche Sensibilität in Bezug auf Gender Mainstreaming hergestellt sei. Dies hatte auch die Gender-Beobachtung der Mitgliederversammlung 2008 bestätigt.

Die Herbst-Sitzung der Steuerungsgruppe musste aufgrund zu weniger Beratungspunkte abgesagt werden. Zudem wurde ein strukturelles Problem sichtbar, das der Vorstand des AdB auf einer Sitzung diskutierte: Die Vorsitzenden fast aller Kommissionen meldeten an den Vorstand zurück, dass sie Probleme haben, überhaupt eine Vertretung, geschweige denn einen Vertreter und eine Vertreterin, in die Steuerungsgruppe zu entsenden. Als Grund dafür wurden vor allem die hohe Arbeitsbelastung genannt sowie auch die zunehmend prekären Beschäftigungsverhältnisse in den Einrichtungen. Der AdB-Vorstand diskutierte die Frage der zukünftigen Notwendigkeit der Steuerungsgruppe und die Frage von adäquaten Alternativen, um das Prinzip Gender Mainstreaming in der

Arbeit des Verbandes auch zukünftig mit Leben zu füllen. Er entschied sich dafür, das Problem gemeinsam mit den Mitgliedern zu diskutieren und im Jahr 2011 eine Anfrage an alle Kommissionen zu starten.

Im Rahmen der Neuausschreibung des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ konnten sich alle Einrichtungen mit einem Konzept um eine Jugendbildungsreferentenstelle bewerben. Um der in der Satzung verankerten Verpflichtung, „das Prinzip des Gender Mainstreaming im Verband und in seinen Aktivitäten“ umzusetzen, gerecht zu werden und um das Bewusstsein in den Einrichtungen zu schärfen, spielte Gender Mainstreaming auch in dieser Ausschreibung eine entscheidende Rolle. Alle Antragsteller waren aufgefordert zu erläutern, in welcher Weise das Prinzip des Gender Mainstreaming in ihrer Jugendbildungsarbeit Anwendung findet. Erfreulicherweise stellte diese Anforderung für keine Einrichtung ein Problem dar.

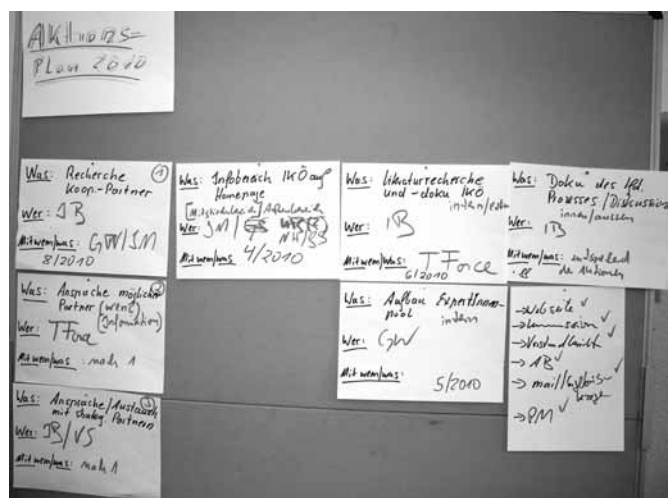
Migration und interkulturelle Öffnung

Die Angebote und Einrichtungen der politischen Bildung im AdB stehen grundsätzlich allen Interessierten offen, selbstverständlich auch Menschen, die selbst, deren Eltern oder Großeltern nach Deutschland eingewandert sind. Wie viele Jugendliche und Erwachsene von den Seminaren und Projekten erreicht werden, ist schwer zu sagen, da es so gut wie keine empirischen Studien gibt, die verlässlich Auskunft darüber geben. Dass Jugendliche mit Migrationshintergrund aber gar nicht erreicht werden, wie oft behauptet wird, ist definitiv falsch. Die Rückmeldungen der AdB-Mitgliedseinrichtungen, die Fachtagungen und Modellprojekte, die Auswertungen der Maßnahmen, die im Rahmen des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ stattfinden, zeichnen ein anderes Bild.

Da es aber nicht zum Selbstverständnis des AdB gehört, sich auf Erreichtem auszuruhen, will der Verband auch weiterhin die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an Angeboten der politischen Bildung fördern und mehr Gelegenheiten für junge Menschen schaffen, interkulturelle Kompetenzen zu erwerben. Der AdB hat sich dafür ausgesprochen, in der neuen Phase des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ einen Schwerpunkt auf das Thema „Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft“ zu setzen.

In der entsprechenden Ausschreibung wurde die Aufgabe wie folgt beschrieben: „Die Projektgruppe evaluiert die Chancen und Perspektiven des interkulturellen Zusammenlebens junger Menschen in Deutschland und entwickelt Modelle der interkulturellen politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen. Mit Konzepten und Angeboten auch des sozialen Lernens soll

die politische Bildungsarbeit in den beteiligten Einrichtungen zu diesem Themenschwerpunkt relevante Fragestellungen thematisieren. Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund sollen gemeinsam in Seminaren Modelle des gegenseitigen Respekts, der Solidarität, Konfliktlösung bearbeiten und trainieren.“



Von insgesamt 41 eingereichten Anträgen waren 14 für diesen Themenschwerpunkt, sieben Einrichtungen wurden vom Vorstand ausgewählt und werden ab 2011 das „Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft“ in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellen.

Das gemeinsame Lernen in der politischen Bildung war auch Thema des AdB-Modellprojektes „Communis“, das ausführlich in einem eigenen Kapitel beschrieben ist. Es startete bereits im Juni 2007 zusammen mit neun Mitgliedseinrichtungen aus sechs Bundesländern und hatte zum Ziel, Modelle interkulturellen Lernens in der politischen Bildung zu entwickeln. Die bereits vorhandenen Kompetenzen der Bildungsträger fanden bei der Umsetzung des Projekts Eingang in die vielfältigen Bildungsangebote, die insbesondere für junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund konzipiert wurden.

Einige Beispiele aus der vielfältigen und bunten Praxis zeigen, welch interessanten und attraktiven Angebote für interkulturelles Lernen die politische Bildung bietet:

- **Was ich dir aus meiner Welt erzählen möchte**
Jugendliche erzählten ihre Geschichte im Radio, Bildungswerk der Humanistischen Union, Essen
- **Interkultureller JuLeiCa-Kurs**
Projekt für angehende Jugendgruppenleiterinnen, AKE Bildungswerk, Vlotho
- **Brennpunkte in Deutschland**
Filmprojekte der Jugendbildungsstätte Hütten, Thüringen
- **Toleranz ist nicht genug!**
Diversity-Training für Lehrer/-innen, Referendarinnen und Referendare, Europahaus Aurich
- **Fight for your rights!**
Videoseminar für Schüler/-innen zum Thema Zivilcourage, Haus Neuland, Bielefeld
- **Who am I?**
Workshops mit Jugendlichen, Jugendbildungsstätte "Mühle", Bad Segeberg
- **Anders als man denkt**
Seminar- und Ausstellungsprojekt, LidiceHaus Bremen

Über die konkrete Bildungsarbeit hinaus hat sich der AdB auch weiterhin dafür engagiert, dass der Verband sich selbst interkulturell öffnet und neue Kooperationspartner gewinnt. Die Arbeitsgruppe interkulturelle Öffnung des AdB traf sich im Berichtsjahr zu einer Sitzung und organisierte die Zusammenarbeit im Rahmen einer Telefonkonferenz. Auf der Frühjahrs-sitzung wurden folgende Arbeitsschritte verabredet:

- Recherche potenzieller Kooperationspartner auf Verbandsebene
- Ansprache der recherchierten Verbände/Organisationen/Einrichtungen
- Kontaktaufnahme und Austausch mit politisch und strategisch wichtigen Partnern
- Einrichtung eines Infobereichs „Interkulturelle Öffnung“ auf der Homepage
- Literaturrecherche und Dokumentation zur „Interkulturellen Öffnung“
- Aufbau eines Pools von Expert/-innen
- Information und Dokumentation des laufenden Prozesses

Geplant wurde zudem eine Fachtagung mit dem Ziel, gemeinsam mit anderen Träger- und Verbandsvertretungen den bisherigen Prozess der interkulturellen Öffnung der außerschulischen Bildung zu reflektieren, sich über Erfahrungen auszutauschen und fachliche Impulse sowohl in die Praxis als auch in die Politik zu vermitteln.

Am Interesse der Mitgliedseinrichtungen und Partner des AdB an einer solchen Fachtagung mangelte es nicht. Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation des AdB war es jedoch nicht möglich, sie in 2010 zu realisieren. Grundsätzlich müssen zusätzliche Mittel eingeworben werden, damit der AdB eine solche Fachveranstaltung durchführen kann.



4. Verbandsentwicklungen



Vorstand – Aktivitäten und Arbeitsschwerpunkte

Dem Vorstand des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten gehörten im Berichtsjahr an: Peter Ogrzall, JBS Kaubstraße, Berlin (Vorsitzender), Ulrike Steimann, Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter (stellv. Vorsitzende), Ulrich Ballhausen, Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte, Weimar, Klaus-Ulrich Nieder, Schloß Gimborn, Marienheide, Petra Tabakovic, Internationaler Bund, Frankfurt/Main, Martin Kaiser, PfalzAkademie, Lambrecht, Birgit Weidemann, Bildungsstätte HochDrei, Potsdam, Ulrika Engler, aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen

Der AdB-Vorstand traf sich zu zwei zweitägigen und zwei eintägigen Vorstandssitzungen. Hinzu kamen eine Sondersitzung zur Auswahl der Anträge im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“, ein Gesprächstermin mit dem Vorsitzenden der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, sowie ein Gesprächstermin mit der Leitung des BMFSFJ, an dem Staatssekretär Josef Hecken, Abteilungsleiter Lutz Stroppe sowie der Fachreferent für Politische Bildung, Ralf Harnisch, teilnahmen. Beide Gesprächstermine fanden in Berlin statt.

Schwerpunkte der Vorstandsarbeit

Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Thomas Krüger stand die Reform der Richtlinien der bpb. Der Präsident der Bundeszentrale wies noch einmal auf die Schwierigkeit einer solchen

Reform hin, unterstrich aber die Notwendigkeit der Änderung, um künftig der Umsatzsteuerpflicht zu entgehen. Der Vorstand des AdB begrüßte die Anstrengungen der bpb in diese Richtung, mahnte aber zugleich an, dass bei aller Dringlichkeit der Umsatzsteuerproblematik die sonstigen Änderungsnotwendigkeiten nicht unberücksichtigt bleiben dürften. Das Thema Umsatzsteuer begleitete den Vorstand über das Gespräch hinaus das gesamte Berichtsjahr. In einem Schriftwechsel mit dem BMI hatte sich der AdB-Vorsitzende um die Unterstützung des Bundesinnenministers bemüht. Thomas de Maiziere hat sich daraufhin an den Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen gewandt und im Interesse der Träger für ein Verfahren der Umsatzsteuerprüfung geworben, welches sicherstellt, dass die Existenz der Bildungsträger nicht gefährdet wird. Eine weitergehende Unterstützung durch den Bund war aufgrund der Zuständigkeit der Länder nicht möglich.

Im Zusammenhang mit der Bundeszentrale für politische Bildung musste sich der AdB-Vorstand zudem mit den angekündigten Kürzungen im Bundeshaushalt beschäftigen. Auf der Frühjahrssitzung des Runden Tisches hatte ein Vertreter des BMI für die Folgejahre erhebliche Einschnitte in die Förderung der bpb und damit auch in die Förderung der Träger mitgeteilt. Zahlreiche Gespräche mit Abgeordneten, auch von Seiten der AdB-Mitgliedseinrichtungen, mit dem Kuratorium der bpb und anderen Entscheidungsträgern folgten und fanden

Eingang in die Kampagne „Demokratie braucht politische Bildung“, die der Bundesausschuss Politische Bildung gegen die Kürzungspläne ins Leben gerufen hatte. Für das Jahr 2011 wurde daraufhin die interne Verteilung der einzusparenden Mittel zugunsten der Träger verändert, allerdings wurde keine grundsätzliche Rücknahme der Kürzungen erreicht.

Eine so genannte „Schwarze Null“, d.h. eine gleichbleibende Förderhöhe, brachte dagegen der Staatssekretär im BMFSFJ, Josef Hecken, im Gespräch mit dem AdB-Vorstand am 8. Juli 2010 mit. In dem konstruktiven Austausch stellte der Vorsitzende der neuen Hausleitung – Staatssekretär und Abteilungsleiter waren erst seit dem Frühjahr im Amt – die Arbeit des AdB vor, erläuterte Schwerpunkte und aktuelle Modellprojekte und verwies auf die vielfältigen Aktivitäten der Mitgliedseinrichtungen. Wichtiges inhaltliches Anliegen war das zu entwickelnde Konzept einer eigenständigen Jugendpolitik sowie die neuen Extremismusprogramme, an deren Startphase zwei AdB-Einrichtungen beteiligt waren.

Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt stellte das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ dar. Der Vorstand begleitete die Ausschreibungsphase und vergab auf einer Sitzung im Juni die Personalstellen und Maßnahmeförderungen. Aufgrund zahlreicher guter Anträge und auf der Basis eines aufwändigen Bewertungsverfahrens konnten 15,5 Stellen besetzt werden, die sich erfreulich gleichmäßig auf die vier von der Mitgliederversammlung beschlossenen Themenschwerpunkte verteilen.

Für die internationale Arbeit des AdB nahm der Vorstand eine wichtige Weichenstellung vor. Mit Blick auf das Ende des zweiten DARE-Projektes diskutierte er die weitere Zusammenarbeit mit dem europäischen Netzwerk und die spezifische Aufgabe des AdB in diesem Zusammenhang. Der Vorstand war sich einig in der Einschätzung, dass aus DARE ein erfolgreicher Zusammenschluss geworden ist, der sich mittlerweile auch im politischen Raum positioniert hat und als kompetenter Ansprechpartner ernst genommen wird. DARE ist wichtig für die Lobbyarbeit und die Vertretung der politischen Bildung auf europäischer Ebene und für den Dialog mit Brüssel. Der AdB-Vorstand hat daher dem DARE-Board angeboten, auch weiterhin, über die Projektlaufzeit hinaus, die Geschäftsstelle für DARE zu übernehmen. Der DARE-Vorstand hat sehr erfreut auf diesen Vorschlag reagiert und einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Neben diesen ausführlich dargestellten Arbeitsschwerpunkten gab es weitere Vorstandsaktivitäten, zu denen u.a. die Teilnahme an der DIE-Verbundstatistik, die Planung der Jahrestagung und der Mitgliederversammlung, die Vorbereitung eines Positionspapiers zum Jahresthema und die Besprechung eines neuen Konzeptes für den Austausch mit der Mongolei gehörten. Weitere Themen auf den Tagesordnungen waren „Linksextremismus – eine Aufgabe politischer Bildung?“, „Aussetzung der Wehrpflicht – Konsequenzen für Bildungsstätten?“ und „Sexuelle Gewalt in der Bildungsarbeit“.

Mitgliedschaft im AdB

Der AdB ist ein Zusammenschluss von Einrichtungen der politischen Bildung. Dazu gehören Jugendbildungsstätten, Heimvolkshochschulen, internationale Begegnungsstätten, Europahäuser, Akademien der parteinahen Stiftungen. Sie alle eint das Ziel, Menschen dazu zu befähigen, sich verantwortlich in Politik und Gesellschaft einzubringen und sich für ihre und die Interessen der Gemeinschaft zu engagieren. Aktuell zählt der Verband 104 persönliche Mitglieder, die rund 170 Einrichtungen bundesweit vertreten.

Jubiläen im Verband

In jedem Jahr kann der AdB auf Mitglieder verweisen, die seit vielen Jahren politische Bildungsarbeit anbieten. Eine solche Kontinuität ist erfreulich und zeigt, dass die Einrichtungen eine gute und erfolgreiche Arbeit machen, die an den Interessen der – freiwillig – teilnehmenden Jugendlichen und Erwachsenen anknüpft und ihre Bedürfnisse aufgreift. Aktuell feierten folgende Organisationen bzw. Einrichtungen Jubiläum:

- 50 Jahre Jugendhof Scheersberg
- 20 Jahre Bildung-Begegnung-Zeitgeschehen Bernau e.V.
- 20 Jahre Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg
- 10 Jahre Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten gratuliert herzlich, auch nachträglich den Internationalen Jugendgemeinschaftsdiensten IJGD, die bereits 2009 ihr 60jähriges Bestehen feiern konnten, aber leider aus Versehen im letzten Bericht nicht erwähnt wurden.

Mitgliederentwicklung

Der AdB bietet seinen Mitgliedern eine ganze Reihe von Serviceleistungen an wie die Zeitschrift Außerschulische Bildung, den Online-Newsletter, Förderberatungen, Arbeitshilfen u.a. Er organisiert verbandsübergreifende Projekte, sucht den Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften, verfasst Stellungnahmen



und vertritt die Interessen seiner Mitglieder. Befragt nach den Motiven für eine Mitgliedschaft im AdB nennen die meisten Antragsteller darüber hinaus die gute Netzwerkarbeit des AdB, die den Kontakt und den Austausch mit anderen Organisationen im Verband ermöglicht. Die regelmäßigen Zusammenkünfte in Kommissionen und Arbeitsgruppen schaffen den idealen Rahmen für die gegenseitige kollegiale Beratung sowie für die gemeinsame fachliche Arbeit.

Von diesen Vorteilen wollten auch zwei Einrichtungen profitieren, die 2010 einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt haben. Dazu gehörte der Verein Jugendkulturarbeit e.V. in Oldenburg, Der Verein ist Träger des Internationalen Jugendprojekthauses (IJP) in Oldenburg. Es ist eine noch junge Einrichtung, die Anfang 2009 entstanden ist. Bis heute kooperiert der Verein mit inzwischen 25 europäischen Partnerorganisationen und bietet jährlich ca. 200 Kindern und Jugendlichen Raum für internationale Jugendarbeit.

Als zweiter Antragsteller konnte in der Mitgliederversammlung ein Vertreter der Brücke/Most-Stiftung aus Dresden begrüßt werden. Die Brücke/Most-Stiftung fördert die deutsch-tschechische Verständigung und ist Träger einer eigenen Bildungs- und Begegnungsstätte. Die Mitgliederversammlung folgte am 24.11.2010 der Empfehlung des Vorstands, die „Brücke/Most-Stiftung, Dresden“ als Vollmitglied in den AdB aufzunehmen. Tobias Kley wurde der persönliche Vertreter der Einrichtung im AdB.

Ebenfalls aufgenommen wurde der Verein Jugendkulturarbeit Oldenburg e.V. als assoziiertes Mitglied. Gina Schumm wurde die persönliche Vertreterin der Einrichtung im AdB.

Verbandsstatistik

Seit dem Jahr 2000 beteiligt sich der AdB gemeinsam mit den anderen großen Trägern der Weiterbildung (Deutscher Volkshochschul-Verband (DVV), Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (BAK AL), Deutsche evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE), Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE)) am Verbund der Weiterbildungsstatistik. Das verantwortliche Servicezentrum liegt beim Deutschen Institut für Erwachsenenbildung DIE.

Leider ist die Teilnahme an der Verbundstatistik im AdB stark rückläufig und die Beteiligung 2010 so schlecht, dass eine seriöse Auswertung der Daten kaum möglich war. Der Vorstand des AdB hatte daher entschieden, den Statistikverbund zu verlassen, auch begründet durch die Erfahrung, dass die nicht aussagefähigen Daten bereits zu falschen Darstellungen des AdB geführt hatten.

Die Mitgliederversammlung des AdB votierte jedoch nach einer intensiven Debatte dafür, dem Statistikverbund auch zukünftig weiter anzugehören, da sie verbandspolitischen Schaden durch einen Austritt fürchtete. Die ad hoc einberufene Arbeitsgruppe beriet eine Vereinfachung des Erhebungsbogens, der in der Folge mit dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung besprochen und umgesetzt werden muss.

5. Politische Bildung ist unverzichtbarer Teil von Bildung

Schlussfolgerungen und Perspektiven

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten und seine Mitglieds-einrichtungen sorgen mit ihren vielfältigen Aktivitäten, mit ihren Seminaren, Projekten und internationalen Maßnahmen für eine plurale, unabhängige, zielgruppenspezifische Träger- und Angebotsvielfalt politischer Bildung. Sie tun dies, weil sie einem öffentlichen Auftrag verpflichtet sind, der aktuell von 22 Mitgliedern des Deutschen Bundestages, dem Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung, neu formuliert worden ist. Die Abgeordneten aller Fraktionen wiesen in ihrer Erklärung „Demokratie braucht politische Bildung“ darauf hin, dass gerade in Deutschland nicht vergessen werden dürfe, dass „die Demokratie als offenste und menschenfreundlichste aller Staatsformen tagtäglich neu gelehrt und gelernt, gestaltet und bewahrt werden muss“, und dass vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen „die Möglichkeiten der Mitwirkung in unserem demokratischen System besser bekannt gemacht und genutzt werden müssen.“

Der AdB trägt mit seinen Aktivitäten und Schwerpunkten mit dazu bei, diesen Bildungsauftrag zu erfüllen. Er greift neue Inhalte und Themen auf, bezieht aktuelle gesellschaftliche und politische Entwicklungen in die Arbeit mit ein, sichert die Qualifizierung der Praxis, regt die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure an und entwickelt im Rahmen von Modellprojekten die Praxis politischer Bildung weiter.

Bewährtes weiterentwickeln

Der Weiterentwicklung der Bildungspraxis vor Ort dient das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“. Als verantwortliche Zentralstelle sorgt der AdB für die bundesweite Vernetzung und Fortbildung der beteiligten Akteure und Einrichtungen und gestaltet durch themengebundene Projektgruppenarbeit den überregionalen Erfahrungsaustausch und sichert die Evaluation. Um allen Einrichtungen im AdB die Möglichkeit der Beteiligung zu bieten, wird nach einer Laufzeit von sechs

Jahren das Programm neu ausgeschrieben. Im Berichtsjahr haben die Jugendbildungsreferenten und -referentinnen daher Bilanz ihrer Tätigkeit gezogen und haben für sich festgestellt „Lernziel erreicht!“ (siehe Kapitel 2).

Auch aus Verbandssicht fällt der Rückblick auf das Konzept und die sechsjährige Laufzeit des Programms, die im Dezember 2010 endete, positiv aus. Die Struktur des Programms – die Bildung von drei thematischen Projektgruppen „Politische Jugendbildung mit neuen Medien“, „Demokratische Partizipation junger Menschen“ und „Respekt und Courage“ – hat



die inhaltliche Arbeit befördert. Die enge Zusammenarbeit in den Projektgruppen, der stete Austausch untereinander und die Bearbeitung gemeinsamer Fragestellungen hat die Bildungsarbeit jedes Einzelnen und der Projektgruppe insgesamt unterstützt.

Die Jugendbildungsreferent/-innen haben neue Kenntnisse und Kompetenzen erworben, die auch dem Verband insgesamt zugute gekommen sind. So wurden eigene Fortbildungsangebote konzipiert und durchgeführt, die Arbeitsergebnisse der Projektgruppen wurden auf den Fachtagungen des AdB

präsentiert, interessante Praxisberichte konnten an alle Mitgliedseinrichtungen weitergeleitet werden und konkrete neue Projekte wie z.B. „Blended Learning DDR“ sind aus der Arbeit hervorgegangen.

Damit ist gelungen, was die gemeinsame „Klammer“ des Bundesprogramms „Politische Jugendbildung im AdB“ leisten soll und will: die enge Verzahnung zwischen der Bildungsarbeit vor Ort, der konzeptionellen Arbeit in den Projektgruppen und der Fachdiskussion auf Bundesebene, unterstützt durch gemeinsame Fortbildungen und Fachtagungen.

Für den AdB bedeutet das, die erfolgreiche Grundstruktur auch in der nächsten Phase des Programms beizubehalten, selbstverständlich unter Anpassung der inhaltlichen Schwerpunkte an aktuelle Herausforderungen und Fragestellungen. Die neue Programmphase wird daher im Jahr 2011 mit den Themenschwerpunkten „Globalisierung und Medienkommunikation“, „Partizipation und Demokratie in und mit der Schule“, „Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft“, „Arbeitsweltbezogene politische Bildung“ starten.

Innovationen ermöglichen

Die Zuwendungsgeber von Trägern und Einrichtungen der politischen Bildung artikulieren zunehmend ihre Wünsche im Hinblick auf Innovationen in der außerschulischen Bildungsarbeit. Für den AdB gehört es zu den Kernaufgaben seiner bundeszentralen Tätigkeiten, Innovationen anzustoßen und gemeinsam mit den Mitgliedseinrichtungen neue Formate, Themen und Methoden politischer Bildung zu entwickeln und zu erproben. Vor diesem Hintergrund ist das Modellprojekt „Communis – Gemeinsam lernen in der Politischen Bildung“ zu werten, bei dem das interkulturelle Lernen von Schülerinnen und Schülern im Mittelpunkt stand. Als Modellprojekt wurde auch das Vorhaben „Blended Learning DDR“ konzipiert, bei dem sich sechs Mitgliedseinrichtungen unter Leitung des AdB aufgemacht haben, das Online-Lernen zu erproben und Präsenzphasen in der Bildungsstätte sinnvoll mit Phasen des Online-Lernens zu verknüpfen.

Neben den hier gewonnenen Erkenntnissen für die Praxis (siehe Kapitel 2) ist als Schlussfolgerung vor allem beim letztgenannten Projekt deutlich geworden: Wer Innovationen will, muss sie auch zulassen! Das bedeutet, dass sich die klassische Förderung der Bildungsstättenarbeit bisher an Teilnehmertagen orientiert. Wenn Online-Lernen, wie vielfach politisch gefordert, als Weiterentwicklung der klassischen Seminarkonzepte gleichberechtigt Bedeutung erlangen soll, dann muss zukünftig die Anerkennung und Förderung von Online-Lerntagen möglich sein. Der Flexibilität auf Seiten der Träger muss auch eine Flexibilität auf Seiten der Fördergeber gegenüber stehen, die häufig eng gefassten Richtlinien müssten dann zukünftig den Trägern deutlich mehr Spielraum lassen und mehr Innovationen ermöglichen.

Zudem sollten die vielfältigen Initiativen im Bereich der politischen Bildung zur Einbeziehung neuer medienpädagogischer Modelle stärker miteinander verzahnt werden, um das inzwischen vorhandene Potenzial sichtbarer werden zu lassen. Eine didaktisch eindeutige Trennung zwischen Blended-Learning-Projekten mit klar definierten Online-Lern-Modulen und Seminaren mit medienpädagogischen Konzepten und der Einbeziehung von Web 2.0 – Angeboten ist dennoch unabdingbar.

Rahmenbedingungen verbessern, nicht verschlechtern

Die im Modellprojekt „Blended Learning DDR“ gemachten Erfahrungen verweisen zusätzlich auf ein grundsätzliches Problem: Trägern politischer Bildung wird zu Recht sehr viel zuge-
traut. Sie sind innovativ, konzipieren interessante Angebote und befähigen damit junge Menschen zu gesellschaftlicher und politischer Teilhabe. Sie greifen mit ihren Angeboten aktuelle Themen auf, sprechen neue Zielgruppen an und übernehmen neue gesellschaftliche Aufgaben. Sie beziehen die neuen Medien in ihre Angebote mit ein und stehen als Kooperationspartner für andere Träger und Einrichtungen zur Verfügung.

Auf Dauer sind diese vielfältigen Ansprüche und Erwartungen aber nur erfüllbar, wenn der (förder-)politische Rahmen entsprechend ausgestaltet ist. Die Träger brauchen eine ausreichende finanzielle Unterstützung, sie brauchen aber auch Anerkennung, Vertrauen, Sicherheit und Kontinuität und das politische Bekenntnis, dass zu einer Bildungsrepublik, wie sie im Koalitionsvertrag beschrieben ist, ohne Zweifel auch die politische Bildung gehört. Es kann nicht sein, dass Bildung als zentrale Ressource der gesellschaftlichen Entwicklung gewertet wird, die Bildung für die Demokratie aber in diesem Konzept keinen Platz hat. Politische Bildung ist auch Bildung und darf nicht gekürzt werden!

Dieser Meinung ist auch das Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung, das in seiner Erklärung „Demokratie braucht politische Bildung“ bekennt: „Staat und Gesellschaft [stehen] in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen: Es gilt, dem Vertrauensverlust zwischen den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft einerseits und den Bürgerinnen und Bürgern andererseits entgegenzuwirken, das ausgeprägte Desinteresse vieler Teile der Bevölkerung an unserer Demokratie und ihren Institutionen ins Gegenteil zu verkehren und alles zu fördern, was unserer Gesellschaft Halt und Perspektive bietet.“

Hierzu ist die politische Bildung unabdingbar. Mit der Erfahrung aus vielen Jahrzehnten kann sie nicht nur über die Aufgaben und Funktionsweisen unserer demokratischen Einrichtungen aufklären, sondern auch zur aktiven Mitgestaltung politischer Prozesse ermuntern. In dieser Situation, in der politische Bildung mehr denn je gebraucht wird, wäre es daher fatal, ihre Institutionen und deren Spielräume zu beschneiden.“

Anhang

Positionen

Neue Beteiligungsformen in der repräsentativen Demokratie	49
Demokratie braucht politische Bildung	50
Demokratie stärken	51

Der AdB im Überblick 53

Veranstaltungen des AdB	53
Mitglieder des Vorstands	54
Mitglieder des Redaktionsbeirats der „Außerschulischen Bildung“	55
Mitglieder der Fachkommissionen.	55
Jugendbildungsreferent/-innen und pädagogische Mitarbeiter/-innen im Programm Politische Jugendbildung im AdB im Rahmen des KJP.	58
Mitgliedschaften und Gremienarbeit.	59
Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V.	60

Neue Beteiligungsformen in der repräsentativen Demokratie

Chancen demokratischer Beteiligung nutzen!

Stellungnahme des AdB zu seinem Jahresthema 2011

Bürgerinnen und Bürger wollen mitbestimmen und mitentscheiden, vor allem dann, wenn ihre direkten Interessen betroffen sind.

Begünstigt durch die Möglichkeiten des Internets haben sich neue Formen der Beteiligung entwickelt, mit deren Hilfe versucht wird, politische Anliegen zu vertreten und durchzusetzen. Dazu gehören z.B. die offenen Diskussionsforen für politische und gesellschaftliche Debatten in den sozialen Netzwerken des Internets, themenorientierte Online-Kampagnen, Online-Protestaktionen, online-gestützte Planungsverfahren.

Der hier zum Ausdruck gebrachte Wille zur Mitgestaltung und zum Engagement ist positiv für die Demokratie, die vom Engagement und der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger lebt. Die Möglichkeiten der direkten demokratischen Beteiligung fördern die Einbeziehung der Menschen über die Wahlen hinaus an Gestaltungsaufgaben der Gesellschaft, insbesondere dann, wenn es ihr Lebensumfeld betrifft. Auch denjenigen, die hier leben, aber nicht wahlberechtigt sind, eröffnen sich durch die neuen Beteiligungsformen Chancen auf Mitwirkung und Übernahme von Verantwortung.

Gleichzeitig lässt sich beobachten, dass das Interesse an den klassischen Beteiligungsformen nachgelassen hat. Davon zeugen Bürgerproteste und Großdemonstrationen, sinkende Wahlbeteiligungsraten und rückläufige Mitgliederzahlen der politischen Parteien, mit denen die Repräsentierten zum Ausdruck bringen, dass sie sich durch die Repräsentanten nicht mehr hinreichend vertreten fühlen. Das Misstrauen gegenüber Politik und Politikern ist groß. Die globalen Entwicklungen der letzten Jahre – soziale Differenzierung, Beschleunigung und zunehmende Komplexität des Alltags, Finanz- und Wirtschaftskrise, Migration und Bildungsprobleme – haben diesen Prozess verstärkt.

Die Verantwortlichen in den Parlamenten und Regierungen sind gefordert, der Entfremdung von Bürgern/Bürgerinnen und Politik entgegenzuwirken, Beteiligungswünsche aufzugreifen, vorhandene Beteiligungsformen stärker zu nutzen und Beteiligungsrechte zu erweitern. Dabei müssen sie sicherstel-

len, dass sich alle beteiligen können, dass der Minderheitenschutz gewährleistet ist und dem Allgemeinwohl genützt wird.

Den Trägern der politischen Bildung kommt vor dem Hintergrund dieser Entwicklung eine besondere Rolle zu. Sie greifen die verschiedenen Beteiligungsformen wie Wahlen, Parteien, Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen, internet-basierte Foren auf und machen sie in ihren Angeboten zum Thema.

- Politische Bildung entwickelt neue Formen der Beteiligung mit und zeigt Wege auf, diese zu nutzen, z. B. in Schule, Kita, am Arbeitsplatz und im Wohnumfeld.
- Politische Bildung unterstützt die Klärung und Aushandlung von Interessen und ermutigt dazu, sich in gesellschaftliche Prozesse einzumischen und zu konstruktiven Lösungen beizutragen. Sie kann dies, wenn sie im Rahmen der Trägerpluralität ihre Werthaltungen einbringt und Position bezieht.
- Politische Bildung unterstützt plebiszitäre Prozesse und andere Formen der Teilhabe durch Bildungsangebote, die den Austausch kontroverser Positionen ermöglichen und notwendige Kenntnisse zum Gegenstand der Auseinandersetzung vermitteln.
- Politische Bildung hat die Aufgabe, die komplexen Bedingungen für politisches Handeln zu verdeutlichen, um ein realistisches Bild von den tatsächlichen Aktionsmöglichkeiten zu gewinnen.
- Politische Bildung vermittelt Wissen und Kompetenz, um zu einem begründeten Urteil zu kommen und einen sicheren Standpunkt in Bezug auf die Themenstellung einzunehmen, der auch gegenüber Dritten vertreten werden kann.
- Politische Bildung bezieht Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in die Diskurse ein und eröffnet ihnen Wege zur Teilhabe an der Demokratie.

Die Demokratie gewinnt, je mehr Menschen sich interessieren, engagieren und Verantwortung übernehmen, in alten und neuen Beteiligungsformen. Dafür brauchen sie Wissen, Kompetenzen und Motivation. Deren Vermittlung ist die Aufgabe politischer Bildung.

Beschluss der AdB-Mitgliederversammlung vom 25. November 2010 in Schney

Demokratie braucht politische Bildung

Erklärung von Trägern und Einrichtungen der politischen Bildung

Politische Bildung leistet einen wichtigen Beitrag für das Gelingen von lebendiger Demokratie. Die Träger politischer Bildung wenden sich deshalb in dieser Erklärung an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags und die Mitglieder der Bundesregierung, um auf die Leistungen dieser Bildungsarbeit aufmerksam zu machen und die öffentliche Verantwortung für deren Unterstützung in Erinnerung zu bringen.

- Demokratie braucht überzeugte demokratische Bürgerinnen und Bürger.
- Demokratie braucht informierte Bürgerinnen und Bürger.
- Demokratie braucht Wertgrundlagen und Wertentscheidungen.
- Demokratie braucht das Engagement vieler.
- Demokratie braucht politische Bildung.
- Politische Bildung stärkt unser Gemeinwesen.

Die Vermittlung politischer Bildung ist nicht nur staatliche Aufgabe. Sie ist auch eine gesellschaftliche Verpflichtung! Dafür stehen die Träger und Einrichtungen der außerschulischen und außeruniversitären politischen Jugend- und Erwachsenenbildung mit ihrer pluralen und vielfältigen Angebotsstruktur.

Die Forderung nach aktiver Bürgerbeteiligung in der Demokratie sowie der Anspruch, in Zukunft 10% des Bruttonettoproduktes für Bildung und Forschung aufzuwenden, darf kein Lippenbekenntnis bleiben. Wie ernst nehmen Politik und Staat ihre Verantwortung, wenn bei der Förderung des eigenen Nachwuchses und der Stärkung der Grundlagen der Demokratie gespart wird?

Man wird nicht als Demokrat/als Demokratin geboren, sondern entwickelt sich dazu. Deshalb müssen die Verant-

wortungsträger für die Demokratie dafür sorgen, dass diese Entwicklung auch möglich und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden. Demokratie darf – sie muss – den Bund auch etwas kosten.

Zahlreiche Träger und Einrichtungen der politischen Bildung sind bestürzt über die Absicht der Bundesregierung, im Bundeshaushalt die Mittel der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in den nächsten Jahren erheblich zu kürzen. Das hätte auch tiefgreifende Einschnitte in der Förderung freier Träger zur Folge. Insgesamt könnte der notwendige Beitrag der politischen Bildungsarbeit zur demokratischen Grundbildung und zur Begleitung aktueller gesellschaftlicher Diskurse und Herausforderungen nicht mehr in dem notwendigen Maß geleistet werden.

Die Träger der Politischen Bildung fordern Bundestag und Bundesregierung auf, in ihren Haushaltsberatungen und mittelfristigen Finanzplanungen die nötigen Maßnahmen

- für eine Rücknahme der vorgesehenen Kürzungen und
- eine Erhöhung der Mittel für die politische Bildung beim Haushaltstitel der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und damit auch für die von ihr geförderten Träger zu ergreifen.

Bonn, 25.10.2010

Vorstand Bundesausschuss Politische Bildung (bap) und 1.500 weitere Träger, Einrichtungen, Verbände, Organisationen, Wissenschaftler/-innen, Studierende, Politiker/-innen und Einzelpersonen

Demokratie stärken

Stellungnahme anlässlich des Hearings „Linksextremismus und Islamismus“

Das Ziel aller Aktivitäten der Träger der politischen Jugendbildung, die sich in der GEMINI im Bundesausschuss politische Bildung (bap) zusammengeschlossen haben, ist es, Demokratie und politische Kultur zu stärken und weiterzuentwickeln. Sie setzen sich mit ihrer Arbeit für die Förderung eines demokratischen Wertebewusstseins und Verhaltens als Beitrag zur Sicherung der demokratischen Grundlagen des Gemeinwesens ein. Ihre Maßnahmen richten sich daher – implizit wie explizit, präventiv wie reaktiv – gegen jegliche anti-demokratische, verfassungsfeindliche oder extremistische Denk- und Handlungsweisen.

Aus diesem Grund begrüßt und unterstützt die GEMINI die Initiative des Bundesministeriums, Jugendliche vor jeglichen extremistischen Tendenzen zu schützen und dafür Maßnahmen im Rahmen der Initiative „Demokratie stärken“ vorzusehen. Die politische Jugendbildung versteht diese als eine notwendige Investition in eine demokratische, liberale, vitale plurale Kultur. Die GEMINI hat in diesem Sinne mit Interesse die Überlegungen des BMFSFJ aufgenommen, die bisherigen Bundesprogramme durch weitere Präventionsprojekte zu den Themen „Linksextremismus“ und „Islamismus“ zu ergänzen.

Sowohl die Weiterführung der bestehenden Bundesprogramme als auch die Einführung zusätzlicher Präventionsprojekte bedürfen jedoch unabdingbar eines sorgfältigen Auslotens der in Rede stehenden Begriffe, Sachverhalte und Bedingungen:

1. Eine Auseinandersetzung mit extremistischen Haltungen und Bestrebungen setzt die Orientierung an einem positiven Leitbild voraus, das als Engagement für eine demokratische, liberale und lebendige plurale Kultur näher charakterisiert werden kann. Hierfür stehen vor allem der Bezug auf die Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit, das Gewaltmonopol des Staates, die freiheitlich-demokratische Ordnung und der Grundsatz der Gleichbehandlung, wie im Grundgesetz und im Gleichbehandlungsgesetz festgelegt. Dies sind für uns Garanten einer vitalen, liberalen, politischen und kulturellen Pluralität, die Grundlage für unsere politische Kultur und Willensbildung ist und sich in der Pluralität der freien Träger der außerschulischen Politischen Bildung widerspiegelt. Dazu gehört der Konsens, dass eine demokratische Gesellschaft ein nicht abgeschlossenes, weiterzuentwickelndes Projekt ist, das der Verbesserung und politischen Gestaltung (Leistungsfähigkeit und Beteiligungsoffenheit) bedarf. Nur auf dieser Grundlage können politische Haltungen als demokratiegefährdend oder extremistisch eingeordnet und gegenüber einer begründeten Kritik an der Gesellschaft, dem Engagement für eine Weiterentwicklung der Demokratie und der Verbesserung der Lebensverhältnisse sowie einem legitimen politischen Protest abgegrenzt werden. Hierzu zählt auch eine differenzierte Betrachtung von Hintergründen, Bedingungen und Formen von Jugendgewalt.
2. In Hinblick auf das Thema „Islamismus“ ist danach zu fragen, wie das Recht auf Religionsausübung geschützt und auch eine wertebezogene politische Haltung gegenüber religiös begründeten anti-demokratischen und verfassungsfeindlichen Bestrebungen abgegrenzt werden kann. Wir verweisen hier auf Erkenntnisse aus dem trägerübergreifenden Projekt „DeKuRel – Demokratie – Kulturen – Religionen, zur Qualifizierung politischer Bildung angesichts des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen und Religionen in der Demokratie“, das u.a. Werteorientierungen innerhalb ‚des‘ Islam ausgelotet hat und eine Differenzierung zu den Bereichen Freiheit, Trennung von Staat und Religion, Gerechtigkeit, Toleranz, Gewaltenteilung, Partizipation, Gleichberechtigung und Frieden (Gewalt) untersuchte. Im Übrigen sollte in diesem Zusammenhang erörtert werden, inwieweit auch andere unzulässige Funktionalisierungen von Religion oder Glaubensvorstellungen für politische Zwecke bei der Ausgestaltung möglicher Programme Berücksichtigung finden sollten.
3. Linksextremismus und Islamismus (und in diesem Sinne auch der Rechtsextremismus) werden von uns als Reaktion auf soziale, ökonomische, kulturelle und globale Wandlungsprozesse verstanden, die auf kulturelle und soziale Heterogenität, materielle Ungleichheiten, gesellschaftlichen Desintegrationstendenzen, prekäre Formen der Anerkennung der Person, Wandel von gesellschaftlichen Wertvorstellungen, erfahrener oder empfundener Unsicherheit, sozialpathologischen Entwicklungen usw. Bezug nehmen. Daher ist eine umfassende, differenzierte und

wissenschaftlich gestützte Betrachtungsweise der Ursachen und Bedingungen erforderlich, um daraus entsprechende Schlussfolgerungen für Maßnahmen in der Praxis ableiten zu können. Extremismus ist aber ein relationaler Begriff, der die Gefahr in sich birgt, komplexe gesellschaftliche Prozesse zu vereinfachen. Vor diesem Hintergrund fordern wir – wie zum Thema Rechtsextremismus – eine umfassende, wissenschaftlich gestützte Debatte über die Begrifflichkeit bzw. zur begründeten Beschreibung der Phänomene „Linksextremismus“ und „Islamismus“.

4. Mögliche Programme sollten dem zentralen Anliegen folgen, die Voraussetzungen für die Entstehung extremistischer Orientierungen, Haltungen und Handlungsformen zu beeinflussen. Sie sollten sich auf die Vermittlung demokratischer Kompetenzen, dem Umgang mit kultureller und religiöser Heterogenität im Rahmen globaler Entwicklungen beziehen und sich der Relevanz neuer Formen der politischen Öffentlichkeit (Stichwort Web 2.0) bewusst sein.

Die politische Jugendbildung bietet dafür Erfahrungen und Möglichkeiten insbesondere in folgenden Bereichen:

- sozialräumliche und präventive Maßnahmen mit Jugendlichen aus verschiedenen sozialen Milieus und unterschiedlichen Lebenslagen
- interkulturelle und interreligiöse Maßnahmen; Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit
- intergenerative Maßnahmen; Maßnahmen für Eltern
- Maßnahmen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
- Maßnahmen zur Beförderung gesellschaftlicher Diskurse, vor allem mit den vielfältigen zivilgesellschaftlichen Akteuren über die Grundlagen und die Weiterentwicklung demokratischer Gesellschaften.

Stellungnahme der GEMINI vom 10.06.2010

Die GEMINI ist die „Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung“. Ihre Mitglieder sind: Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (aksb), Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), Bundesarbeitskreis ARBEIT und LEBEN (AL), Deutscher Volkshochschul-Verband (DVV), Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et), Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum (VBLR)

Der AdB im Überblick

Veranstaltungen des AdB

● Kommissionen, Arbeitsgruppen, Steuerungsgruppen, Redaktionsbeirat

26.01.10 / 22.06.-23.06.10	Redaktionsbeirat
03.05.10	Steuerungsgruppe Gender Mainstreaming
03.02.10 / 20.09.10	Arbeitsgruppe „Interkulturelle Öffnung des AdB“
09.03.-10.03.10 / 22.09.-24.09.10	Kommission Jugendbildung
08.02.-10.02.10 / 13.09.-15.09.10	Kommission Erwachsenenbildung
27.01.10 / 27.09.10	Kommission Mädchen- und Frauenbildung
01.03.-03.03.10 / 04.10.-06.10.10	Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit
23.03.-25.03.10 / 29.09.-30.09.10	Kommission Verwaltung und Finanzen

● Fachveranstaltungen, Fortbildungs- und Arbeitstagungen

15.03.-19.03.10	Politische Jugendbildung, zentrale Arbeitstagung
07.06.-09.06.10	Verbandsprojekt „Communis – Gemeinsam lernen in der Politischen Bildung“, Abschlusstagung und Auswertung
28.09.10	Projekt „Praxisforschung nutzen, politische Bildung weiterentwickeln“, Workshop mit Trägervertretern, Beiratssitzung
06.10.-07.10.10	Fortbildung Europa vor Ort: EU-Fördermittel für politische Bildung
11.10.10	Fachgespräch „Linksextremismus – ein Thema der politischen Bildung?“
15.10.-17.10.10	Projekt „Blended Learning DDR“, Abschlusstagung und Auswertung
19.10.-22.10.10	Fachtagung für Haustechniker/-innen
28.10.10	Infotagung für das „Programm Politische Jugendbildung im AdB“ ab 2011
23.11.-24.11.10	Jahrestagung „Neue Beteiligungsformen in der repräsentativen Demokratie – Chancen demokratischer Beteiligung nutzen“
14.12.-15.12.10	Projekt „Praxisforschung nutzen, politische Bildung weiterentwickeln“, Abschlusstagung

● Internationale Fachprogramme und Projekte

Zentralstellenarbeit international

Franken-Akademie Schloß Schney, Lichtenfels

Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch, Thema: Spurensuche nach deutscher Literatur und Judentum in Prag

11.06.-18.06.10 Out-Maßnahme

wannseeFORUM, Berlin

Deutsch-Russischer Fachkräfteaustausch zum Thema: Jugend, Medien, Partizipation

05.04.-11.04.10 In-Maßnahme

09.08.-15.08.10 Out-Maßnahme

Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

Deutsch-Russischer Jugendaustausch zum Thema Kultur, Identität und Menschenrechte in Deutschland und Russland

26.06.-04.07.10 In-Maßnahme

10.10.-17.10.10 Out-Maßnahme

Internationales Forum Burg Liebenzell, Bad Liebenzell

Deutsch-Russischer Jugendaustausch zum Thema: Deutsche und russische Märchen in modernen Fassungen

22.08.-29.08.10 In-Maßnahme

29.08.-06.09.10 Out-Maßnahme

Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung

- 31.07.-06.08.10 Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung in Deutschland,
16.08.-22.08.10 Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung in Qingdao, China, organisiert und durchgeführt in Kooperation mit der Akademie Biggensee zum Thema „Zwei Länder – Zwei Kulturen – Eine Welt“

Fachkräfteaustausch mit der Mongolei

- 29.04.-09.05.10 Hospitation in Deutschland in der JBS "Mühle"
22.07.-05.08.10 Hospitation und deutsch-mongolische Fachveranstaltung in der Mongolei. Das Thema des diesjährigen Austauschs lautete „Nachhaltige Entwicklung und Konfliktprävention als Herausforderungen für demokratische Jugendbildungsarbeit“.

Deutsch-Russische Jugendbegegnung

- 25.01.-01.02.10 Deutsch-Russische Jugendbegegnung in Deutschland
26.08.-01.09.10 Deutsch-Russische Jugendbegegnung in Russland, organisiert und durchgeführt in Kooperation mit der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimer zur Qualifizierung von Fachkräften internationaler Jugendarbeit

● Mitgliederversammlung

- 24.11.-25.11.10 Franken-Akademie Schloß Schney, Lichtenfels

● Vorstandsaktivitäten

- 16.02.-17.02.10 Vorstandssitzung im wannseeFORUM, Berlin
12.05.10 Gespräch mit dem Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger
14.06.10 Sondersitzung zur Auswahl der Anträge im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“, Berlin
15.06.10 Vorstandssitzung im HdJ, Berlin
08.07.10 Gespräch mit dem Staatssekretär im BMFSFJ, Josef Hecken, mit dem Abteilungsleiter Jugend, Lutz Stroppe, und dem Fachreferenten für Politische Bildung, Ralf Harnisch
30.09.10 Vorstandssitzung im HdJ, Berlin
22.11.-23.11.10 Vorstandssitzung in der Franken-Akademie Schloß Schney, Lichtenfels

Mitglieder des Vorstands

Vorsitzender:	Peter Ogrzall, Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin
Stellv. Vorsitzende:	Ulrike Steimann, Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter
Ulrich Ballhausen	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
Ulrika Engler	aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen
Martin Kaiser	PfalzAkademie, Lambrecht
Klaus-Ulrich Nieder	Informations- und Bildungszentrum Schloß Gimborn, Marienheide
Petra Tabakovic	Internationaler Bund (IB), Frankfurt
Birgit Weidemann	HochDrei e.V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam

Mitglieder des Redaktionsbeirats der „Auerschulischen Bildung“

Herausgeber im Auftrag des Vorstands: Dr. Paul Ciupke, Bildungswerk der Humanistischen Union NRW, Essen
Ulrike Steimann, Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter

Vom Vorstand als Mitglied des Redaktionsbeirats berufen:

Gertrud Gandenberger Internationales Forum Burg Liebenzell, Bad Liebenzell
Dr. Christoph Meyer Herbert-Wehner-Bildungswerk, Dresden
Wolfgang Pauls Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde, Nahrendorf-Breese
Dr. Melanie Piepenschneider Konrad-Adenauer-Stiftung, Wesseling
Imke Scheurich Jugendgästehaus Dachau
Ina Bielenberg AdB-Geschäftsstelle

Redaktion:
Ingeborg Pistohl AdB-Geschäftsstelle

Mitglieder der Fachkommissionen

● Kommission Jugendbildung

Vorsitzende: Petra Tabakovic, Internationaler Bund (IB), Frankfurt
Stellv. Vorsitzender: Dr. Reiner Hartel, Bildungsstätte Alte Schule Anspach

Mitglieder:

Ulrich Ballhausen Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
Carola Brindöpke Heimvolkshochschule Haus Neuland e.V., Bielefeld
Sabrina Broszeit Salvador-Allende-Haus, Oer-Erkenschwick
Alexander Daranyi Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland, Papenburg
Bettina Dettendorfer Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V., Werneuchen
Navina Engelage Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho
Nadya Homsy Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho
Oliver Krauß Karl-Arnold-Stiftung e.V., Königswinter
Anja Krückels ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord-West, Hildesheim
Michael Lehmann Jugendbildungszentrum Blossin e.V.
Andrea Müller Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus
Wolfgang Pauls Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde, Nahrendorf-Breese
Michael Rauscher wannseeFORUM, Berlin
Christina Regner Jugendbildungsstätte "Mühle", Bad Segeberg
Alexander Rettig Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter
Patrick Siegele Anne Frank Zentrum, Berlin
Thomas von der Gonna Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

● Kommission Mädchen- und Frauenbildung

Vorsitzende: Birgit Weidemann, HochDrei e.V., Potsdam

Mitglieder:

Sabine Cimbollek ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord-West, Hildesheim
Sabine Haupt-Scherer LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho
Miriam Jusuf aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen
Daniela Kaniak Bildungshaus Zeppelin, Goslar
Anette Klasing Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus
Christine Reich Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V., Werneuchen
Fidan Yiligün Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille, Petershagen

● **Kommission Erwachsenenbildung**

Vorsitzender: Prof. Dr. Matthias Pfüller, Politische Memoriale e.V., Schwerin
Stellv. Vorsitzende: Marianne Stietenroth, Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring, Bovenden-Eddigehausen

Mitglieder:

Dr. Barbara Hopmann Karl-Arnold-Stiftung e.V., Königswinter
 Hedda Jungfer Georg-von-Vollmar-Akademie e.V., München/Kochel
 Heidrun Kaiser LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho
 Karl Heinz Keil Hanns-Seidel-Stiftung, München
 Karsten Matthis Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter
 Harald Meves Stätte der Begegnung e.V., Vlotho
 Dr. Christoph Meyer Herbert-Wehner-Bildungswerk, Dresden
 Dr. Asmus Nitschke Bildungsstätte der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH
 Fenna Paproth Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille, Petershagen
 Nina Pauseback Heimvolkshochschule Adam-Stegerwald-Haus, Königswinter
 Dr. Josef Schiffer dbb akademie Bonn
 Dr. Robert Schmidt Akademie Biggese, Attendorn
 Sonja Schweizer Bildungswerk Stenden, Kerken
 Ulrike Steimann Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter
 Gerhard Thiel „Die Freudenburg“, Seminar- und Tagungshaus des Landkreises Diepholz, Bassum
 Gisela von Mutius Friedrich-Ebert-Stiftung, Politische Akademie, Bonn
 Martin Westphal Bildungshaus Zeppelin, Goslar

● **Kommission für Europäische und Internationale Bildungsarbeit**

Vorsitzende: Gertrud Gandenberger, Internationales Forum Burg Liebenzell, Bad Liebenzell
Stellv. Vorsitzender: Tim Scholz, Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werneuchen

Mitglieder:

Heiko Eifling Bildungshaus Zeppelin, Goslar
 Ulrika Engler aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen
 Katrin Gödeke wannseeFORUM, Berlin
 Dr. Marina Grasse OWEN e.V. – Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung, Berlin
 Hans-Dieter Hartmann Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring, Bovenden-Eddigehausen
 Martin Kaiser PfalzAkademie, Lambrecht
 Heinz Kordy Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen, Dortmund
 Bernd Neufurth Akademie Biggese, Attendorn
 Kalle Puls-Janssen Europahaus Aurich, Aurich
 Arne Schäfer Salvador-Allende-Haus, Oer-Erkenschwick
 Gerhart Schöll Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho
 Monika Schröder LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho
 Jana Schröter Jugendbildungszentrum Blossin
 Mary Ann Siara-Decker dbb akademie Bonn, Bonn
 Ute Siebler Internationale Jugendgemeinschaftsdienste, Bonn
 Sandra Trede Jugendbildungsstätte „Mühle“, Bad Segeberg
 Gabriele Wiemeyer GSI in Niedersachsen – Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
 Dr. Zbigniew Wilkiewicz Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho
 Katrin Zirkel Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

● Kommission Verwaltung und Finanzen

Vorsitzender:	Bernd Vaupel, LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho
Stellv. Vorsitzende:	Ina Nottebohm, HVHS Haus Neuland, Bielefeld

Mitglieder:

Birgit Ackermeier	Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho
Gudrun Afken	Bildungsstätte der WiSoAk Bremen, Bad Zwischenahn
Frank Bobran	Tagungshaus Bredbeck, Osterholz-Scharmbeck
Udo Dittmann	Akademie Biggese, Attendorn
Sven Fischer	Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg, Berlin
Meta Janssen-Kucz	Europahaus Aurich
Brigitte Juchems	Akademie Frankenwarte, Würzburg
Eckhard Kohle	Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen, Dortmund
Jörg Kranke	Salvador-Allende-Haus, Oer-Erkenschwick
Karsten Lucke	Europa-Haus Marienberg, Bad Marienberg
Blandine Lutz	Seminar-Forum in Berlin
Daniela Möller-Peck	Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille, Petershagen
Klaus-Ulrich Nieder	Informations- und Bildungszentrum Schloß Gimborn, Marienheide
Ina Roßmeisl	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
Reiner Schindler	Stätte der Begegnung e.V., Vlotho
Dr. Philipp-Christian Wachs	Gesellschaft für Politik und Wirtschaft – Haus Rissen Hamburg
Ulrich Wester	IB Bildungswerk Mönchengladbach
Frank Wittemeier	Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho
Sabine Wolf	Georg-von-Vollmar-Akademie, München

● Steuerungsgruppe Gender-Mainstreaming

Ina Bielenberg	AdB, Berlin
Susanne Blome	Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin
Carola Brindöpke	HVHS Haus Neuland, Bielefeld
Boris Brokmeier	AdB, Berlin
Michael Drogand-Strud	Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille, Petershagen
Dr. Marina Grasse	OWEN – Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung, Berlin
Michael Gwosdz	Haus Rissen, Hamburg
Friedhelm Jostmeier	Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho
Claudia Lutze	Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg, Berlin
Harald Meves	Stätte der Begegnung, Vlotho
Peter Ogrzall	Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin
Fenna Paproth	Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille, Petershagen
Christine Reich	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werneuchen
Ina Roßmeisl	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
Gerhart Schöll	Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho
Birgit Weidemann	HochDrei, Potsdam

● Arbeitsgruppe „Interkulturelle Öffnung des AdB“

Ulrich Ballhausen	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
Ina Bielenberg	AdB, Berlin
Zeliha Gencay	Haus Rissen, Hamburg
Nadya Homsy	AKE-Bildungswerk, Vlotho
Ulla Rothe	Jugendbildungsstätte Welper, Hattingen
Heinz-Wilhelm Schnieders	Europahaus Aurich
Gerhart Schöll	Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho
Sandra Trede	Jugendbildungsstätte „Mühle“, Bad Segeberg
Gabriele Wiemeyer	GSI in Niedersachsen e.V., Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen

Jugendbildungsreferent/-innen und pädagogische Mitarbeiter/-innen im Programm Politische Jugendbildung im AdB im Rahmen des KJP

● Projektgruppe „Modelle politischer Jugendbildung mit neuen Medien“

Hendrik Giese	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V., Werneuchen
Robert Handrow	Haus Steinstraße, Leipzig
Frank Hofmann	Jugendbildungsstätte Hütten
Daniel Möcklinghoff	aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen
Annette Ullrich	wannseeFORUM, Berlin
Henning Wötzel-Herber	ABC Bildungs- und Tagungszentrum, Drochtersen-Hüll

● Projektgruppe „Demokratische Partizipation junger Menschen“

Tanja Berger	HochDrei e.V., Potsdam
Susanne Blome	Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin
Michael Drogand-Strud	Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille, Petershagen
Andreas Kleinert	Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, Potsdam
Martin Kurth	Heimvolkshochschule Haus Neuland e.V., Bielefeld
Mechtild Möller	Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland, Papenburg
Johannes Schröder	Stätte der Begegnung e.V., Vlotho
Edda Smidt	Europahaus Aurich
Nina Wilking	Internationales Haus Sonnenberg, St. Andreasberg

● Projektgruppe „Respekt und Courage“

Anne Dwertmann	Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus
Thomas Grimm	Gustav-Stresemann-Institut, Bonn
Ursula Grzeschke	Tagungshaus Bredbeck, Osterholz-Scharmbeck
Nadya Homsí	Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho
Christoph Kröger	LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho
Jens Lindemann	Jugendbildungsstätte „Mühle“, Bad Segeberg
Sibylle Nau	Villa Fohrde Bildungs- und Kulturhaus, Havelsee OT Fohrde
Ulla Rothe	Jugendbildungsstätte Welper, Hattingen
Dirk Springenberg	Bildungsstätte Alte Schule Anspach, Neu-Anspach
Eric Wrasse	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

● Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle

Ina Bielenberg	Geschäftsführerin
Boris Brokmeier	Referent für Jugendbildung, stellv. Geschäftsführer
Elke Buntrock	Sachbearbeiterin im Bereich der Geschäftsführung
Larissa Döring	Sachbearbeiterin in den Bereichen internationale Aufgaben, Kommissionsarbeit, Jugend- und Fortbildung
Ivonne Meißner	Sachbearbeiterin im Referat für Öffentlichkeitsarbeit
Sabine Mertin	Referentin für Finanzen, Personal und Verwaltung
Vilma Mikutavičiute	Sachbearbeiterin im Referat für Öffentlichkeitsarbeit
Georg Pirker	Referent für internationale Aufgaben
Ingeborg Pistohl	Referentin für Öffentlichkeitsarbeit
Birgit Schörling	Sachbearbeiterin im Finanzreferat/Zentralstellenaufgaben
Sema Ünal	Sachbearbeiterin im Finanzreferat

Mitgliedschaften und Gremienarbeit

Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ)

Mitgliederversammlung und Vorstand, Fachausschuss Jugend, Bildung, Beruf: Boris Brokmeier

Arbeitskreis der Bildungsstätten und Akademien (HVHS) in NRW e.V.: Ulrike Steimann

Beirat der Internationalen Jugendbegegnungsstätte (IJBS)
der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung:
Ulrich Ballhausen

„Biographische Nachhaltigkeit Politischer Jugendbildung“

Forschungsvorhaben von Prof. Dr. Schröder, Hochschule Darmstadt
Projektbeirat: Ina Bielenberg

BMFSFJ/Programmspezifische Arbeitsgruppe

Ina Bielenberg, Boris Brokmeier

Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik

Ina Bielenberg

Bundesausschuss Politische Bildung

Geschäftsführung: Ina Bielenberg
AG Grundsatzfragen: Dr. Paul Ciupke

DARE

Georg Pirker

Deutsche Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium e.V. (DGWF)

Ingeborg Pistohl

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE)

Mitgliederversammlung und Verwaltungsrat: Dr. Paul Ciupke
Statistikprojekt: Bernd Vaupel

Deutsch-Polnischer Jugendrat

Birgit Weidemann (für bap)

Europäischer Verband für Erwachsenenbildung (EAEA)

Ina Bielenberg

Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (IJAB)

Ina Bielenberg

Forscher-Praktiker-Dialog zur Internationalen Jugendarbeit (F-P-D)

Georg Pirker

Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI)

Ina Bielenberg, Boris Brokmeier

Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe (HdJ)

Geschäftsführung: Ina Bielenberg
Mitglieder des e.V.: Sabine Mertin, Elke Buntrock

Netzwerk Europäische Bewegung

Georg Pirker

Pressenetzwerk für Jugendthemen (PNJ)

Ingeborg Pistohl

ProPol – Projekt zur Weiterentwicklung der Professionalisierung der Politischen Bildung, BAK Arbeit und Leben

Begleitgruppe: Ulrich Ballhausen

Rat der Weiterbildung – KAW

Ina Bielenberg

Runder Tisch der Bundeszentrale für politische Bildung

Ina Bielenberg und direkt berufene Mitglieder aus dem AdB

Strukturierter Dialog in Deutschland

Nationale Arbeitsgruppe zur Begleitung: Ina Bielenberg (für GEMINI)

VBLU-Mitgliederversammlung

Sabine Mertin

Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V

Baden-Württemberg

Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e.V.
Studienhaus Wiesneck
Prof. Dr. Ulrich Eith
Wiesneckstr. 6, 79256 Buchenbach b. Freiburg
Telefon: 07661-9875-0, Fax: 07661-9875-99
wiesneck@wiesneck.de
www.wiesneck.de

Internationales Forum Burg Liebenzell
Prof. h.c. Manfred Hübscher
Burg Liebenzell 1A, 75378 Bad Liebenzell
Telefon: 07052-9245-0, -21, Fax: 07052-9245-18
Info@InternationalesForum.de
www.InternationalesForum.de

Landesakademie für Jugendbildung
Jugendbildungsstätte Johannes Kepler
Knut-Alexander Hirnschall
Malersbuckel 8-10, 71263 Weil der Stadt
Telefon: 07033-5269-0, Fax: 07033-5269-100
info@Jugendbildung.org
www.Jugendbildung.org

Bayern

Akademie Frankenwarte
Gesellschaft für Politische Bildung e.V.
Brigitte Juchems
Leutfresserweg 81-83, 97082 Würzburg
Postfach 55 80, 97005 Würzburg
Telefon: 0931-80464-0, -214, Fax: 0931-80464-77
info@frankenwarte.de
www.frankenwarte.de

Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk
„Der Heiligenhof“
Werner Gustav Binder
Alte Euerdorfer Str. 1, 97688 Bad Kissingen
Telefon: 0971-7147-0, Fax: 0971-7147-47
studienleiter@heiligenhof.de
www.heiligenhof.de

Europäische Akademie Bayern e.V.
Michael Jörger
Hirtenstr. 16, 80335 München
Telefon: 089-549141-0, Fax: 089-549141-9
info@europaeische-akademie.de
www.europaeische-akademie.de

Franken-Akademie Schloß Schney e.V.
Susann Biedefeld
Schloßplatz 8, 96215 Lichtenfels
Telefon: 09571-9750-0, Fax: 09571-9750-25
info@franken-akademie.de
www.franken-akademie.de

Georg-von-Vollmar-Akademie e.V.
Hedda Jungfer
Bildungsstätte Schloss Aspenstein,
Am Aspensteinbichl 9-11 82431 Kochel am See
Telefon: 08851-78-0, Fax: 08851-78-23
info@vollmar-akademie.de
Verwaltungssitz: Landwehrstr. 37/I, 80336 München
Telefon: 089-595223, Fax: 089-5503849
muenchen@gvva.de
www.vollmar-akademie.de

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Dr. Franz Guber
Lazarettstr. 33, 80636 München
Telefon: 089-1258-0, -230, Fax: 089-1258-338
guber@hss.de, www.hss.de
Bildungszentrum Wildbad Kreuth
83708 Wildbad Kreuth
Telefon: 08029-170, Fax: 08029-1734
Bildungszentrum Kloster Banz
96231 Bad Staffelstein
Telefon: 09573-3370
Fax: 09573-33733

Haus Buchenried der Münchner Volkshochschule GmbH*)
Michael Schanz
Assenbucherstr. 45, 82335 Berg-Leoni
Telefon: 08151-9620-0, Fax: 08151-9620-10
Schanz@buchenried.de
www.buchenried.de

Institut für Jugendarbeit
Albert Fußmann
Germeringer Str. 30, 82131 Gauting
Telefon: 089-893233-0, Fax: 089-893233-77
info@institutgauting.de
www.institutgauting.de

Kritische Akademie Inzell
Wilfried Heß
Salinenweg 45, 83334 Inzell/Obb.
Telefon: 08665-980-0, -200, Fax: 08665-980-555
hess@kritische-akademie.de
www.kritische-akademie.de

Max Mannheimer Studienzentrum – Internationales Jugendgästehaus Dachau – Pädagogischer Bereich
 Nina Ritz
 Roßwachtstr. 15, 85221 Dachau
 Telefon: 08131-61771-2, Fax: 08131-61771-9
 ritz@jgh-dachau.de, www.jgh-dachau.de

SAMBACHSHOF – vhs-Bildungszentrum
 Ulrich Rümenapp
 97631 Bad Königshofen
 Telefon: 09761-771, Fax: 09761-6147
 info@sambachshof.de, www.sambachshof.de

Berlin

Anne Frank Zentrum
 Thomas Heppener
 Rosenthaler Str. 39, 10178 Berlin
 Telefon: 030-2888656-00, Fax: 030-2888656-01
 zentrum@annefrank.de
 www.annefrank.de

Europäische Akademie Berlin e.V.
 Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte
 Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin (Grunewald)
 Telefon: 030-895951-0, Fax: 030-895951-95
 eab@eab-berlin.eu, www.eab-berlin.eu

Alte Feuerwache e.V. – Jugendbildungsstätte Kaubstraße
 Peter Ogrzall
 Axel-Springer-Str. 40/41, 10969 Berlin
 Telefon: 030-253992-11, Fax: 030-253992-40
 peter.ogrzall@alte-feuerwache.de
 www.alte-feuerwache.de
Jugendbildungsstätte: Kaubstr. 9-10, 10713 Berlin
 Telefon: 030-8734214, Fax: 030-8616249
 info@kaubstrasse.de
 www.kaubstrasse.de

OWEN e.V. – Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung
 Dr. Marina Grasse
 Anklamer Str. 38, 10115 Berlin
 Telefon: 030-2808541, -283225-1, Fax: 030-283225-2
 mail@owen-berlin.de
 www.owen-frauenetzwerk.de

Seminar-Forum in Berlin – Begegnungs- und Bildungsstätte für Gesellschaft und Politik Gemeinnützige GmbH
 Blandine Lutz
 Franz-Mett-Str. 3-9, 10319 Berlin
 Telefon: 030-510986-46, Fax: 030-510986-57
 seminar-forum-berlin@t-online.de
 www.seminar-forum-in-berlin.com

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg
 Anne Lersch
 Königstr. 36 B, 14109 Berlin
 Telefon: 030-48481-0, -309, Fax: 030-48481-313
 anne.lersch@sfbf.berlin-brandenburg.de
 www.sfbf.berlin-brandenburg.de

wannseeFORUM/Wannseeheim für Jugendarbeit e.V.
 Bettina Heinrich
 Hohenzollernstr. 14, 14109 Berlin
 Telefon: 030-80680-0, Fax: 030-80680-88
 heinrich@wannseeforum.de
 www.wannseeforum.de

Brandenburg

Bildung – Begegnung – Zeitgeschehen Bernau e.V. Verein für politische Bildung und Kommunikation
 Dr. Birgit Schädlich
 Breitscheidstr. 41, 16321 Bernau
 Telefon: 03338-763270, Fax: 01212-6-229237628
 bbz-bernaue@web.de
 www.bbz-bernaue.de

HochDrei e.V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg
 Birgit Weidemann
 Büroadresse: Schulstr. 9, 14482 Potsdam
 Telefon: 0331-5813-244, Fax: 0331-5813-223
 info@hochdrei.org,
 www.hochdrei.org
Seminar- und Gästehaus Am Bassin
 Brandenburger Str. 37, 14467 Potsdam
Seminar- und Gästehaus Hochlland
 Holzmarktstr. 12, 14467 Potsdam
 Kontakt für beide Häuser:
 Telefon: 0331-5813-244, Fax: 0331-5813-223
 www.hochlland.de

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V. Haus der außerschulischen Jugendbildung
 Thomas Gill
 Freienwalder Allee 8-10,
 16356 Werneuchen OT Werftpfuhl
 Telefon: 033398-899911, -12, Fax: 033398-899913
 info@kurt-loewenstein.de
 www.kurt-loewenstein.de

Jugendbildungszentrum Blossin e.V.*
 Ralph Meisel
 Waldweg 10, 15754 Heidensee/Blossin
 Telefon: 033767-75-0, Fax: 033767-75-100
 m.lehmann@blossin.de
 www.blossin.de

Villa Fohrde – Bildungs- und Kulturhaus e.V.
Werner Bövingloh
August-Bebel-Str. 42, 14798 Havelsee OT Fohrde
Telefon: 033834-50282, Fax: 033834-51879
info@villa-fohrde.de, www.villa-fohrde.de

Bremen

Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH
Andrea Müller
Weg zum Krähenberg 33 A, 28201 Bremen
Telefon: 0421-69272-0, Dw.: -13, Fax: 0421-69272-16
lidice@jugendinfo.de
www.lidicehaus.de

Wirtschafts- und Sozialakademie der
Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH
Geschäftsstelle: Bertha-von-Suttner-Str. 17, 28207 Bremen
Telefon: 0421-4499-5, Fax: 0421-4499-651
g.afken@wisoak.de, www.wisoak.de
Bildungsstätte der wisoak
Gudrun Afken
Zum Rosenteich 26, 26160 Bad Zwischenahn
Telefon: 04403-924-0, -60 Fax: 04403-58895
bildungsstaette@wisoak.de
www.bildungsstaette-badzwischenahn.de

Hamburg

HAUS RISSEN HAMBURG
– Internationales Institut für Politik und Wirtschaft –
Dr. Philipp-Christian Wachs
Rissener Landstr. 193, 22559 Hamburg
Telefon: 040-81907-0, -49, Fax: 040-81907-59
mail@hausrissen.org
www.hausrissen.org

Hessen

basa e.V. – Bildungsstätte Alte Schule Anspach
Dr. Reiner Hartel
Schulstr. 3, 61267 Neu-Anspach (Taunus)
Telefon: 06081-44968-73, Fax: 06081-960083
reiner.hartel@basa.de, www.basa.de

Hessische Heimvolkshochschule Burg Fürsteneck
Günter Schmuck
Am Schlossgarten 3, 36132 Eiterfeld
Telefon: 06672-9202-0, Fax: 06672-920230
Bildung@burg-fuersteneck.de
www.burg-fuersteneck.de

Mecklenburg-Vorpommern

Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur
in Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Tagungszentrum am Schloss und Verwaltung:
Joachim Bussiek
Mecklenburgstr. 59, 19053 Schwerin
Telefon: 0385-555709-0, Fax: 0385-555709-13
sekretariat@akademie-schwerin.de
www.akademie-schwerin.de

Politische Memoriale e.V.
Prof. Dr. Matthias Pfüller
Severinstr. 6, 19053 Schwerin
Telefon: 0385-758731-1/2, Fax: 0385-758731-3
info@polmem-mv.de, www.polmem-mv.de

Niedersachsen

ABC Bildungs- und Tagungszentrum
Ina Meier
Bauernreihe 1, 21706 Drochtersen-Hüll
Telefon: 04775-529, Fax: 04775-695
abc-huell@t-online.de, www.abc-huell.de

Bewegungsakademie e.V.
Rasmus Grobe
Artilleriestr. 6, 27283 Verden
Telefon: 04231-957-595, Fax: 04231-957-400
grobe@bewegungsakademie.de
www.bewegungsakademie.de

Bildungshaus Zeppelin
Martin Westphal
Zeppelinstr. 7, 38640 Goslar
Telefon: 05321-3411-0, Fax: 05321-3411-50
info@bildungshaus-zeppelin.de
www.Bildungshaus-Zeppelin.de

Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum
Bahnhof Görde e.V.
Wolfgang Pauls
21369 Nahrendorf-Breese
Telefon: 05855-545, Fax: 05855-390
bahnhof-goehrde@t-online.de
www.bahnhof-goehrde.de

„Die Freudenburg“ – Seminar- und Tagungshaus des Landkreises Diepholz*)

Gerhard Thiel
 Amtsfreiheit 1 a, 27211 Bassum
 Telefon: 04241-9311-0, Fax: 04241-9311-11
 freudenburg@vhs-diepholz.de
 www.freudenburg-bassum.de
Volkshochschule des Landkreises Diepholz
 Nienburger Str. 5, 28857 Syke
 Telefon: 04242-976-4075, Fax: 04242-976-4942
 vhs@vhs-diepholz.de, www.vhs-diepholz.de

Europahaus Aurich

Meta Janssen-Kucz
 von-Jhering-Str. 33, 26603 Aurich/Ostfr.
 Telefon: 04941-9527-0, Fax: 04941-9527-27
 info@europahaus-aurich.de
 www.europahaus-aurich.de

Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e.V.

Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
 Bodo Fröhlich
 Klosterweg 4, 29549 Bad Bevensen
 Telefon: 05821-955-0, Fax: 05821-955-299
 info@gsi-bevensen.de, www.gsi-bevensen.org

Historisch-Ökologische Bildungsstätte**Emsland in Papenburg e.V.**

Dr. Thomas Südbeck
 Spillmannsweg 30, 26871 Papenburg
 Telefon: 04961-9788-0, Fax: 04961-9788-44
 info@hoeb.de, www.hoeb.de

Internationales Haus Sonnenberg**Sonnenberg-Kreis e.V.**

Reimund Berger
 Clausthaler Str. 11, 37444 St. Andreasberg/Harz
 Telefon: 05582-944-0, Fax: 05582-944-100, 05322-3620
 info@sonnenberg-international.de
 www.sonnenberg-international.de

Jugendbildungsstätte Emlichheim

Maria Boulahlib
 Am Grenzlandheim 1-5, 49824 Emlichheim
 Postfach 1220, 49821 Emlichheim
 Telefon: 05943-9391-0, Fax: 05943-9391-30
 kontakt@bildungsstaette.com
 www.bildungsstaette.com

Jugendhof Steinkimmen*)

Jutta Engelmann
 Am Jugendhof 35, 27777 Ganderkesee
 Telefon: 04222-408-0, Fax: 04222-408-39
 info@jugendhof-steinkimmen.de
 www.jugendhof-steinkimmen.de

Jugendkulturarbeit e.V. im Internationalen Jugendprojektehaus (IJP)

Gina Schumm
 Kranbergstr. 55, 26123 Oldenburg
 Telefon: 0441-380126-0
 info@kulturkonzept-ol.de

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt

Dr. Axel Braßler
 Bundesgeschäftsstelle: Blumhardtstr. 2, 30625 Hannover
 Telefon: 0511-554741-32, Fax: 0511-554741-44
 a.brassler@kda-ekd.de, www.kda-ekd.de

Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring e.V.

Wolfgang Borchardt
 Rauschenwasser 78, 37120 Bovenden-Eddigehausen
 Telefon: 05594-9506-0, Fax: 05594-9506-50
 info@mariaspring.de, www.mariaspring.de

Ostheim e.V. – Jugendbildungsstätte und Tagungsheim

Ralph Ullrich Winkler
 Parkstr. 14, 31812 Bad Pyrmont
 Telefon: 05281-9361-0, Fax: 05281-9361-11
 info@ostheim-pyrmont.de
 www.ostheim-pyrmont.de

Politische Bildungsstätte Helmstedt e.V.

Thomas Strelow
 Am Bötschenberg 4, 38350 Helmstedt
 Telefon: 05351-5851-0, Fax: 05351-5851-30
 strelow@pbh-hvhs.de, www.pbh-hvhs.de

Stiftung Akademie Waldschlösschen

Dr. Rainer Marbach
 37130 Reinhausen bei Göttingen
 Telefon: 05592-9277-20, Fax: 05592-9277-77
 info@waldschloesschen.org
 www.waldschloesschen.org

Tagungshaus Bredbeck**Bildungsstätte des Landkreises Osterholz**

Frank Bobran
 An der Wassermühle 30, 27711 Osterholz-Scharmbeck
 Telefon: 04791-9618-0, Fax: 04791-961813
 info@bredbeck.de, www.bredbeck.de

Nordrhein-Westfalen**Akademie Biggese**

Udo Dittmann
 Ewiger Str. 7-9, 57439 Attendorn
 Telefon: 02722-709-0, Fax: 02722-709453
 info@akademie-biggese.de
 www.akademie-biggese.de

aktuelles forum nrw e.V.

Ulrika Engler
Hohenstaufenallee 1-5, 45888 Gelsenkirchen
Telefon: 0209-15510-0, -15 Fax: 0209-15510-29
u.engler@aktuelles-forum.de
www.aktuelles-forum.de

Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK)

Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V.

Karsten Matthis
Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter
Telefon: 02223-730, Fax: 02223-73111 oder 73601
info@azk.de, www.azk.de

**Arbeitskreis Entwicklungspolitik e.V. – AKE – Arbeitskreis
entwicklungspolitisches Bildungswerk e.V.**

Gerhart Schöll
Südfeldstr. 4, 32602 Vlotho
Telefon: 05733-95737 u. 95738, Fax: 05733-18154
info@ake-bildungswerk.de, www.ake-bildungswerk.de

Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen e.V.

Eckhard Kohle
Steinstr. 48, 44147 Dortmund
Postfach 103334, 44033 Dortmund
Telefon: 0231-83800-0, -23, Fax: 0231-83800-56
kohle@agnrw.de, www.auslandsgesellschaft.de

Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e.V.

Dr. Paul Ciupke
Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen
Telefon: 0201-227982 u. 228937, Fax: 0201-235505
buero@hu-bildungswerk.de, www.hu-bildungswerk.de

**Bildungswerk des Instituts für angewandte Kommunika-
tionsforschung in der außerschulischen Bildung e.V.**

Dr. Hendrik Otten
Poppelsdorfer Allee 92, 53115 Bonn
Telefon: 0228-636460, Fax: 0228-694848
info@ikab.de, www.ikab.de

Bildungswerk Stenden

Neue Gesellschaft Niederrhein e.V.

Reiner Wiedenbrück
St.-Huberter-Str. 11, 47647 Kerken-Stenden
Telefon: 02833-575-0, Fax: 02833-575-19
info@bildungswerk-stenden.de
www.bildungswerk-stenden.de

dbb akademie Bonn

Anke Weigend
Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn
Telefon: 0228-81931-20, Fax: 0228-81931-06
a.weigend@dbbakademie.de, www.dbbakademie.de

dbb akademie Berlin – Büro im dbb forum berlin

Behrenstr. 23/24, 10117 Berlin
Telefon: 030-408165-44, Fax: 030-408165-10

**dbb akademie Königswinter – Büro im dbb forum
Siebengebirge**

An der Herrenwiese 14, 53639 Königswinter (Oberpleis)
Telefon: 02244-882-0, Fax: 02244-882-205
info@dbb-forum-siebengebirge.de

Europäische Akademie Nordrhein-Westfalen e.V.

Hanns Christhard Eichhorst
Weberstr. 118, 53113 Bonn
Telefon: 0228-949301-0, Fax: 0228-949301-28
eichhorst@eanrw.eu, www.eanrw.eu

Gesamteuropäisches Studienwerk e.V.

Dr. Theo Mechtenberg
Südfeldstr. 2-4, 32602 Vlotho
Telefon: 05733-9138-0, Fax: 05733-913847
info@gesw.de, www.gesw.de

Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e.V.

Barbara Hutterer
Dottendorfer Str. 86, 53129 Bonn
Telefon: 0228-9239810, Fax: 0228-690385
kontakt@guez-dokumente.org
www.guez-dokumente.org
Bildungsstätte: Deutsch-Französisches Schülerheim (Bayern)
Halbinselstr. 74, 88142 Wasserburg am Bodensee
Telefon: 08382-89895, Fax: 08382-89895

Gustav-Stresemann-Institut e.V.

Dr. Klaus Dieter Leister
Langer Grabenweg 68, 53175 Bonn
Telefon: 0228-8107-0, Fax: 0228-8107-198
zimmermann@gsi-bonn.de (Büro Direktor Dr. Leister)
www.gsi-bonn.de

Haus Neuland e.V.

Ina Nottebohm
Senner Hellweg 493, 33689 Bielefeld
Telefon: 05205-9126-0, Fax: 05205-9126-20
info@haus-neuland.de, www.haus-neuland.de

Heimvolkshochschule Adam-Stegerwald-Haus – Christlich-soziale Bildungsstätte der Jakob-Kaiser-Stiftung e.V.

Richard Blömer
Hauptstr. 487/Jakob-Kaiser-Str., 53639 Königswinter
Telefon: 02223-706-11, Fax: 02223-4737
mail@jakob-kaiser-stiftung.de
www.jakob-kaiser.de

Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille

Fenna Paproth
Mitteldorf 1, 32469 Petershagen
Telefon: 05702-9771, Fax: 05702-2295
paproth@hvhs-frille.de, www.hvhs-frille.de

Informations- und Bildungszentrum Schloss Gimborn e.V.

Klaus-Ulrich Nieder
Schloßstr. 10, 51709 Marienheide
Telefon: 02264-40433-0, Fax: 02264-3713
nieder@ibz-gimborn.de
www.ibz-gimborn.de

Internationales Bildungs- und Begegnungswerk gGmbH

Elke Wegener
Bornstr. 66, 44145 Dortmund
Telefon: 0231-952096-0, Fax: 0231-521233
info@ibb-d.de, www.ibb-d.de

Jugendbildungsstätte Welper im Freizeitwerk Welper e.V.

Ulla Rothe
Rathenastr. 59 a, 45527 Hattingen
Telefon: 02324-9464-0, Dw.: -59, Fax: 02324-9464-94
rothe@jubi-welper.de, www.jubi-welper.de

Karl-Arnold-Stiftung e.V.

Ulrike Steimann
Hauptstr. 487, 53639 Königswinter
Telefon: 02223-70060, Fax: 02223-700699
info@Karl-Arnold-Stiftung.de
www.Karl-Arnold-Stiftung.de

LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho

Heidrun Kaiser
Oeynhausener Str. 1, 32602 Vlotho
Telefon: 05733-923-0, Dw.: -320, Fax: 05733-10564
info@lwl-bildungszentrum-jugendhof-vlotho.de
www.LWL-Bildungszentrum-Jugendhof-Vlotho.de

Salvador-Allende-Haus**Sozialistisches Bildungszentrum Haard e.V.**

Jörg Kranke
Haardgrenzweg 77, 45739 Oer-Erkenschwick
Telefon: 02368-69065-0, Fax: 02368-69065-3
joerg.kranke@allende-haus.de, www.allende-haus.de

Stätte der Begegnung e.V.

Harald Meves
Oeynhausener Str. 5, 32602 Vlotho
Telefon: 05733-9129-0, Fax: 05733-9129-15
info@staette.de, www.staette.de

ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst

Holger Menze
Teutoburger-Wald-Str. 105, 32791 Lage-Hörste
Telefon: 05232-983-0, Fax: 05232-983-462
Holger.Menze@verdi.de
www.imk.verdi.de

Rheinland-Pfalz

PfalzAkademie – Bezirksverband Pfalz

Martin Kaiser
Franz-Hartmann-Str. 9, 67466 Lambrecht
Telefon: 06325-1800-0, Fax: 06325-1800-26
m.kaiser@pfalzakademie.bv-pfalz.de
www.pfalzakademie.de

Europa-Haus Marienberg

Burkhardt Siebert
Postfach 12 04, 56464 Bad Marienberg
Europastr. 1, 56470 Bad Marienberg
Telefon: 02661-6400, Fax: 02661-640100
ehm@europa-haus-marienberg.de
www.europa-haus-marienberg.eu

Saarland

Siehe unter „Überregionale Einrichtungen,“:

- **Regionalbüro Mainz, Rheinland-Pfalz, Saarland** der Friedrich-Ebert-Stiftung
- **Villa Lessing - Liberale Stiftung Saar**, Saarbrücken, der Friedrich-Naumann-Stiftung
- **Landesgeschäftsstelle Mitte-Süd** der Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste
- **Bildungswerk Saarbrücken** der Konrad-Adenauer-Stiftung

Sachsen

Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e.V.

Hermann Kinzel
Siedlerstr. 14, 09116 Chemnitz
Telefon: 0371-856165, Fax: 0371-8205748
hermann.kinzel@ingo-kinzel.de
asg-nbl@asgpolbi.de, www.asgpolbi.de

Begegnungszentrum im Dreieck e.V.
HILLERSCHE VILLA – Soziokultur im Dreiländereck
Frank Rischer
Zittauer Str. 17, 02747 Großhennersdorf
Telefon: 035873-413-0, Fax: 035873-41319
f.rischer@hillerschevilla.de, www.hillerschevilla.de

Brücke/Most-Stiftung

Tobias Kley
Reinhold-Becker-Str. 5, 01277 Dresden
Telefon: 0351-43314-0, - 114, Fax: 0351-43314-133
info@bruecke-most-stiftung.de, www.bruecke-most-stiftung.de

Haus Steinstraße e.V. – Verein für Bildung, Kultur und Kontakte

Dr. Alexander Brock
Steinstr. 18, 04275 Leipzig
Telefon: 0341-3913219, Fax: 0341-3010098
info@haus-steinstrasse.de, www.haus-steinstrasse.de

Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V.

Dr. Christoph Meyer
Kamenzer Str. 12, 01099 Dresden
Telefon: 0351-804022-0, Fax: 0351-804022-2
meyer@wehnerwerk.de, www.wehnerwerk.de

Sachsen-Anhalt

Landesjugendbildungsstätte Peseckendorf

DER PARITÄTISCHE Integral gGmbH
Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.
Silvia Heinrich
Kastanienallee 32, 39398 Peseckendorf
Telefon: 039408-90-30, Fax: 039408-90-444
jugendbildungsstaette@mdlv.paritaet.org
www.integral-ggmbh.de

philoSOPHIA e.V.

philosophisch-kulturelle Jugendvereinigung
Carsten Passin
Heidestr. 29, 06901 Kemberg
Telefon: 034921-6032-3, Fax: 034921-6032-4
philoBUERO@philopAGE.de
www.philopage.de

Schleswig-Holstein

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte – Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V.

Knud Andresen
Schweizer Str. 58, 23714 Bad Malente
Telefon: 04523-88097-0, Fax: 04523-88097-28
info@heinemann-bildungsstaette.de
www.heinemann-bildungsstaette.de

Hermann-Ehlers-Stiftung e.V.

Hermann-Ehlers-Akademie gGmbH
Niclas Herbst
Niemannsweg 78, 24105 Kiel
Telefon: 0431-3892-0, Fax: 0431-3892-38
info@hermann-ehlers.de
www.hermann-ehlers.de

Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg

Hartmut Piekatz
24972 Quern
Telefon: 04632-8480-0, Fax: 04632-848030
piekatz@scheersberg.de
www.scheersberg.de

Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e.V. (VJKA) – Jugendbildungsstätte "Mühle"

Dieter Fiesinger
An der Trave 1/3, 23795 Bad Segeberg
Telefon: 04551-95910, Fax: 04551-959115
fiesinger.dieter@vjka.de
www.vjka.de

Thüringen

Bildungswerk BLITZ e.V., Jugendbildungsstätte Hütten

Karin Schreiber
Herschdorfer Str. 19, 07387 Krölpa/Hütten
Telefon: 03647-414771, Fax: 03647-418936
huetten@bildungswerk-blitz.de
www.jugendbildungsstaette-huetten.de
Sitz des Vereins Bildungswerk BLITZ e.V.
Zeitgrund 6, 07646 Stadtroda
Telefon: 036428-517-0, Fax: 036428-517-27
www.bildungswerk-blitz.de

Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

Ulrich Ballhausen
Jenaer Str. 2/4, 99425 Weimar
Telefon: 03643-827-0, Fax: 03643-827-111
kontakt@ejbweimar.de
www.ejbweimar.de

Weimar-Jena-Akademie – Verein für Bildung e.V.

Uta Tannhäuser
Jakobstr. 10, 99423 Weimar
Telefon: 03643-495574, Fax: 03643-770637
weimar-jena-akademie@gmx.de
www.weimar-jena-akademie.de
Bildungsstätte im Wielandgut Oßmannstedt
Wielandstr. 16, 99510 Oßmannstedt
Telefon: 036462-92091-0, Fax: 036462-92091-2
bildungsstaette-wielandgut@gmx.de

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.

AWO Bundesakademie

Karin Kunert
Blücherstr. 62/63, 10961 Berlin
Telefon: 030-26309-0, Fax: 030-26309-32142
karin.kunert@awo.org
www.akademie.awo.org

Tagungszentrum Haus Humboldtstein

53424 Remagen-Rolandseck
Telefon: 02228-932-0, Fax: 02228-932-100

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Politische Akademie

Reinhard Weil
Hausanschrift: Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
Postanschrift: 53170 Bonn
Telefon: 0228-883-0, -7102, Fax: 0228-883-9223
pamail@fes.de, www.fes.de/pa
www.netzwerk-politische-bildung.de

Kurt-Schumacher-Akademie der FES

Rainer Gries
Willy-Brandt-Str. 19, 53902 Bad Münstereifel
Telefon: 02253-9212-0, Fax: 02253-8091
Rainer.Gries@fes.de
muenstereifel@fes.de
www.kurt-schumacher-akademie.de

Tagungszentren, regionale Bildungsbüros und zentrale Projekte der FES:

Abteilung Politische Akademie Bonn

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn (Hausanschrift)
53170 Bonn (Postanschrift)
Telefon: 0228-883-7102, Fax: 0228-883-9223
pamail@fes.de
www.fes.de/pa

Akademie Management und Politik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn (Hausanschrift)
53170 Bonn (Postanschrift)
Telefon: 0228-883-328, Fax: 0228-883-9223
mupinfo@fes.de
www.fes-mup.de

JournalistenAkademie

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn (Hausanschrift)
53170 Bonn (Postanschrift)
Telefon: 0228-883-7124, -7112, Fax: 0228-883-9210
Journalistenakademie@fes.de
www.fes.de/JournalistenAkademie

Forum Jugend und Politik (NRW)

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn (Hausanschrift)
53170 Bonn (Postanschrift)
Telefon: 0228-883-7107, -7104, Fax: 0228-883-9223
Kerstin.Ott@fes.de
Adalbert.Schlag@fes.de
www.fes.de/forumjugend

OnlineAkademie

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn (Hausanschrift)
53170 (Postanschrift)
Telefon: 0228-883-7116, Fax: 0228-883-9223
Tobias.Paul@fes.de
www.fes-online-akademie.de

ForumNRW

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn (Hausanschrift)
53170 Bonn (Postanschrift)
Telefon: 0228-883-378, Fax: 0228-883-538
Forum-NRW@fes.de
www.fes-forum-nrw.de

Berliner Akademiegespräche / Interkultureller Dialog

Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Telefon: 030-26935-7145, -7144, Fax: 030-26935-9245
IKD@fes.de
www.fes.de/BerlinerAkademiegespraeche

Akademiegespräche Bonn

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn (Hausanschrift)
53170 Bonn (Postanschrift)
Telefon: 0228-883-7117, Fax: 0228-883-9223
pamail@fes.de
www.fes.de/AkademiegespraecheBonn
www.bildungsforum21.de

BayernForum

Prielmayerstr. 3, Eisenhof, 80335 München
Telefon: 089-5155524-0, Fax: 089-5155524-4
bayernforum@fes.de
www.bayernforum.de

Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg

Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung
Werastr. 24, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711-248394-3, Fax: 0711-248394-50
info.stuttgart@fes.de, www.fritz-erler-forum.de

Julius-Leber-Forum

Büro für die Bundesländer Bremen, Hamburg und
Schleswig-Holstein
Rathausmarkt 5, 20095 Hamburg
Telefon: 040-325874-0, Fax: 040-325874-30
hamburg@fes.de, www.fes.de/Hamburg

Regionalbüro Regensburg

Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg
Telefon: 0941-794759, Fax: 0941-795613
Regensburg@fes.de
www.fes.de/Regensburg

Abteilung Gesellschaftspolitische Information der Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn (Hausanschrift),
53170 Bonn (Postanschrift)
Telefon: 0228-883-7202, Fax: 0228-883-9208
GPI-Info@fes.de, www.fes.de/gpi

Regionalbüro Mainz, Rheinland-Pfalz, Saarland

Große Bleiche 18-20, 55116 Mainz
Telefon: 06131-96067-0, Fax: 06131-96067-66
mainz@fes.de
www.fes.de/Mainz

Landesbüro Niedersachsen

Theaterstr. 3, Haus A, 30159 Hannover
Telefon: 0511-357708-30, Fax: 0511-357708-40
hannover@fes.de
www.fes.de/Hannover

Landesbüro Hessen

Große Bleiche 18-20, 55116 Mainz
Telefon: 06131-97124-0, Fax: 06131-97124-29

Abteilung Dialog Ostdeutschland

Forum Berlin

Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Telefon: 030-26935-7307, Fax: 030-26935-9240
ForumBerlin@fes.de
www.fes.de/forumberlin

Forum Politik und Gesellschaft

Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Telefon: 030-26935-7317, Fax: 030-26935-9241
forumpug@fes.de, www.fes.de/forumpug

Landesbüro Brandenburg

Hermann-Elfleinstr. 30/31, 14467 Potsdam
Telefon: 0331-292555, Fax: 0331-2803356
Potsdam@fes.de, www.fes.de/Potsdam

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern

Arsenalstr. 8 (Haus der Kultur), 19053 Schwerin
Telefon: 0385-51259-6 und 0385-512789, Fax: 0385-51259-5
info.schwerin@fes.de, www.fes.de/Schwerin/

Landesbüro Sachsen-Anhalt

Otto-von-Guericke-Str. 65, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391-56876-0, Fax: 0391-56876-15
info.magdeburg@fes.de, www.fes.de/Magdeburg

Landesbüro Thüringen

Nonnengasse 11, 99084 Erfurt
Telefon: 0361-59802-0, Fax: 0361-59802-10
info.erfurt@fes.de, www.fes.de/Erfurt

Büro Dresden

Königstr. 6, 01097 Dresden
Telefon: 0351-804680-3, Fax: 0351-804680-5
DRNmail@fes.de
www.fes.de/Dresden

Büro Leipzig

Burgstr. 25, 04109 Leipzig
Telefon: 0341-9602-160 und 0341-9602-431
Fax: 0341-9605091
lpzMail@fes.de, www.fes.de/Leipzig

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Theodor-Heuss-Akademie

Brigitte Bremer
Theodor-Heuss-Str. 26, 51645 Gummersbach
Telefon: 02261-3002-0, Fax: 02261-3002-21
Brigitte.Bremer@freiheit.org
www.freiheit.org

Büro Berlin-Brandenburg/Truman-Haus

Bereichsleitung Politische Bildung und Begabtenförderung
Karl-Marx-Str. 2, 14482 Potsdam
Telefon: 0331-7019-141, Fax: 0331-7019-280
www.freiheit.org

Friedrich-Naumann-Stiftung

Büro Berlin-Brandenburg/Hauptstadtbüro

Reinhardtstr. 12, 10117 Berlin
Telefon: 030-2887784-2, Fax: 030-2887784-9
buero.berlin-brandenburg@freiheit.org
www.freiheit.org

Liberale Landesstiftungen:

Baden-Württemberg: Reinhold-Maier-Stiftung

Rotebühlstr. 64, 70178 Stuttgart
Telefon: 0711-2207073-0, Fax: 0711-2207073-5
post@reinhold-maier-stiftung.de
www.reinhold-maier-stiftung.de

Bayern: Thomas-Dehler-Stiftung

Rindermarkt 6, 80331 München
Telefon: 089-183184, Fax: 089-180255
info@thomas-dehler-stiftung.de, www.freiheit.org

Brandenburg: Karl-Hamann-Stiftung für liberale Politik im Land Brandenburg
 Alleestr. 12, 14469 Potsdam
 Telefon: 0331-280101-6, Fax: 0331-280101-7
 info@karl-hamann-stiftung.de, www.karl-hamann-stiftung.de

**Bremen: Liberale Gesellschaft
 Gesellschaft für liberale Politik von 1965 e.V.**
 Rotdornallee 18, 28717 Bremen
 Telefon: 0421-693806-0, Fax: 0421-693806-9
 info@liberale-gesellschaft-bremen.de
 www.liberale-gesellschaft-bremen.de

Hessen: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit & Karl-Hermann-Flach-Stiftung e.V.
 Regionalbüro Wiesbaden
 Marktstr. 10, 65183 Wiesbaden
 Telefon: 0611-157567, Fax: 0611-1575686

Niedersachsen: Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung
 Grupenstr. 1, 30159 Hannover
 Telefon: 0511-169997-0, Fax: 0511-169997-17
 info@bennigsen-stiftung.de, www.bennigsen-stiftung.de

Nordrhein-Westfalen: Wolfgang-Döring-Stiftung
 Vorstandsbüro: Matthias-Grünewald-Str. 16, 53175 Bonn
 Telefon: 02355-505739-0, Fax: 02355-505739-9

Saarland: Villa Lessing – Liberale Stiftung Saar e.V.
 Lessingstr. 10, 66121 Saarbrücken
 Telefon: 0681-96708-0, Fax: 0681-9670825
 info@villa-lessing.de, www.villa-lessing.de

Sachsen: Wilhelm-Külz-Stiftung
 Radeberger Str. 51, 01099 Dresden
 Telefon: 0351-6557652-0, Fax: 0351-6557652-2
 info@wks-sachsen.de, www.wks-sachsen.de

Sachsen-Anhalt: Erhard-Hübener-Stiftung
 Charlottenstr. 7, 06108 Halle
 Telefon: 0345-68696-0 Fax: 0345-68696-13
 info@ehst.org, www.ehst.org

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Referat Zeitgeschichte und Demokratieentwicklung
 Eike Botta-Venhorst
 Schumannstr. 8, 10117 Berlin
 Telefon: 030-28534-0, -235, Fax: 030-28534-109
 info@boell.de, www.boell.de

**Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
 Werkstatt für politische Bildung e.V.**
 Inka Thunecke
 Dortustr. 52, 14467 Potsdam
 Telefon: 0331-200578-0, Fax: 0331-200578-20
 thunecke@boell-brandenburg.de, www.boell-brandenburg.de

Internationale Jugendgemeinschaftsdienste – ijgd-Bundesverein e.V.

Jürgen Wittmer

ijgd-Bundesgeschäftsstelle
 Zuständig für ijgd-Bundesverein e.V.
 Kasernenstr. 48, 53111 Bonn
 Telefon: 0228-22800-0, Fax: 0228-22800-29
 ijgd@ijgd.de, www.ijgd.de

ijgd-Landesgeschäftsstelle Mitte-Süd Zuständig für ijgd-Landesvereine Nordrhein-Westfalen e.V.; Rheinland-Pfalz/Saarland e.V.; Baden-Württemberg e.V.; Hessen e.V.; Süddeutschland e.V.
 Kasernenstr. 48, 53111 Bonn
 Telefon: 0228-22800-0, Fax: 0228-22800-29

ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord-West
 Zuständig für ijgd-Landesvereine Niedersachsen e.V.; Hamburg/Schleswig-Holstein e.V.
 Katharinenstr. 13, 31135 Hildesheim
 Telefon: 05121-20661-30, Fax: 05121-20661-45

ijgd-Landesgeschäftsstelle Sachsen-Anhalt: Zuständig für ijgd-Landesverein Sachsen-Anhalt und Thüringen e.V.
 Westendorf 26, 38820 Halberstadt
 Telefon: 03941-5652-0, -11, Fax: 03941-5652-52
 ijgd.halberstadt@ijgd.de

ijgd-Landesgeschäftsstelle Berlin
 Zuständig für ijgd-Landesvereine Berlin e.V.; Sachsen e.V.
 Glogauerstr. 21, 10999 Berlin
 Telefon: 030-6120313-21, Fax: 030-6120313-38
 pr.berlin@ijgd.de

ijgd-Geschäftsstelle Potsdam
 Zuständig für ijgd-Landesverein Brandenburg e.V.
 Lindenstr. 28/29, 14467 Potsdam
 Telefon: 0331-293523, Fax: 0331-2804044

ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord-Ost
 Zuständig für ijgd-Landesverein Mecklenburg-Vorpommern
 Am Schilde 4, 23966 Wismar
 Telefon: 03841-226-773, Fax: 03841-226-941

Internationaler Bund (IB) – Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V.

Zentrale Geschäftsführung:

Ressort Bildung und Soziale Arbeit
Petra Tabakovic
Valentin-Senger-Str. 5, 60389 Frankfurt am Main
Telefon: 069-94545-0, Fax: 069-94545-280
Telefondurchwahl von Frau Tabakovic: 069-94545-184
petra.tabakovic@internationaler-bund.de
www.internationaler-bund.de

Internationaler Bund – Hauptstadtbüro

Hannoversche Str. 19A, 10115 Berlin
Telefon: 030-214096-0, Fax: 030-214096-22
Hauptstadtbuero-Berlin@internationaler-bund.de

IB-Internationale Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Hadamar (Hessen)

Mönchberg 8, 65589 Hadamar
Telefon: 06433-93017-6, Fax: 06433-93017-7
michael.statzner@internationaler-bund.de

IB-Bildungszentrum Bernau (Brandenburg)

Fritz-Heckert-Str. 1, 16321 Bernau
Telefon: 03338-7045911, Fax: 03338-754948

IB-Internationales Jugendgästehaus (Thüringen)

Am Herrenberge 3, 07745 Jena
Telefon: 03641-6872-30, Fax: 03641-6872-02
jugendgaestehaus.jena@internationaler-bund.de

IB-Bildungswerk Mönchengladbach (NRW)

Stapper Weg 4 b, 41199 Mönchengladbach
Telefon: 02166-185173, Fax: 02166-187775
ulrich.wester@internationaler-bund.de

IB-Jugendwerkstatt Schwarzenbek (Schleswig-Holstein)

Allensteiner Str. 40, 21493 Schwarzenbek
Telefon: 04151-81418, Fax: 04151-891626

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. – Bereich Politische Bildung

Abteilung Bildungswerke der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Dr. Werner Blumenthal
Postfach 13 31, 50387 Wesseling
Urfelder Str. 221, 50389 Wesseling
Telefon: 02236-707-4215, Fax: 02236-707-4347
werner.blumenthal@kas.de, www.kas.de

Bildungszentrum Schloß Wendgräben der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ronny Heine
Wendgräbener Chaussee 1, 39279 Wendgräben
Telefon: 039245-9523-50, Fax: 039245-9523-66
zentrale-wendgraeben@kas.de
www.kas-wendgraeben.de

Bildungswerke der Konrad-Adenauer-Stiftung:

Bildungswerk Berlin

Leitung: Renate Abt
Tiergartenstr. 35, 10785 Berlin
Telefon: 030-26996-3253

Bildungswerk Bremen

Leitung: Dr. Ralf Altenhof
Martinistr. 25, 28195 Bremen
Telefon: 0421-1630090

Bildungswerk Dortmund

Leitung: Dr. Marco Arndt
Märkische Str. 111, 44141 Dortmund
Telefon: 0231-10877777

Bildungswerk Dresden

Leitung: Dr. Joachim Klose
Königstr. 23, 01097 Dresden
Telefon: 0351-5634610

Bildungswerk Düsseldorf

Leitung: Daniel Schranz
Benrather Str. 11, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211-83680560

Bildungswerk Erfurt

Leitung: Alexandra Mehnert
Thomas-Müntzer-Str. 21 a, 99084 Erfurt
Telefon: 0361-654910

Bildungswerk Freiburg

Leitung: Thomas Wolf
Schusterstr. 34-36, 79098 Freiburg
Telefon: 0761-33443

Bildungswerk Hamburg

Leitung: Dr. Karsten Dümmel
Warburgstr. 12, 20354 Hamburg
Telefon: 040-21985080

Bildungswerk Hannover

Leitung: Jörg Jäger
Leinstr. 8, 30159 Hannover
Telefon: 0511-40080980

Bildungswerk Mainz

Leitung: Karl-Heinz B. van Lier
Weißliliegasse 5, 55116 Mainz
Telefon: 06131-2016930

Bildungswerk Oldenburg

Leitung: Dr. Stefan Hofmann
Eichenstr. 99, 26131 Oldenburg
Telefon: 0441-593466

Bildungswerk Potsdam

Leitung: Dr. Christian Schmitz
Rudolf-Breitscheid-Str. 64, 14482 Potsdam
Telefon: 0331-7488760

Bildungswerk Saarbrücken

Leitung: Helga Bossung-Wagner
Neumarkt 11, 66117 Saarbrücken
Telefon: 0681-9279880

Bildungswerk Schwerin

Leitung: Dr. Silke Bremer
Arsenalstr. 10, 19053 Schwerin
Telefon: 0385-5557050

Bildungswerk Stuttgart

Leitung: Elke Erlecke
Lange Str. 18 a, 70174 Stuttgart
Telefon: 0711-8703093

Bildungswerk Wiesbaden

Leitung: Dr. Thomas Ehlen
Bahnhofstr. 38, 65185 Wiesbaden
Telefon: 0611-1575980

OUTWARD BOUND Deutschland e.V.*)

Martin Hinterbrandner
Geschäftsstelle:
Füssener Str. 8, 86983 Lechbruck am See
Telefon: 08862-93295-0, Fax: 08862-93295-22
info@outwardbound.de
www.outwardbound.de

**Paritätisches Bildungswerk
– Bundesverband e.V.**

Uwe Weppler
Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt am Main
Telefon: 069-6706-220, Fax: 069-6706-203
Karin.Stellmacher@paritaet.org
www.bildungswerk.paritaet.org

**Rosa Luxemburg Stiftung – Gesellschafts-
analyse und Politische Bildung e.V.****Akademie für politische Bildung**

Dr. Evelin Wittich
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: 030-44310-221, Fax: 030-44310-222
wittich@rosalux.de, info@rosalux.de
www.rosalux.de

Persönliches Mitglied des AdB:

Herbert Scheffler
1, Rue Sidi Zitouni, TN 4180 Houmt Souk/Djerba,
Tunesien
Telefon und Fax: (00 216 75) 650 003
hh.scheff@gnet.tn
und: Backesgasse 7, 53498 Bad Breisig

*) assoziierte Mitgliedseinrichtungen

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB)

Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Telefon: 030-400 401 00, Fax: 030-400 401 22

E-Mail: info@adb.de,

Internet: www.adb.de